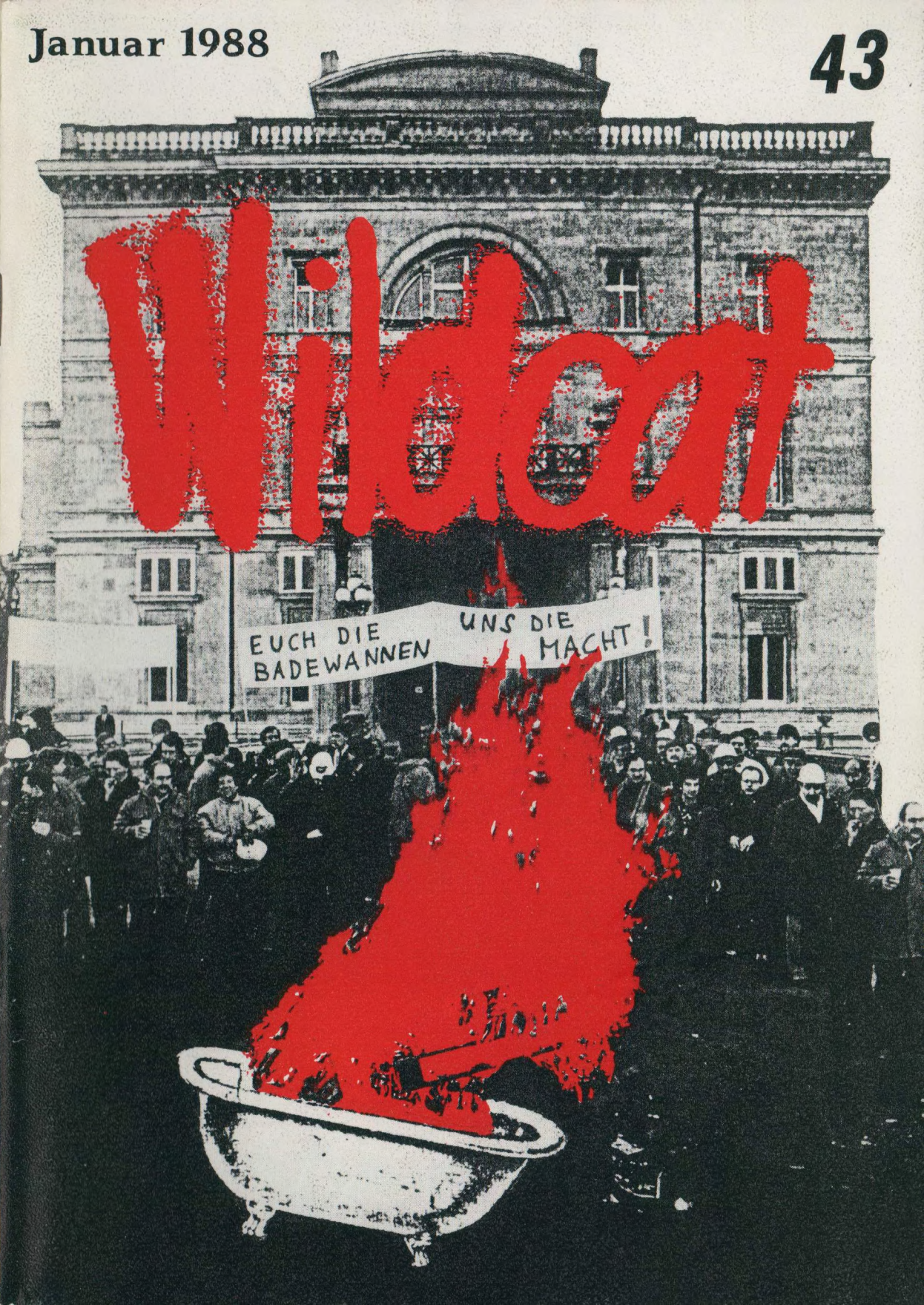
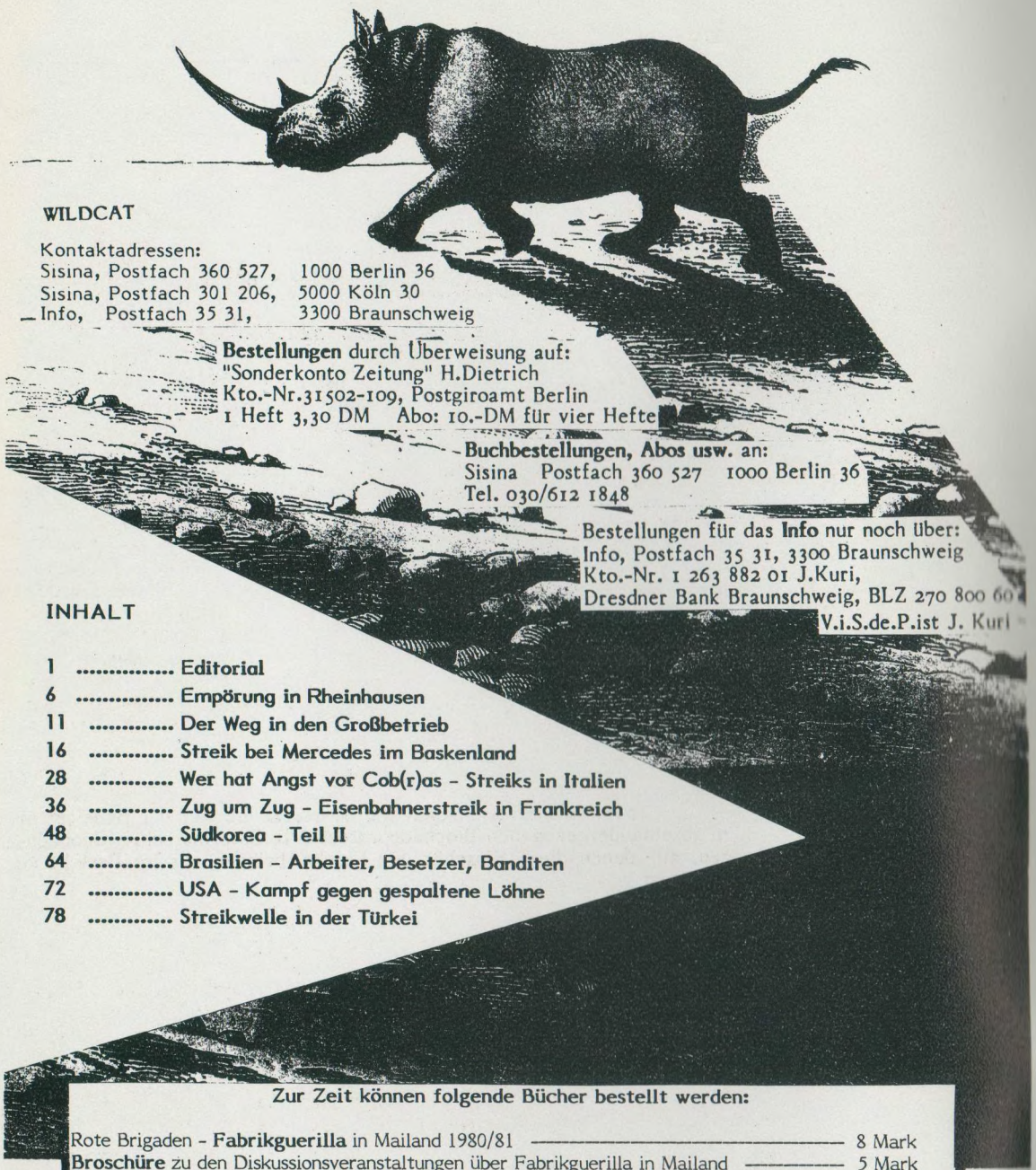
Januar 1988

43

Wildcat





WILDCAT

Kontaktadressen:
Sisina, Postfach 360 527, 1000 Berlin 36
Sisina, Postfach 301 206, 5000 Köln 30
Info, Postfach 35 31, 3300 Braunschweig

Bestellungen durch Überweisung auf:
"Sonderkonto Zeitung" H.Dietrich
Kto.-Nr.31502-109, Postgiroamt Berlin
1 Heft 3,30 DM Abo: 10.-DM für vier Hefte

Buchbestellungen, Abos usw. an:
Sisina Postfach 360 527 1000 Berlin 36
Tel. 030/612 1848

Bestellungen für das **Info** nur noch über:
Info, Postfach 35 31, 3300 Braunschweig
Kto.-Nr. 1 263 882 01 J.Kuri,
Dresdner Bank Braunschweig, BLZ 270 800 60
V.i.S.de.P.ist J. Kuri

INHALT

1 ..... **Editorial**
6 ..... **Empörung in Rheinhausen**
11 ..... **Der Weg in den Großbetrieb**
16 ..... **Streik bei Mercedes im Baskenland**
28 ..... **Wer hat Angst vor Cob(r)as - Streiks in Italien**
36 ..... **Zug um Zug - Eisenbahnerstreik in Frankreich**
48 ..... **Südkorea - Teil II**
64 ..... **Brasilien - Arbeiter, Besetzer, Banditen**
72 ..... **USA - Kampf gegen gespaltene Löhne**
78 ..... **Streikwelle in der Türkei**

Zur Zeit können folgende Bücher bestellt werden:

Rote Brigaden - **Fabrikguerilla** in Mailand 1980/81 ——— 8 Mark
Broschüre zu den Diskussionsveranstaltungen über Fabrikguerilla in Mailand ——— 5 Mark
und Riots in England (enthält die Referate, Thesen und weitere Texte zum Thema) ——— 7 Mark
Die **Wobblies** Band II und III je ——— 7 Mark
Thekla 5: Negri-Interview/Alquati über Olivetti ——— 7 Mark
Thekla 6: Arbeiteruntersuchung, Texte der Quaderni Rossi ——— 7 Mark
Thekla 7: Maschinen gegen Menschen ——— 7 Mark
Thekla 8: Reader zur Militanten Untersuchung ——— 7 Mark
Thekla 9: Mario Tronti: Marx, Arbeitskraft, Arbeiterklasse - Erste Thesen ——— 9 Mark

Bestellungen durch Überweisung aufs Konto (Preise incl. Porto + Verpackung)

Editorial

Rodeo in der Badewanne

Die "Riots", die seit über einem Jahrzehnt in Europa umgehen, haben nun auch die bisher stabileren Verhältnisse der BRD erreicht. In Berlin wurde die Randale durch die massenhafte Beteiligung der ProletarierInnen zum stundenlangen Aufstand und zwang den Staat, SO 36 zeitweilig als "no-go-area" (befreites Gebiet wäre ne ziemlich falsche Übersetzung!) zu behandeln. In Hamburg waren die Barrikaden die Ausdrucksform der proletarischen Jugendlichen, die in der "Hafenstraße" die Möglichkeit sahen, ihre Wut gegen die ganze Scheiße nicht mehr im Alk oder in den Hackereien untereinander rauszulassen, sondern die Richtigen zu treffen. Im Ruhrgebiet ist es die IG Metall, die das Medienspektakel eines Blockade-Aktionstags organisiert, um die Wut und Randale der jungen Arbeiter im Griff halten zu können. Der Barrikadenkampf in Hamburg, der zwei Wochen vor der Stilllegungsankündigung in Rheinhausen über Millionen Mattscheiben geflimmert war, wird für diese wütenden Arbeiter auf einmal zur Orientierung. "Wenn wir erstmal kämpfen, dann sind die Chaoten aus der Hafenstraße kleine Lichter!" Nachdem ihnen die Gewerkschaft zunächst hinterherrennt, tritt sie in der zweiten Woche die Flucht nach vorn an und greift das Symbol der Barrikade auf: In Absprache mit der Staatsgewalt läßt sie für einen Tag das Ruhrgebiet lahmlegen und übersetzt die Wut der Arbeiter in einen auseinandergezogenen Blockadeprotest à la Ostermarsch. - Beobachtungen, auf denen diese Einschätzung beruht, bringen wir im **Bericht zu Rheinhausen.**

Euphorisches Hochjubeln der Kämpfe ist nicht angesagt. Wohin führt ein Kampf, der über die Verteidigung des beschissenen Arbeitsplatzes nicht rausführt, welche Kraft haben Riots, die im eigenen Viertel gefangen bleiben? Und die wechselseitige Wahrnehmung der Kämpfenden geht kaum über die Medien hinaus. Trotzdem stellen die Riots in Berlin-Kreuzberg und um die Hamburger Hafenstraße einen Einschnitt in den westdeutschen Klassenauseinandersetzungen dar, hier sind neue proletarische Mobilisierungen zum Durchbruch gekommen - auch dann, wenn sie noch auf den Auslöser der autonomen Militanz angewiesen sind. Die Hafenstraße ist nicht als hochstilisiertes Symbol der autonomen Szene interessant, sondern in ihrer jahrelangen realen Bedeutung: Die Stärke der BewohnerInnen, das radikale Festhalten an den eigenen Interessen war zum Bezugspunkt der proletarischen Unzufriedenheit geworden. Warum kamen denn Jugendliche aus den verschiedensten Stadtteilen in die Hafenstraße? Was brachte die Jugend der Deutschen Postgewerkschaft dazu, über Radio Hafenstraße ihre Solidarität zu erklären? Warum hielten Auszubildende von Blohm & Voss eine Rede auf der Hafenstraßendemo, in der sie ihre Situation auf den Werften zur Sprache brachten? Warum hatten in der Vergangenheit "revolutionäre Tischler" die Fensterrahmen in der Hafenstraße erneuert? Doch nicht, weil die alle "Sympathisanten der Autonomen" geworden wären!

Hier kommt eher ein proletarischer Druck an die Oberfläche, der sich in den jeweiligen Herkunftsbereichen noch nicht zu äußern weiß: Werftenkrise, diverse Privatisierungspläne im öffentlichen Bereich, verschärfte Ausbeutung im Gesundheitsbereich, um nur einiges zu nennen. Mit dem in den Medien hochgepuschten Spektakel einer "Endschlacht" versuchten die Politiker, diese Wahrheiten zu überdecken und zugleich mit ihnen die Skandale um Neue Heimat und Baubehörde oder die gerade bekannt gewordene tiefe Finanzkrise des Hamburger Senats.

Kämpfe in Westeuropa / Bald kommt der Frühling?

1987 war auch ein Jahr mit vielen neuen Kämpfen in Frankreich, Spanien und vor allem in Italien. In Frankreich wurde das Jahr sehr vielversprechend eingeleitet mit dem **Kampf der französischen Eisenbahnarbeiter**.

Unsere Thesen zur Bedeutung der weltweiten Schüler- und Studentenunruhen haben sich im Grunde bestätigt: Sie waren Ausdruck, Vorbote, Medium eines neuen Klassendrucks und trugen zu einer gesamtgesellschaftlichen Mobilisierung bei. Aber bisher blieb jede dieser Bewegungen auf sich beschränkt, sogar in Spanien, wo es zu einer beeindruckenden Gleichzeitigkeit von Studentenbewegung und Arbeiterkämpfen kam. In Frankreich, wo die Schüler/Studentenunruhen und der Eisenbahnerstreik einen politischen Frühling zu versprechen schienen, sind diese Aufbrüche steckengeblieben. In Italien, wo es im ersten Halbjahr zu einer regelrechten Streikwelle gekommen war, konnten sich die Streikenden zum Teil recht große Zugeständnisse erkämpfen, aber die Kämpfe blieben innerhalb ihres korporativen Rahmens. Im Interview mit dem italienischen Genossen kommt das sehr deutlich zum Ausdruck: **Wer hat Angst vor Cob(r)as.** Auch der **Streik bei Mercedes im Baskenland** drückt dieses Dilemma exemplarisch aus: die alten Arbeiterkader führen einen verbissenen Kampf gegen die neue Arbeitsorganisation, aber die Jungen beteiligen sich nicht an der Auseinandersetzung. Die baskischen Arbeitergenossen versuchen, die Lehren aus ihrer Niederlage zu ziehen: der Kampfzyklus der alten Klassenzusammensetzung ist zu Ende, in den neuen Verhältnissen brauchen wir neue Strategien.

Die Kämpfe stellen neue Anforderungen an unsere Analysen und politische Praxis. Es reicht nicht mehr, gegen alle alternativen, grünen oder Bewegungstendenzen die Existenz des Klassenkampfs zu behaupten. Der Klassenkampf ist aktuell und wirft neue Probleme auf.

Nr.1: Der Korporatismus der Studenten, der (italienischen) Lokführer, der Lehrer, der Hafenarbeiter ist zunächst mal die praktische Überwindung des gewerkschaftlichen Reformismus, der den "Kuchen gerecht verteilen" will, sprich: die Scheiße gleichmäßig über uns auskippen. Daß sie ganz radikal nur ihre eigenen Interessen vertreten, macht es diesen ArbeiterInnen (und StudentInnen) möglich, den Kampf aufzunehmen und zu führen.

Nr.2: Dies ist auch ihre Schranke, sie drücken keine politische Neuzusammensetzung der Klasse aus. Aber die Analyse ihrer Schranken darf kein Etikett werden, das wir diesen Kämpfen aufkleben, um uns von ihnen zu distanzieren, sondern muß zur praktischen Kritik werden, das heißt, wir müssen uns in ihnen aufhalten und uns auf sie beziehen.

Nr.3: Die Kämpfe haben etwas in Bewegung gebracht, haben staatliche Restrukturierungspläne gekippt, haben ein neues Klima von Diskussion geschaffen, haben gezeigt, daß der Kampf möglich ist. Das hat auch Auswirkungen für die Revolutionäre, wirft einige unserer Konzepte über den Haufen - und das ist gut so.

Aus dem kurzen Beitrag zu den **USA** wird deutlich, wie schnell die Multis mit ihren Konzepten von Prekarisierung und Aufspaltung der Belegschaften in Stamm- und "RandarbeiterInnen" an Grenzen gestoßen sind. In den Artikeln zu **Südkorea (II)** und **Brasilien** finden sich übereinstimmende Hinweise darauf, daß in den Slums der sogenannten "Schwellenländer" ein Vereinheitlichungsprozeß im Gange ist: Die oft beschworenen Unterschiede zwischen Industriearbeitern, Klitschenmalochern und Marginalisierten verschwinden mehr und mehr in den riesigen Vierteln der Arbeit und der Armut.

Autonomer Reformismus?

Als Mittwoch abends in St.Pauli Jugendliche Barrikaden bauten, diskutierte ein Teil der HafenstraßenbewohnerInnen und UnterstützerInnen im Zelt über Sinn und Zweck dieser Aktionen. Etliche kritisierten in den Tagen danach das "voreilige Vorgehen" als schädlich für das breite Bündnis. Das war es auch ganz sicher! Von dem Ziel her, vor allen Dingen die Häuser zu erhalten, war es realpolitisch richtig, das breite Bündnis zu wahren und die richtige Kombination von Militanz und Verhandlung zum Zuge zu bringen. (Auch wenn die Ironie der Geschichte es will, daß die Häuser gerade durch die brennenden Barrikaden gehalten wurden!) Reformistisch wird es aber da, wo "Politiker" die breite Mobilisierung und die Militanz der Kämpfe in einer begrenzten Perspektive einschließen, für Ziele, die vorher nur ihnen klar waren.

Die autonome Szene zersetzt sich an den Kämpfen "in ihrer Nachbarschaft", nicht nur in Kreuzberg, sondern auch in Hamburg und demnächst überall. Aber was bedeutet es, wenn sich "die Autonomen" nach dem 1.Mai in Berlin in "Realos" und "Militante" spalten, oder wenn nach der Randale in Hamburg von der "Berliner Spaltung" geredet wird? Wenn GenossInnen den "Reformismus" als "Hauptfeind" bezeichnen?

Der Reformismus fährt als Sozius bei allen Positionen mit, die revolutionäre Strategie nicht aus den Massenkämpfen selbst ableiten, sondern meinen, das "richtige Bewußtsein" o.ä. den Massen o.ä. bringen und beibringen zu müssen. Solche Vorstellungen laufen um, wenn Autonome "die verschiedenen Teilbereichskämpfe vernetzen" wollen. Reformistisch wird's dann, wenn politische Unterhändler mit den Massenkämpfen pokern. Das kann sehr weit gehen. Im taktischen Repertoire der französischen Gewerkschaften ist das "Rodeo" sprichwörtlich: Man schickt die Arbeiter in militante Straßenkämpfe, damit sie "Dampf ablassen". Solche Formen reformistischen Vorgehens stoßen auf einen Schwachpunkt autonomen Politikverständnisses, das die Radikalität der Kämpfe in der Regel am Militanzgehalt ihrer Kampfformen festmacht. Dem Reformismus ist nicht moralisch beizukommen (drittes "autonomes" Laster), denn er kann nur funktionieren, wenn es ihm gelingt, Masseninteressen aufzunehmen und in irgend einer Weise zu "vertreten"; er lebt davon, die richtigen Fragen zu stellen und falsch zu beantworten. Den 1.Mai in Kreuzberg zum Beispiel als reale Möglichkeit von gesellschaftlicher Ausweitung und Gegenmacht zu kapieren - und das dann falsch in "Kiezpolitik" zu übersetzen. Tatsache ist, daß diese Politik in den letzten Monaten Schritte nach vorn gemacht hat, Erfolge zu verzeichnen hat - während die "Militanzfraktion" auf der Stelle tritt. Gewisse Kreise wittern jetzt Morgenluft. Offensichtlich wird das daran, wie sie uns nach den Schüssen an der Startbahn jetzt eine Gewaltdiskussion aufzwingen wollen. Aber eins haben wir aus den 70er Jahren auf jeden Fall gelernt: wenn wir uns in das Spaltungskonzept "Militanz oder (angepaßte) Verankerung" reindrücken lassen, haben wir schon verloren.

Den "Reformismus" als Hauptfeind bezeichnen und sich daran abarbeiten, heißt unsere Niederlage vorprogrammieren. Die Erfolge der Reformisten werden nur möglich, weil die Revolutionäre nicht klarmachen konnten, daß die Leute ihre eigenen Interessen am besten selber vertreten und durchsetzen können. Nur wenn der Klassenkampf steckenbleibt und die Revolutionäre nicht weiter wissen, können die Reformisten einen Stich machen. Wenn wir diese eigene Schwäche nicht zum Thema machen, dann bleiben wir gegenüber den Tendenzen der "Realo-Autonomen", der Reformisten und neuen Parteigründer genauso hilflos, wie diese gegenüber dem bürgerlichen Staat, den sie einst abschaffen wollten.

Revolutionäre Identität ... Militante Untersuchung

Identität als feststehende moralisch-ethische Größe gibt es nur in einem religiösen Sinn. Für Revolutionäre gibt es sie nicht als Folie zum Abziehen und Aufkleben, sondern nur als ein Verhältnis, das immer wieder neu zur Klasse hergestellt werden muß. Militante Untersuchung ist ein Vorschlag, um dieses Verhältnis neu zu entdecken und zu gestalten.

Nicht die Karikaturen "Geh zu den Arbeitern Student!" ("operaistische" Variante) oder "Geh ins Volk, Intellektueller!" (Populismus der "Sozialrevolutionäre") sind gemeint. Und es gibt auf diesem Feld auch keine einfachen Beziehungen: sowohl das "Dem Volke dienen", als auch das "Hereintragen des Bewußtseins in die Arbeiterklasse" bleiben gegenüber den neuen Klassenverhältnissen hilflos.

Militante Untersuchung bedeutet, eine doppelte Spannung auszuhalten: 1.) Unsere "Subjektivität" ist ohne Bezug auf die reale Klassenzusammensetzung nur Schall und Rauch. "Untersuchung" heißt, daß wir Lernende sind. 2.) Dort, "wo sie funktioniert", stellt militante Untersuchung ein aktives neues Verhältnis her und greift dabei die Zusammenhänge an, die beispielsweise in einer Fabrik den Status quo garantieren und in sich reproduzieren.

MU zersetzt also Scenes und Überlebensstrukturen - nicht zuletzt unsere eigenen! Das macht das Quälende, aber auch die Brisanz der letzten Jahre aus: unsere eigenen subjektiven Vorstellungen sind immer tiefer in die Krise gekommen, aber neue revolutionäre Identität hätte sich nur in Bezug zur realen Neuzusammensetzung der Klasse herausbilden können. Mitgekriegt haben wir aber nur einen hinhaltenden Klassendruck, das ausgefuchste Ausnutzen neuer Bedingungen, den alltäglichen Klassenkampf eben. Das war wichtig für unser politisches Überleben. Aber wir waren selten in der Lage, einen aktiven Prozeß daraus zu machen - dazu fehlten eben auch die erneuernden Impulse aus der Klasse.

Wie weit wir hinter den akutellen Entwicklungen her sind, zeigt sich schon daran, daß wir erst jetzt mit der Aufarbeitung unserer Erfahrungen der Jahre 83-86 anfangen. In der letzten Nummer war ein Artikel, der erst mal den Bogen über die damaligen Versuche von militanter Untersuchung gespannt hat. Auch der Bericht in dieser Nummer: **Der Weg in die Großfabrik** zeichnet die Widersprüchlichkeit unserer Versuche sehr subjektiv nach und zwar vor dem Hintergrund, daß sie erstmal gescheitert sind. Er gibt die Erfahrung wieder, wie es nicht gelang, in gleicher Weise und in einem wechselseitigen Prozeß Fabrikgetto und politisches Szenegetto zu zersetzen.

Vor dem Hintergrund der neuen Kämpfe müssen wir weiterkommen. Wir brauchen eine vertiefte Analyse des Sozialstaats und seiner aktuellen Umstrukturierung (Klassenzusammensetzung von oben: Sozialversicherungsausweis, Kostendämpfung, Steuerreform usw.). Wir brauchen eine intensivere internationale Debatte. Militante Untersuchung muß stärker als bisher heißen, aus dem Innern der Kämpfe die Kritik an ihren Beschränktheiten voranzubringen.

All das hat angefangen - treiben wir es weiter!

Betrifft:

Durchsuchungen,

Verhaftungen

Ulla Penselin

Ingrid Strobl

Andreas Eichler

Reiner Hübner

Andreas Semisch

Briefe über den
zuständigen
Ermittlungsrichter
am BGH
Herrenstr. 45a
7500 Karlsruhe

Seit den Schüssen an der Startbahn jagt eine Hausdurchsuchung die andere; dabei geht es nicht mehr nur um die Durchleuchtung von Strukturen, sondern darum, organisierte Militanz zu zerschlagen. Diesmal wollen sie viele Jahre Knast verteilen. In Frankfurt sucht das BKA schon längst nicht mehr in erster Linie nach dem/den Startbahnschützen, sondern versucht, die Strommast-Sägefische ins Netz zu bekommen. Mit den letzten Razzien im Dezember in Hamburg, Köln, dem Ruhrgebiet und Hannover und der Verhaftung von Ingrid und Ulla wird zum ersten Mal ein Teil der Frauenbewegung angegriffen, der versucht, den Kampf gegen Patriarchat und Imperialismus zu entwickeln und dabei die bisherige Metropolenborniertheit der Frauenbewegung zu überwinden. Von Ulla ist bekannt, daß sie sich seit Jahren kritisch mit Gentechnologie und Bevölkerungspolitik beschäftigt, ihr wird Mitgliedschaft in der Roten Zora vorgeworfen. Ingrid soll sich an einem Anschlag gegen die Lufthansa wegen deren Rolle bei der Abschiebung von AsylbewerberInnen und beim Prostitutionstourismus beteiligt haben.

Seit über 15 Jahren versuchen die Bullen, Roter Zora und RZ auf die Spur zu kommen. Die Anschläge der RZ richteten sich in der letzten Zeit schwerpunktmäßig gegen die imperialistische Flüchtlingspolitik, die der Roten Zora gegen Gentechnologie und Humangenetik (deshalb haben sie wohl auch das Gen-Archiv in Essen durchsucht). Insbesondere nach den Anschlägen auf das Textilunternehmen Adler und auf die Lebensmittelkette "Rewe" (wegen Obstimport aus Südafrika) steht das BKA unter Erfolgsdruck.

Wir sehen in den Razzien vor allem den Versuch, die radikale politische Auseinandersetzung mit diesen Themen zu blockieren - Themen, an denen sich in den letzten Jahren viele Gruppen politisch geschult haben und zu denen unterschiedliche Gruppen vielfältige Aktionen gemacht haben. Die beste Solidarität mit den Gefangenen wird auch deshalb darin bestehen, die Auseinandersetzung mit diesen Themen zu forcieren.

Setzt Euch mit den Ermittlungsausschüssen in den verschiedenen Städten in Verbindung! Schreibt den Gefangenen!

Spendenkonten:

Ralf Stutzke
Commerzbank Ffm 90
BLZ 500 400 00
Kto. 775 84 69

J. Beyer, Hamburg
1206/ 484931 Haspa;
Stichwort: 18.12.

Empörung in Rheinhausen

GEGEN DIE SCHLIESSUNG DES STAHLWERKS in Duisburg-Rheinhausen protestierten am Freitag Tausende von Arbeitnehmern

Eigentlich wäre es gar nichts Besonderes gewesen. Am 27. November wird bekannt, daß Krupp sein Stahlwerk in Duisburg-Rheinhausen dichtmachen will. 5 300 weitere Arbeitsplätze würden damit im Stahlbereich wegfallen. Anfang Oktober hatte die IG-Metall mit den Stahlbossen den "sozialverträglichen" Abbau von 35 000 Stellen in den nächsten zwei Jahren vereinbart. Und in Rheinhausen selbst hatte der Betriebsrat im Herbst dem Rausschmiß von 2000 Malochern über Sozialplan zugestimmt. Ende November waren bereits 900 "abgebaut".

Woher also die Aufregung, die schließlich die größte Industriegewerkschaft der Welt - in den wichtigsten Aufsichtsräten bundesdeutscher Multis zu Hause - zum "Barrikadenkampf" treibt? Der Druck unter den die Gewerkschaften und politischen Institutionen im Ruhrgebiet geraten sind, wurde zum einen durch die politische Provokation des Kapitals hervorgerufen. Offensichtlich wollte es in Rheinhausen antesten, wie weit es sich von dem kostspieligen Klimbim der "Mitbestimmung" und "Sozialverträglichkeit" lossagen kann. Der zweite und gewichtigere Grund liegt darin, daß es Kapital und Gewerkschaften mit einer neuen Arbeitergeneration zu tun haben, für die in dieser Situation die Randale in Kreuzberg oder die Barrikaden in der Hafenstraße attraktiver sind als der Gewerkschaftsonkel.

Im Folgenden wollen wir nur einige Informationen und Eindrücke wiedergeben. Die Widersprüchlichkeit der neuen Auseinandersetzungen im Stahlbereich und ihre ausstrahlende Wirkung in andere Bereiche können wir nicht auf einen Nenner bringen.

EIN AKTIONSTAG GEGEN AKTIONEN ...

Der berüchtigte Blockadetag am 10. Dezember, als "im Ruhrgebiet nichts mehr lief und Hundertausende gemeinsam kämpften", hatte aus der Sicht der Gewerkschaft eine eindeutige Funktion. Er sollte ihr die Kontrolle über die Auseinandersetzungen zurückbringen, die sie in den Tagen zuvor schon verloren hatte. Als wir am Morgen mit einem jungen Stahlarbeiter an der ersten Blockade in Rheinhausen reden, wundert er sich fast über die Gewerkschaft. "Die sind heute radikaler als wir." Er meint damit den Umfang der Aktionen, wieviele Leute sie auf die Beine gekriegt hat, daß sie überall im Ruhrgebiet mehr dicht gemacht hat, als sie sich selbst zugetraut hätten. Aber es kommt auch eine gewisse Kritik und Unmut durch. Wie es nächste Woche weitergehen soll? - "Wenn jetzt keine klaren Ergebnisse rauskommen, dann legen wir nächste Woche erst richtig los. Das läuft dann nicht mehr so wie heute, wo die Polizei schon vorher informiert war, welche Straßen dicht gemacht werden, wo die in aller Ruhe den Verkehr umleiten können." - Den ganzen Tag über hörten wir diesen Unmut bei den Arbeitern an den Blockaden durch - das Gefühl der Sinnlosigkeit, den ganzen Tag in der Kälte rumzustehen und niemanden damit zu treffen. "Wie Karneval" oder "Ostermarsch" waren andere Kommentare. Die Gewerkschaft hatte versucht, die ganzen Aktionen auf höchstem Niveau ins Leere laufen zu lassen und die Mobilisierung dann - mit neuen, vielversprechenden Verhandlungen garniert - wieder runterzufahren.

Aber in vielen Situationen dieses Aktionstages drücken die Arbeiter ihre Wut selbstbewußt

aus - vor allem in den frühen Morgenstunden, als die Polizei noch nicht alles im Griff hat. Bei der Autobahnblockade auf der A 59 (eine kurze Stichautobahn, die den Fernverkehr nicht berührt!) kommt es mittags zu Auseinandersetzungen zwischen 150 Thyssen-Arbeitern und ihrem Betriebsrat, da sie die Blockade entgegen der gewerkschaftlichen Planung fortsetzen wollen. Arbeiter der Firma Rüttger stürmen die Rhein-Ruhr-Halle, in der die Thyssen-Betriebsversammlung vom Werksschutz abgeschirmt wird. Bei den Krupp-Arbeitern, die das gleiche vorhatten, scheitert es, weil die Gewerkschafts-Busse angeblich nicht aufzutreiben sind.

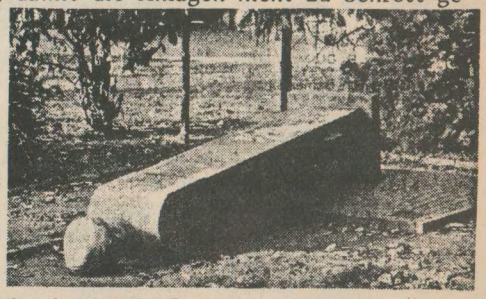
In anderen Ruhrgebietsstädten wie Bochum oder Dortmund, wo sich Bergarbeiter und Opel-Belegschaft beteiligen, laufen auch nicht alle Straßenblockaden nach Plan. Auf einer Zeche werden Kohle-Loren in Brand gesteckt. Rheinhausen ist auch über das Ruhrgebiet hinaus zu einem Signal geworden. Beim Aktionstag ist dies zum Ausdruck gekommen. Aber ansteckend waren die Aktionen, die Mobilisierung und die Sprüche der Tage zuvor, mit denen die Gewerkschaft solche Probleme hatte.

... NACH DER ARBEITERRANDALE

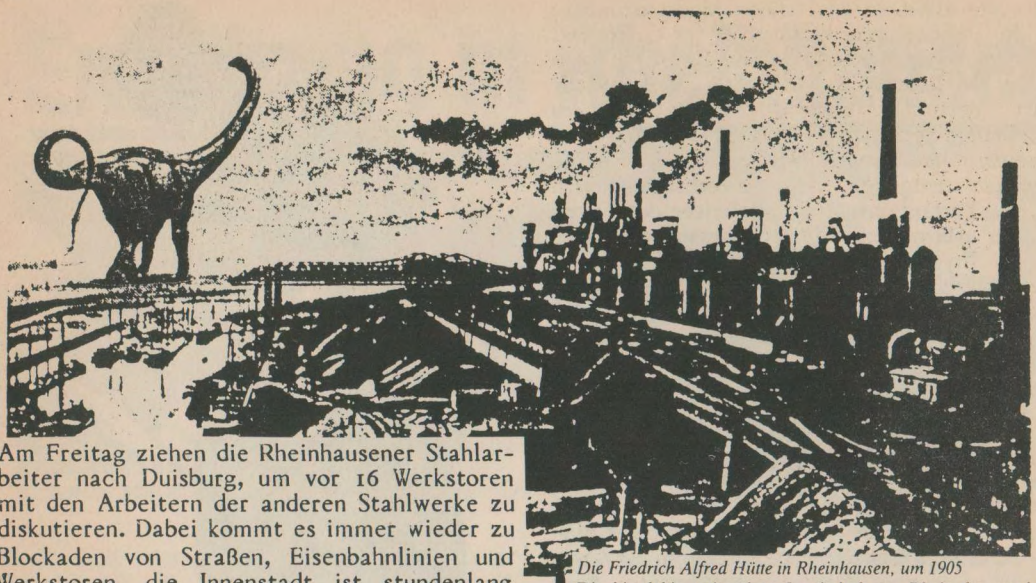
Als am Freitag, dem 27. November, bekannt wird, daß Krupp das Werk Rheinhausen dicht machen will, schmeißen die Arbeiter am nächsten Tag sofort die Brocken hin. Auf der Betriebsversammlung wird Krupp-Vorstandsvorsitzender Cromme ausgepfiffen und mit Eiern beworfen. Am Montag und Dienstag wird weitergestreikt. Und auch in den folgenden Tagen wird die Produktion gedrosselt, so daß notwendiges Vormaterial für das Bochumer Werk ausbleibt. Dies scheint die größte Sorge der Konzernleitung zu sein, die nun von einem verfrühten Bekanntwerden der Pläne spricht. Insgesamt habe es einen Produktionsausfall von 40 000 Tonnen gegeben; die Arbeiter sagen, sie hätten in der ersten Woche 90 000 Tonnen in den Sand gesetzt. Am Mittwoch blockieren 600 Arbeiter die Rheinbrücke nach Duisburg und einige Straßen, wobei sie von KrankenpflegerInnen eines nahegelegenen Krankenhauses unterstützt werden. Die Gewerkschaft und der Betriebsrat scheinen ihren Einfluß zu verlieren. - "Als die Polizei ihn <den Betriebsratsvorsitzenden> morgens aus dem Bett klingelt, um die Stahlarbeiter zu bewegen, die gesperrte Strombrücke bei Rheinhausen wieder freizugeben, sagt Bruckschen: 'Ich bin doch nicht vor die Pumpe gelaufen.' Die Betriebsräte in Rheinhausen drohen ihren Einfluß auf die Belegschaft zu verlieren ..."(FAZ) Die Sprüche, man wolle die

"Chaoten aus der Hafenstraße" noch in den Schatten stellen, werden vom Betriebsrat zwar schnell als Verbalradikalismus aufgegriffen. Aber Teile der Belegschaft scheinen die für die BRD-Metropole neue Erfahrung proletarischer Barrikadenkämpfe tatsächlich aufgreifen zu wollen.

Einen Tag später greifen Arbeiter des Bergbau-Zulieferers Klöckner-Becorit in Castrop-Rauxel und Recklinghausen die neue Kampfform auf. Aus Protest gegen die Entlassung von 500 Arbeitern veranstalten sie mehrstündige Straßenblockaden. Währenddessen demonstrieren in Duisburg die SchülerInnen, weil sie von ihrem Oberbürgermeister schulfrei bekommen haben, und der Betriebsrat in Rheinhausen kann die Arbeiter dazu bewegen, die Stahlproduktion wieder anlaufen zu lassen. Nur, damit die Anlagen nicht zu Schrott gehen.



Samt Sockel gestürzt: Firmengründer Alfred Krupp. Werkschutzleute haben das Denkmal inzwischen wieder aufgerichtet.



Die Friedrich Alfred Hütte in Rheinhausen, um 1905

Die bis dahin unberührte Landschaft am Rheinufer wurde umgepflügt, als dieses großindustrielle Hüttenwerk seit 1896 erbaut wurde. Es war konsequent geplant und ermöglichte einen geschlossenen Produktionsablauf, der die Verarbeitung von Erz zum Endprodukt so organisierte, daß keine neue Erwärmung des Materials zwischen den einzelnen Arbeitsgängen erforderlich war und somit „in einer Hitze" gearbeitet werden konnte: das Erz wurde im Hochofen verhüttet, im Konverter zu Stahl umgewandelt und im Walzwerk in die gewünschte Form zur Weiterverarbeitung gebracht. Die Rohstoffe wurden aus kruppeigenen Gruben angeliefert: Erze aus den 1889 und 1894 erworbenen Gruben in Lothringen, Kohle aus den Zechen „Hannibal" bei Bochum, „Emscher-Lippe" und anderen.

Das Hüttenwerk war bewußt in einem Gelände mit direktem Anschluß an die Hauptverkehrsadern angelegt worden: die Schiffahrt auf dem Rhein und die Eisenbahnlinien ermöglichten schnellen und billigen Transport.

Dieser Bau auf der bis dahin „grünen Wiese" erforderte aber auch eine Reihe von zusätzlichen Einrichtungen: einen eigenen Bahnhof, Wohnsiedlungen für das Heer von Arbeitern und Beamten, Gemeinschaftswohnhäuser für ledige Arbeiter, für den Feierabend eine Bücherhalle und eine Bierhalle, für die medizinische Versorgung ein Krankenhaus. Um den Kreislauf von Arbeit und Versorgung im Kruppschen Werk zu schließen, errichtete die Essener Konsumanstalt eine Zweigstelle. Eine kleine, eigene Stadt entstand.

Am Freitag ziehen die Rheinhausener Stahlarbeiter nach Duisburg, um vor 16 Werkstoren mit den Arbeitern der anderen Stahlwerke zu diskutieren. Dabei kommt es immer wieder zu Blockaden von Straßen, Eisenbahnlinien und Werkstoren, die Innenstadt ist stundenlang blockiert. Ein Binnenschiff mit 10 000 Tonnen Erz, das zum Thyssen-Hafen umgeleitet worden war, wird wieder zum Krupp-Hafen zurückgeschickt. Vor den Mannesmann-Toren kommt es zu heftigen Streitereien - angeblich wird aus Huckingen Vormaterial nach Krupp-Bochum geliefert, das den Ausfall von Rheinhausen ersetzen soll. Schließlich wird ein Zug, der gerade das Werk verlassen will, gemeinsam gestoppt. Bei den Streitereien, die an einigen Orten handgreiflich wurden, werden auch alte Rechnungen aufgemacht: wo waren die Krupp-Arbeiter beim Stahlstreik 78/79; und noch 81 fuhren die Kruppianer Zusatzschichten, weil bei Mannesmann ein Überstundenboykott lief ... In der Öffentlichkeit und von der Gewerkschaft werden diese Auseinandersetzungen totgeschwiegen und harmonische Eintracht im "Kampf für unsere Stadt" oder das Ruhrgebiet vorgegaukelt. Gerade dieser wenig beachtete Freitag war für die Entwicklung des Arbeiterkampfes von Bedeutung: die Auseinandersetzungen unter den Arbeitern der verschiedenen Werke waren viel produktiver, als die von der Gewerkschaftszentrale gelenkte Einheit des kommenden Aktionstages. Hier wurden die Schwierigkeiten deutlich und für jeden fühlbar, warum es bisher in diesem "industriellen Ballungsgebiet" so schwer fällt, zu kollektiven Kämpfen gegens Kapital zu kommen. Und nur in solchen direkten Streitereien unter sich könnten die Arbeiter dazu kommen, das Heft in die eigene Hand zu nehmen. Außerdem hatten die Arbeiter ohne große Planung und Absprachen in Duisburg den Verkehr und Werkszufahrten lahmgelegt - in so einer Situation könnte keiner die Aktionen unter Kontrolle halten.

"... DIE DESPERADOS* UNTER DEN STAHLKOCHERN"

In der nächsten Woche folgen am Montag der Sturm aufs Kalte Büffet des Krupp-Aufsichtsrats in Bochum und am Mittwoch die Begehung der Villa-Hügel trotz heftigen Einspruchs des DGB-Vorsitzenden. Bei diesen und anderen Aktionen, die aus der gewerkschaftlichen Regie des Protestes herausfallen, sind vor allem die jugendlichen und türkischen Stahlarbeiter aktiv.

** Desperado = 1. ein zu jeder Verzweiflungstat Entschlossener, politischer Abenteurer. 2. Räuber, Bandit*

Die vergangenen Entlassungswellen konnten im Montanbreich vor allem durch das Konzept der Frühverrentung abgefedert werden. Auf dieses Instrument kann die Stahlindustrie jetzt aber nicht mehr zurückgreifen, weil ihre Belegschaften schon weitgehend verjüngt sind. Mit Abfindungen in den Ruhestand kann der jetzige Angriff nicht geglättet werden, und zugleich hat es das Kapital offenbar mit einem neuen Arbeitertyp zu tun.

"Seit 1975 sind in der Stahlindustrie mehr als 100 000 Beschäftigte über Sozialpläne ausgeschieden. Der Großteil entfiel auf die 'Frühpensionäre'. Bei Thyssen Stahl sind von 40 000 Beschäftigten nur noch 1700 Arbeiter älter als 55 Jahre. Bei der Ruhrkohle AG, die ihre einst überalterte Belegschaft in 15 Jahren völlig umbaute, werden 1990 fast 60 000 Bergleute 'in die Anpassung' gegangen sein.

Doch inzwischen werden in den Betrieben immer häufiger auch die Kehrseiten des personellen Patentrezepts deutlich. "Wir haben einen beträchtlichen Know-how-Verlust erlitten", berichtet Thyssens Arbeitsdirektor Woelke. Die besonderen Stärken des Routiniers - umfassende Betriebskenntnisse und kurze Kommunikationswege - fehlen nun an vielen Stellen. Während die Älteren den 'organischen Aufbau des Unternehmens mitvollzogen haben', müssen junge Facharbeiter die täglichen Selbstverständlichkeiten im Betriebsablauf erst erlernen. Auch in der Grundeinstellung gibt es Unterschiede. Früher, so klagen die Personalchefs, habe es um die Identifikation mit dem Unternehmen deutlich besser gestanden. Fritz Ziegler, Arbeitsdirektor der Ruhrkohle, rätselt über das Phänomen unterschiedlicher Leistungsbereitschaft. Die unter 20jährigen 'feiern' fünfmal häufiger kurzfristig krank als ihre mehr als doppelt so alten Kollegen. ... Die Altersstruktur des Bergbaus weist bei den 40- bis 50jährigen inzwischen ein hohes Defizit aus. ... Nun setzt man darauf, daß auch Jüngere freiwillig ausscheiden. Auch in der Stahlindustrie ist die Schmerzgrenze erreicht. Um nicht noch mehr Erfahrene einzubüßen, denkt Thyssen an eine 'Änderung der Übernahmepolitik'. Statt der bisherigen 80 Prozent würde das Unternehmen dann deutlich weniger Auszubildenden eine Stelle anbieten." (KStA 13.5.1987)

Diese Warnungen vom Mai letzten Jahres zeigen auch, daß die Subjektivität in diesen Kämpfen nicht auf das gewerkschaftliche Motto "Arbeit für alle" oder den Spruch des Duisburger Bürgermeisters - "Mobilisiert alles für neue Arbeit" - beschränkt bleibt. Mit den Entlassungswellen, die sich überall in Europa gegen die alten Hochburgen der Arbeiterklasse richten, versucht das Kapital die Klasse in eine politische Sackgasse zu treiben. Statt den Kampf gegen die Ausbeutung zu führen, sollen sie um die Arbeit fürs Kapital auf Knien betteln. Davon lebt die ganze regionalistische Propaganda, der Schulterschluß zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse im Kampf ums "Überleben einer Stadt, der Region ...", woran sich auch die linken Kräfte mit ihrem Wiederbelebungs-Kurs "Das Revier muß leben!" (Serengeti darf nicht sterben) beteiligen.

Die Radikalität der jugendlichen Stahlarbeiter scheint aber davon zu leben, daß es ihnen eben nicht um die Verteidigung der lebenslangen Maloche geht, daß für sie der jetzige Konflikt zum Ansatzpunkt geworden ist, den **Klassenkampf** zu **führen.** Ein Kommentator

der "Süddeutschen Zeitung" spricht deutlich aus, daß gerade deswegen die breite, klassenübergreifende Protestbewegung unter gewerkschaftlicher Führung der letzte Rettungsanker ist. Dafür darf auch schon mal Gesetz und Ordnung mißachtet werden.

"Von Spekulationen auf ein Zerbröckeln der Protestbewegung kann jedoch nicht nachdrücklich genug abgeraten werden. Gewiß: Der Betriebsrat wird mit Resignationserscheinungen in den eigenen Reihen zu kämpfen haben, je länger sich der Verhandlungspoker hinzieht. Und er wird es auch nicht einfach haben, kraftvolle Solidaritätsaktionen der anderen DGB-Gewerkschaften einzufordern. Nichts könnte sich aber letztlich für den sozialen Frieden im Revier verhängnisvoller erweisen, als ein Zerbrechen der breiten Protestbewegung. Denn nur solange sie Bestand hat, kann noch für den geordneten Ablauf der Demonstrationen garantiert werden. Zerfiele sie aber, blieben die Desperados unter den Stahlkochern übrig, deren Radikalität dann schnell außer Kontrolle geraten könnte."(SZ, 15.12.87)

Das Bild bleibt für uns widersprüchlich. Nach dem Aktions-Donnerstag läuft alles wie geplant: neue Verhandlungen am Freitag bringen einen "Durchbruch", am Montag billigt die Belegschaft auf einer Betriebsversammlung das "Konzept" des Betriebsrates. Solange verhandelt wird, hält die Belegschaft still und produziert weiter.

Montag abend vorm Tor: Die Belegschaft hat überhaupt nichts gebilligt, was denn auch. Das "Konzept" des Betriebsrats besteht doch nur darin, daß weiterverhandelt wird. Es ist über nix abgestimmt worden, gab ja auch nix abzustimmen. Keiner macht sich allzu große Hoffnungen. Besonders verärgert sind sie darüber, daß jetzt wieder die Produktion hochgefahren wird. Die blasen da jede Menge Sauerstoff rein. Das scheint auch in der gesamten Belegschaft der entscheidende Punkt zu sein: Auch wenn jetzt erstmal verhandelt wird, wenn weitere Aktionen zurückgestellt werden, warum denn dann auch noch produzieren ??? Allen ist klar, daß die Produktion der entscheidende Punkt ist, an dem sie das Kapital treffen können. Der Betriebsrat wolle doch jetzt nur die Sache abblocken. Ein junger Arbeiter: Er halte von Betriebsrat und Gewerkschaft sowieso nicht viel. Auf den "Aktionsplan" für die dritte Woche angesprochen, meint einer aus dem Hintergrund: Das ist doch keine Aktionswoche, das ist ne **Friedenswoche**! Dann aber wieder die Einschränkung: Wir können ja nicht dem Betriebsrat in den Rücken fallen.

Aktion auch in Hamburg – Rowdies warfen Eier und Tomaten

Randale in der Börse: Punker gegen Banker

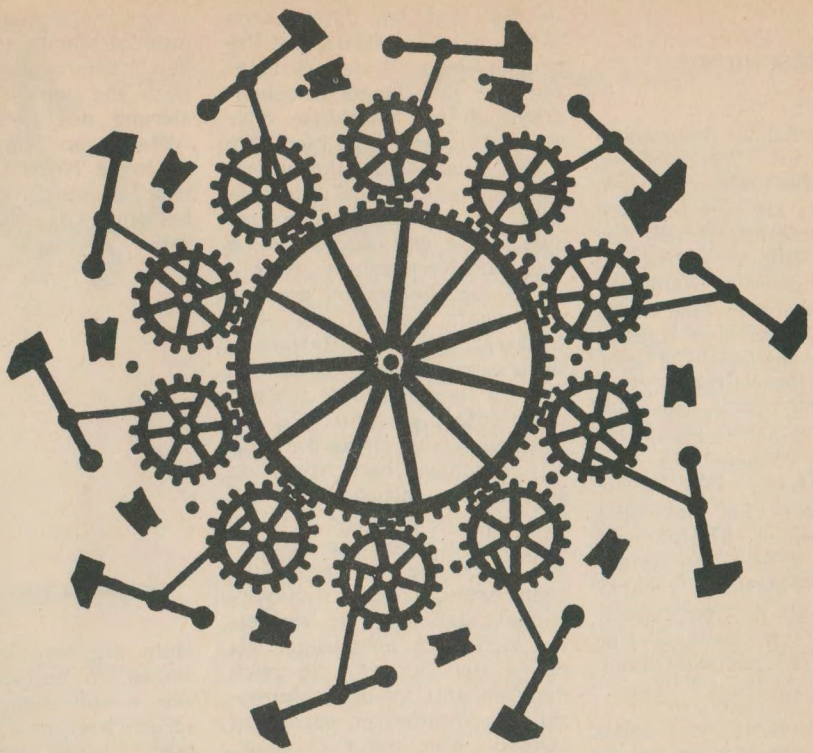
Rund 60 Autonome haben gestern kurz nach 12 Uhr die Hamburger Börse gestürmt und ein Transparent „Solidarität mit den Stahlarbeitern" entrollt. Zum Entsetzen der wie stets vornehm gekleideten Börsianer warfen die teilweise vermummten und mit Stahlruten bewaffneten Rowdies Tomaten und Eier.

Das Drama an der Ruhr

Arbeiter bauten Barrikaden ● Autobahnen gesperrt ● Rheinhausen abgeriegelt ● Überall Proteste

Die ersten Stahlarbeiter gingen um 3 Uhr früh auf die Straße. Sie kamen im Frost, mit Autos, Thermosflaschen, Transparenten, Kindern und glühenden Kohlen. 100 000 Stahlkocher protestierten gegen die Stillegung des Krupp-Stahlwerks Rheinhausen (5300 Arbeitsplätze). Sie bauten Barrikaden, sperrten Kreuzungen, blockierten Autobahnen. Duisburg, Krefeld, Siegen, Essen, Oberhausen, Hattingen, Dortmund, Gelsenkirchen und Bochum waren dicht! Ein Polizeisprecher: „Ich kann nicht mehr aufzählen, wo es überall nicht mehr geht." Berichte von den BILD-Reportern Seiten 12 und 13

Ein blockierender Stahlarbeiter packt in Gelsenkirchen einen Autofahrer am Kragen, weil der den Motor nicht abschalten wollte, „wegen der Kälte".



Der Weg in den Großbetrieb

In der TheKla Nr. 8 haben wir Papiere und Diskussionen veröffentlicht, die im Zusammenhang mit dem Projekt "Militante Untersuchung" entstanden sind. Was dabei bisher fehlt, sind die Probleme politischer und subjektiver Art, auf die wir in diesen Jahren gestoßen sind. Wie bewegen wir uns selbst in den Fabriken? Beruhen unsere Schwierigkeiten auf der "objektiven" Situation in der Klasse oder auf unserer Unorganisiertheit, auf der Schwäche unserer Gruppen? Dieser Bericht kann solche Fragen nicht definitiv klären, weil das auch gar nicht geht. An einigen Punkten wird klar, daß die Versuche von einzelnen, alleine in die Fabrik zu gehen, begrenzt bleiben mußten, daß aufgrund dieser Isoliertheit selbst mögliche Initiativen nicht angepackt wurden. Aber andererseits können wir auch die Frage der Gruppen, die Frage der Organisierung als revolutionäre Kraft **in** der Klasse nicht unmaterialistisch als rein subjektives Problem angehen. Es gibt eine Dialektik zwischen der Neuzusammensetzung der "subjektiven Kräfte" durch die Klasse auf der einen Seite und einer vorwärtstreibenden Rolle dieser Kräfte auf der anderen Seite. Der Bericht ist daher nicht resignativ, auch wenn er zunächst mal die Erfahrung eines Scheiterns festhält. Daß mit Verdinglichungen wie "die Alten" oder "die Loyalen" hantiert wird, zeigt bereits, daß militante Untersuchung als Ferment von Neuzusammensetzung nicht funktioniert hat, denn als solches müßte sie ja gerade aufspüren, wo solche Kategorien im realen Verhalten, in neuen Kämpfen aufgebrochen werden. Der Bericht soll und kann aber Anstoß werden, die notwendigen Schritte genauer zu bestimmen, um sowohl das politische Szenegetto als auch das Fabrikgetto aufzubrechen. Er könnte also den Blick dafür schärfen, die nächsten Versuche gezielter und genauer anzupacken.

VORGESCHICHTE:

Mein Entschluß im Zusammenhang mit der überregionalen Diskussion der Jobbergruppen, die Jobberei als eine politisch gezielte Sache anzugehen, war innerhalb meiner regionalen politischen Szene "einsam" gefaßt. Es hatte zwar eine Reihe von Diskussionen über Kapital und Klasse gegeben, die aber rein theoretisch blieben. Das gelegentliche Jobben war nach wie vor eine individuelle "Kohlefrage". Viele aus der Szene erklärten mich mehr oder weniger für bekloppt, weil ich einen alternativen "Traumjob" aufgegeben hatte, um "in die Fabrik zu gehen". Aus dieser Situation heraus verstärkte ich zwangsläufig noch mein individualistisches "Durchhalten".

Diese Situation traf sich ziemlich genau mit der Situation und den Erfahrungen in der folgenden Jobberei. Über die Job-Vermittlung landete ich prompt in einem typischen Jobberladen, einem zentralen Kaufhaus-Lager: von den dort zahlreich vertretenen studentischen Jobbern war so gut wie nichts zu erwarten, der Haß der festangestellten, ausgelaugten Lagerarbeiter auf sie voll verständlich und berechtigt, und nachdem ich einige Mühe drauf verschwendet hatte, mich von diesen Studis praktisch zu distanzieren, fand ich bei diesem Kern der älteren Arbeiter einen ganz konkreten Rückhalt für das Zurechtfinden in der und gegen die Arbeit: Pausenmachen, der Kontrolle ausweichen, die Hierarchie durch "Fehler" zum Durchdrehen bringen, Sachen abziehen (aber in einer sehr solidarischen Weise - was die kollegiale Aufteilung angeht-oder wie der Alte, der jeden Tag zwei Dosen Fisch für seine kranke Katze rausschmuggelte) usw. Viele von ihnen waren nach diversen Betriebsstillegungen hier gelandet, malochten nach jahrelanger Knochenarbeit in 'ner Glashütte oder als Lackierer jetzt hier. Sie waren restlos desillusioniert, verteidigten ihre Zurückhaltung und Verweigerung bis aufs letzte und kannten keine Spur von Vermittlung mehr - sei es die Hierarchie, die Gewerkschaft oder der Betriebsrat. Als eine "Rationalisierungskommission" durch den Betrieb tigerte, wurde ich von ihnen sofort gewarnt: "Zu denen kein Wort!" Diese Warnung war durchaus berechtigt, da sie ständig mitkriegten, daß sich jeder x-beliebige Studi in lange Gespräche über die Vor- und Nachteile der betrieblichen Arbeitsorganisation verwickeln ließ. Und sie verhielten sich auch eindeutiger als einige der Jungen, die noch meinten, mit genug Schleimerei zum Vorarbeiter werden zu können. Was natürlich auch daran lag, daß sehr wenig junge Malocher da waren - und die blieben nur, wenn sie Staplerfahrer, Vorarbeiter o.ä. wurden.

Zugleich war den Älteren die Bedeutung eines so simplen Instrumentes wie des lagertypischen "Unterflurförderbandes" ziemlich klar - auch wenn sie es nur in Aussagen faßten wie: "Vor der Einführung des Bandes war es hier viel ruhiger..." Das "Unterflurförderband" ist einfach eine Kette, die in einigen Schleifen im Lager herumläuft und an die Palettenwagen gehängt werden können. Dadurch werden die unmittelbaren Kontakte zwischen verschiedenen Abteilungen verringert. Der Transport zwischen den Abteilungen geschieht durch das An- und Abhängen der jeweiligen Paletten. Bei meinem späteren Job im "automatisierten" Lager eines Großbetriebs ist mir das dann direkt wieder aufgefallen; daß dieses Band trotz des viel moderneren elektronischen "Spielzeugs" wie Computerterminals und Funk auf den Staplern auch dort immer noch die wirksamste Atomisierung des Gesamtlagers in Abteilungen darstellt; daher auch die Hektik der Manager und Meister in diesen Lagern bei einem Bandstop oder -ausfall.

KEIN SCHRITT ZURÜCK -

Mein eigenes politisches Bewegen im Betrieb war damit von einem typischen Widerspruch bestimmt, auf den ich auch später immer wieder stoßen sollte. Die Reste von Klassenmacht und Verweigerung (Rigidität) fand ich bei den älteren Kollegen, in deren Verhaltensweisen so was wie Klasse greifbar ist - im Sinne der Absonderung und der politischen Klarheit über den Gegensatz der Ausbeutung und der Gemeinsamkeiten als Arbeiter über alle kulturellen Differenzen hinweg. Aber diese Macht war unbeweglich, aus ihr war keine Initiative mehr zu erwarten. Auf der anderen Seite waren die unmittelbaren Ansatzpunkte für eine Initiative die Prekären: in der Mehrheit Studenten, die selbst als Ex-Autonome mit den Mythen des gerechten Austauschs zwischen prekärer Situation und eigenen Flexibilisierungswünschen herumliefen. Um was in Bewegung zu bringen, knüpfte ich also an den Formen (!) der Prekarisierung an, und wie so oft, wieder an den rechtlichen Rahmenbedingungen (Kettenverträge, Lohnfortzahlung, Ur-

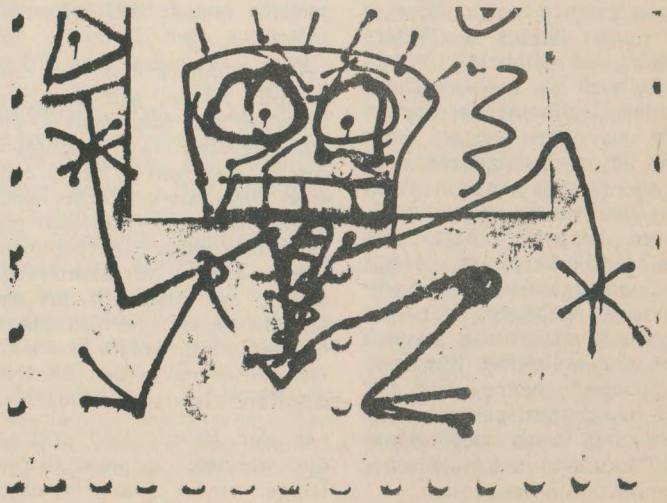
UND KEINER VORWÄRTS

laubsanspruch). Die Reaktion bei der Betriebsleitung auf die Aufkleber war mal wieder heftiger (soweit ich nachträglich davon erfahren habe) als bei den Prekären selbst. Die meisten Studis wollten damit nix zu tun haben, da sie doch dort immer wieder mal arbeiten könnten, oder weil sie meinten, das würd eh nix bringen. (Bezüglich der rechtlichen Möglichkeiten habe ich in meinem Überschwang tatsächlich etwas zuviel Optimismus verbreitet: die Klage, die später die Gewerkschaft für mich wegen Kettenverträgen machte, ging sofort baden, und der gesetzliche Urlaubsanspruch war per Tarifvertrag (!) für unter dreimonatige Beschäftigung ausgeschlossen.) Blieb als einziger, rein zufällig entdeckter Ansatzpunkt eine Betriebsvereinbarung über Weihnachtsgeld für Jobber, von der noch keiner was gehört haben wollte. Aber da es nun am Schwarzen Brett hing - und Lesen haben Studenten schließlich gelernt -, fanden sich doch noch sechs Leute, die gemeinsam raufgingen, und dann das Geld auch prompt bekamen.

STURM IM WASSERGLAS

Diese Situation ist vergleichbar mit Erfahrungen von GenossInnen, die auch alleine in Fabriken gingen: Du machst mit rechtlichen Fragen einen ziemlichen Wirbel, die Chefs rasten aus und du bekommst ziemlich gute Reaktionen von den FabrikarbeiterInnen. Aber die Kollektivität unter den Prekären ist begrenzt, bricht sich an den verschiedenen eigenen Flexibilitätsbedürfnissen - und im Endeffekt ergibt sich weder innerhalb der Fabrik noch auf der Ebene der mobilen Prekären eine organisatorische Perspektive - "Netz" o.ä. Dabei müssen wir uns natürlich auch immer fragen, inwieweit diese Schranken auch dadurch gegeben sind, daß wir selbst in diesen Situationen relativ individuell vorkommen, selbst keinen organisierten Ausgangspunkt haben.

Bei den weiteren Jobs blieb das Problem bestehen: Ich ging zu Sklavenhändlern oder ließ mich befristet einstellen, aber an der prekären Situation konnte ich alleine keine Initiative entwickeln. In diese Zeit fällt dann auch ein neuer Versuch von Gruppenbildung als Jobberinitiative. Ausgehend von den Leuten, die sich dafür interessierten, kamen wir auf den Ansatzpunkt Studivermittlung - das übliche Geplänkel über die Ungerechtigkeiten der Vermittlung, über sexistische und rassistische Praktiken, die Idee eines Mindestlohns usw. Aber der Anspruch blieb auf so etwas wie eine studentische Selbsthilfe beschränkt. Die Unmittelbarkeit des praktischen Ansatzpunktes und das Herausstellen der eigenen Situation als studentische JobberIn bei den meisten Beteiligten, die schließlich doch eine andere Perspektive hatten, blockierten eine politische Diskussion um die Frage von Strukturen in der Klasse und Klassenmacht, und die Initiative brach bald wieder zusammen. Alle Versuche, aus der politischen Szene und ihren Jobber-Verhaltensweisen heraus einen lebendigen Bezug zur Klasse in ihrer Gesamtheit herzustellen, waren steckengeblieben.



DER JOB

IN DER GROSSFABRIK

Der Job in der Großfabrik möglichst als Festeingestellter und unter Ausklammerung des eigenen Studi-Hintergrunds, war also aus dieser Widersprüchlichkeit nur konsequent. Der gleiche Bruch war in dem Vorschlag des "Militante Untersuchung"-Projektes angelegt, und in dieser Zeit haben sich eine ganze Reihe von Leuten aus diesem Zusammenhang relativ lange in Fabriken aufgehalten, wobei es auch in den meisten anderen Städten kaum einen organisierten Hintergrund gab. Der überregionale Zusammenhalt hat es trotz einiger Illusionen in diese Richtung nie schaffen können, das Fehlen örtlicher organisierter Strukturen aufzufangen. Unter diesen Vorzeichen rieb sich beides auch ständig aneinander - Erfordernisse der örtlichen organisierenden Tätigkeit und die überregionale Diskussion. Nicht als ob das nur ein Widerspruch gewesen wäre, es gab Punkte, wo es sich ergänzen konnte, wo die "überregionalen" politischen Diskussionen "für die Praxis vor Ort" fruchtbar und notwendig waren und diese vorangetrieben haben. Aber es war immer beides - Widerspruch und Einheit. Anders geht's auch gar nicht, und ein simples Gegeneinander-Stellen hilft uns nicht weiter. Aber wenn ich mich umgekehrt frage, was zu tun gewesen wäre, dann wird ein kaum zu schaffender doppelter Salto aus dem Stand erkennbar:

1.) einen organisierten Zusammenhang aufbauen, der das trägt und unterstützt, was ich ohne eine kollektive Entscheidung schon mache, und der sich im Gesamtspektrum von politischer (auch überregionaler) Diskussion und praktischer Intervention entwickelt;

2.) im Großbetrieb und den sich daraus ergebenden Ausläufern in die dezentralisierte Fabrik (sei es über die vorhandene produktive Kooperation, sei es über den dort vorhandenen Reichtum an Kontaktmöglichkeiten) eine Art "Netz" von Kontakten und Orte von politischer Diskussion zu schaffen. Genau das hätte aber schon irgendeinen organisierenden Punkt vorausgesetzt. Alleine hatte ich nicht mal die Standfestigkeit, einen Gebrauch von den linksgewerkschaftlichen (oppositionellen) Kreisen zu machen, die dich natürlich sofort vereinnahmen wollen. Über die Pflege dieser Kontakte wäre es aber eher möglich gewesen, wenigstens mal die Situation im Gesamtbetrieb, in den verschiedenen Fabriken und Abteilungen mitzukriegen.

Mein "Aufenthalt" im Großbetrieb und diverse Organisierungsbemühungen verliefen weitgehend getrennt: Fabrik und Szene. Beides lief nicht einfach nebeneinander her, sondern die politischen und persönlichen Erwartungen an die Fabrik waren genauso von den Erfahrungen in der Szene bestimmt wie umgekehrt. Das führte dazu, daß sich die Widersprüche zwischen den beiden Seiten nicht auflösten, sondern nur zeitlich abwechselten.

Als ich im Großbetrieb eingestellt wurde, war der Hintergrund also folgender: a) die zum zig-sten Mal ernüchternden Erfahrungen in der Szene, was Diskussion, Konsequenz, Organisierungsbereitschaft angeht, b) einiges Rumtingeln in Klein- und Mittelbetrieben und c) der Anspruch aus der MU-Diskussion, die Neuzusammensetzungsprozesse und Umstrukturierung in den Zentren des Kapitals klar zu kriegen.

In der Fabrik sind erstmal die kleinen, grundsätzlichen Dinge wieder klar; in einer viel unmittelbareren Weise als in der Szene weißt du, auf welcher Seite du stehst, daß dich der Haß auf die Ausbeutung mit vielen vereint, daß Leute nicht über'ne jahrelange Gruppendynamik zusammenhalten, sondern einfach weil sie Arbeiter sind. Zusammengenommen macht dich das von den Plänkeleien der Szene, ihren kleinen "großen Kämpfen" unabhängiger. Nicht nur aus Zeitgründen werden deren Diskussionen zurückgestellt, sondern auch weil sich ihre Bedeutung relativiert.

Dabei bedeuten diese Erfahrungen in der Fabrik im Grunde nicht viel, besagen nicht mehr, als daß der Klassenkampf alltäglich ist. Nur weil sie in unserer politischen Szene nichts Selbstverständliches sind, weil es keinen Begriff davon gibt, bekommen sie für dich eine besondere Bedeutung und du neigst am Anfang dazu, sie überzubewerten. Daß sich in der Fabrik zwei politische Größen gegenüberstehen, zwei Machtpole, das sind natürlich Dinge, die auch innerhalb der Arbeiterklasse ständig aufs neue vermittelt und neu "gelernt" werden. Viele von den jungen Arbeitern, die in die Fabrik reinkamen und vorher nur Erfahrungen in Klitschen oder der Ausbildung hatten, staunten zunächst, daß es "hier so viel Geld für so wenig Arbeit" gab, daß sie uns so viele Spielräume lassen mußten ...

Persönlich bist du auf diese Erfahrung angewiesen, mußt und kannst daraus Mut und Lebenslaune schöpfen. Nicht "unmittelbar" - denn wie jede Erfahrung ist auch diese durch Gedanken vermittelt (mit der entsprechenden Brille sieht einer in genau derselben Situation nur die bekannten befriedeten und angepaßten Arbeiter).

Politisch bewegst du dich dabei aber immer in dem Widerspruch, einerseits zu sehen, wie die Arbeiter gegen die Ausbeutung angehen und davon selbst zu lernen - andererseits das an diesen Verhaltensweisen zu kritisieren und Initiativen dagegen zu entwikkeln, was die Mechanismen der Selbstorganisation der Ausbeutung transportiert, was in der Weigerung gegenüber der Arbeit zugleich ein Einrichten **in** der Ausbeutung ist. Das ist kein individueller Widerspruch, sondern der in der Klasse - innerhalb einzelner Individuen, zwischen einzelnen Arbeitern, zwischen Fraktionen. Der tägliche Kampf der Klasse gegen das Kapital ist ja in erster Linie der Kampf innerhalb der Klasse. Die Klasse muß sich selbst bekämpfen, insofern sie Kapital ist und das Kapital produziert. Die entscheidenden Brüche können nur da liegen, wo die Klasse aufhört, immer nur **gegen** das Kapital zu kämpfen, und anfängt es zu **zerstören**, indem sie sich selbst weigert, Arbeiterklasse zu sein. In der Fabrik ist das kein theoretischer Prozeß, sondern eine ständige Diskussion unter den ArbeiterInnen, in der die wechselseitige Kritik oft viel beißender ausfällt als die in der politischen Szene üblichen Sprüche von den "angepaßten Malochern". Und du steckst mitten drin - zumal, wenn du dir vorgenommen hast, nicht gleich am ersten Tag rauszufliegen, wenn du selbst erst langsam abchecken mußt, was geht, mit wem usw.

In der Klitsche und beim Sklavenhändler haben wir in den ersten Wochen was versucht, und wenn das scheiterte, sind wir bald wieder abgehauen. Dort traf diese Herangehensweise die massenhafte Situation der ArbeiterInnen selbst - die Kämpferischsten hauen aus diesen Jobs sofort ab, wenn es keine Punkte von Auflehnung, Spaß am Meister-Ärgern usw. gibt. In den großen Arbeiterkonzentrationen stellt sich das anders dar - es ist nicht diese offensichtliche Alternative zwischen "beschissene Arbeitsbedingungen akzeptieren" und "Auflehnung oder Abhauen". Die Spielräume zur Verweigerung in der Arbeit sind hier größer, weil das Kapital viel vorsichtiger sein muß. Schon die kleinsten Verhaltensänderungen und Bewegungen unter der Arbeitern können sich aufgrund der hohen Stufenleiter der Gesellschaftlichkeit dieser Produktion vervielfachen, potenzieren, gefährlich werden. Weil das Kapital hier viel angreifbarer ist, darf es in dieser Kooperation zu so etwas wie Revolte erst gar nicht kommen. Solche "kleinen" Bewegungen in der Großfabrik treffen daher das Kapital in seiner Gesamtheit viel schwerer als die offene Revolte in einer Klitsche oder beim Sklavenhändler. Aber in ihrem subjektiven Erleben steckt viel weniger ein Gefühl von Initiative, "nach vorne gehen". Es ist nicht der einmalige Knall, der hier die ersten Ansätze von Arbeiterinitiative andeutet, sondern das zähe Ringen, der Zwang des Kapitals zur Erneuerung, gepaart mit seinen ständigen Bemühungen, den politischen Konsequenzen der Erneuerung auszuweichen.

ZWEI MOMENTE VON ORGANISIERUNG

Der Großbetrieb wirft damit (für dich selbst!) ganz anders als bei einem Springen von einer Intervention zur nächsten die Frage nach der Kontinuität der Politik, nach der Organisierung auf - und zwar einer Organisierung, die den langen Atem hat, in diesem ständigen Ringen Präsenz und Initiative zu gewinnen. Dabei ist das unmittelbare Bedürfnis der ArbeiterInnen nach Organisierung im Großbetrieb geringer als in den miesen, prekären Jobs. Dort brauchst du schon für die einfachsten Dinge, allein zur Durchsetzung der banalsten Rechte, so etwas wie eine Gruppe, ein regelmäßiges Stammtischtreffen außerhalb der Arbeit oder ähnliches. Die Schwäche der ArbeiterInnen in den einzelnen und voneinander isolierten Jobs schreit nach besonderen Zusammenkünften oder Treffen. Da wo es zumindest kurzfristig gelungen ist, Versammlungen oder regelmäßige Treffen zu machen, lebten diese davon, daß ständig "was los" war, Flugis direkt Wirbel machten usw. In der Großfabrik siehst du dagegen, daß die ArbeiterInnen ohne politische Entscheidung schon eine verdammt gute "Organisation" für diese vielen kleinen Probleme haben: nämlich einfach die Tatsache, daß sie zu Tausenden einem Kapital gegenüberstehen, daß der Gesamtzusammenhang der Produktion ihnen eine Macht verleiht, die das Management und jeder Meister berücksichtigen muß. Daher gibt es hier auch einen entwickelten proletarischen Gebrauch der Vertretungsstrukturen von Gewerkschaft und Betriebsrat. Die kleinen Probleme um Arbeitsintensivierung oder Meisterterror werden direkt in den Abteilungen angegangen; entweder die ArbeiterInnen halten hier zusammen, setzen auf dieser Ebene dem was entgegen oder du kannst gleich jede Initiative vergessen - das ist der Eindruck hier. Aber für dich selbst ist in der Großfabrik ein Ansatz von Organisierung, eine politisch diskutierende und eingreifende Gruppe in viel stärkerem Maße Voraussetzung - um mit der Situation klarzukommen, um längerfristige Sachen anzupakken, die dann auch nicht nur von deiner eigenen subjektiven Anwesenheit abhängen.

Wenn du individuell drinsteckst, bleibst du zunächst mal in den kleinen Widersprüchen gefangen, starrst auf jede kleine Bewegung und hoffst daß sich daraus etwas entwikkeln läßt. Und gerade das hindert dich daran, genauere Kriterien und Maßstäbe dafür zu entwickeln, wo Brüche grundlegender, tiefer werden, wo es Tendenzen gibt, daß sich der ständige, alltägliche Kleinkrieg in der Fabrik davon ablöst, die Entwicklung des Kapitals zu tragen. Du lebst aus diesen Hoffnungen, bist zu sehr von ihnen abhängig, um die Dinge ohne Frustration nüchtern zu analysieren. Jeden Tag erlebst du den hinhaltenden Druck oder die Rigidität der Klasse, aber du findest nie den Punkt der offenen Initiative. "Neue ArbeiterInnen" bringen offensivere Verhaltensweisen mit, aber du bekommst immer wieder deren Ambivalenz zu spüren - Auflehnung gegen die Hierarchie und Übernahme hierarchischer Funktionen liegen bei vielen der Jungen so verdammt nah beieinander. Die Alten repräsentieren viel stärker einen Begriff von Klasse als Einheit, als NichtVermittelbarkeit, aber mit der Zeit geht dir ihr defensives Festhalten am Status quo auf die Nerven. Zum

Beispiel begründeten sie ihre Ratschläge, wie oft ich krankfeiern könnte und wo es die informellen Grenzen überschreitet, mit dem Festhalten an der Einheit, am Zusammenhalten: nicht weil sie in irgendeiner Weise die Arbeitsmoral hochhalten wollten, sollte ich meine Krankfeierei in Grenzen halten, sondern weil wir doch grad so gut zusammen klarkämen - bei meiner Entlassung wären sie möglicherweise wieder mit einem dieser Überfleißigen konfrontiert! Dasselbe gilt für die ganzen gutgemeinten Tips, wie du deine Arbeitsverweigerung vor den Meistern verstecken kannst... Aber das Offensivere ist für dich selbst die offene, sich nicht versteckende Arbeitsverweigerung der Jungen. Genauso zwiespältig das Verhalten zur Sabotage: nur wenige der älteren Arbeiter entwickeln das Vertrauen, bewußt darüber zu diskutieren, Tips auszutauschen, sie gemeinsam abzusprechen usw. Denn sie sehen darin keinen Schritt von Initiative mehr - für sie ist das nur noch "Rache", kein Instrument von Arbeitermacht. Das begründen sie damit, daß ihre früheren Versuche, eine kollektive Stärke zu entwikkeln, zerschlagen worden sind. Es bleibt die Flucht in die Schwärmerei über vergangene Tage ...

Die Unterscheidung in "Junge" und "Alte", mit der ich den Konflikt zwischen verschiedenen Arbeiterfraktionen andeute, ist natürlich viel zu ungenau. Die Verhaltensweisen der neu in die Fabrik gespülten waren keineswegs einheitlich und umgekehrt stießen sie in den Abteilungen auf eine Situation, in der ein Grabenkrieg zwischen den verschiedenen Arbeitergruppen oder -scenes herrschte. Die Erneuerung ist daher auch kein gradliniger Prozeß, wo einfach "Jüngere" reinkommen. Das Interessante ist, daß die Jungen bestimmte Sachen von den Alten mitbekommen, einerseits lernen, andererseits selber Bewegung in die eingefrorenen Konflikte und Diskussionen bringen. Das ist jetzt eine Aufgabenstellung für genauere Versuche: statt von "den" ArbeiterInnen, Verhaltensweisen oder Diskussionen zu sprechen, viel stärker die ganzen Unterschiede und inneren Auseinandersetzungen zur Sprache kommen zu lassen, auch wenn die Sache damit erstmal komplizierter wird! Nur so können wir genauer feststellen, wo es tatsächlich zur Vereinheitlichung kommt, statt sie in der Analyse vorschnell zu behaupten.

Aufgrund dieser Erfahrungen und der (organisatorischen) Unfähigkeit sie durchzuhalten, zu verarbeiten, subjektiv über sie rauszukommen, entwickelt sich eine persönliche Spaltung, ein Doppelleben zwischen Fabrik und Szene, zwischen Rückhalt in der Arbeiterrigidität und Militanz auf der Straße. Die Szene bedeutet (zumindest in Bewegungszeiten) zumindest das subjektive Gefühl von Initiative - und darüberhinaus hatten wir ja immer auch die Hoffnung, daß sich auch von hier aus neue proletarische Verhaltensweisen und Kämpfe entwickeln können. Die Entscheidung, aus der Fabrik erstmal wieder rauszugehen, war deshalb kein Wechsel zurück zur Szene, sondern verband sich mit der konkreten Hoffnung, aus Diskussionsprozessen dort den Sprung zu einer organisierteren Initiative zu schaffen, Militante Untersuchung endlich in der einzig möglichen Form anpakken zu können, als Gruppe, Kollektiv o.ä. Die bisher vernachlässigte Bedeutung dieses Projekts als Ansatzpunkt und Medium der eigenen Organisierung muß jetzt in den Vordergrund gestellt werden.

★

TheKla 8

TheKla 8 ist erschienen.
Reader zur militanten Untersuchung mit Texten aus den Jahren '83 - '86.
Inhalt:
Vorgeschichte; Heine-Intervention, Rundbrief: Operation '84 und Kampagne dagegen!
Arbeitskreis Militante Untersuchung auf dem Workshop in Hamburg
Die Bedeutung der Billiglohnarbeit / Produktion von Computer-Platinen
Produktive Arbeit / Vom Fragebogen zum Klassenkampf / Unsere Erfahrungen mit dem Fragebogen
Industrieroboter: Automatisierung von Montagearbeit/Von der Voruntersuchung zur militanten Untersuchung
Lexikon und Worterklärungen

Bestellungen durch Überweisen von 5.- plus 2 Mark für Porto und Versand (Mehrfachbestellungen: 5 Mark pro Buch plus 3 Mark Portopauschale) auf:
"Sonderkonto Zeitung" H. Dietrich Konto-Nr. 31 502 - 109 Postgiroamt Berlin

*Außerdem haben wir **TheKla 5** gekürzt nachgedruckt.*
Inhalt:
K. Marx: Fragebogen für Arbeiter
T. Negri An den Ursprüngen des Operaismus: Die Quaderni Rossi
R. Alquati Organische Zusammensetzung des Kapitals und Arbeitskraft bei Olivetti
C. Jäger Arbeiterstandpunkt und politische Ökonomie

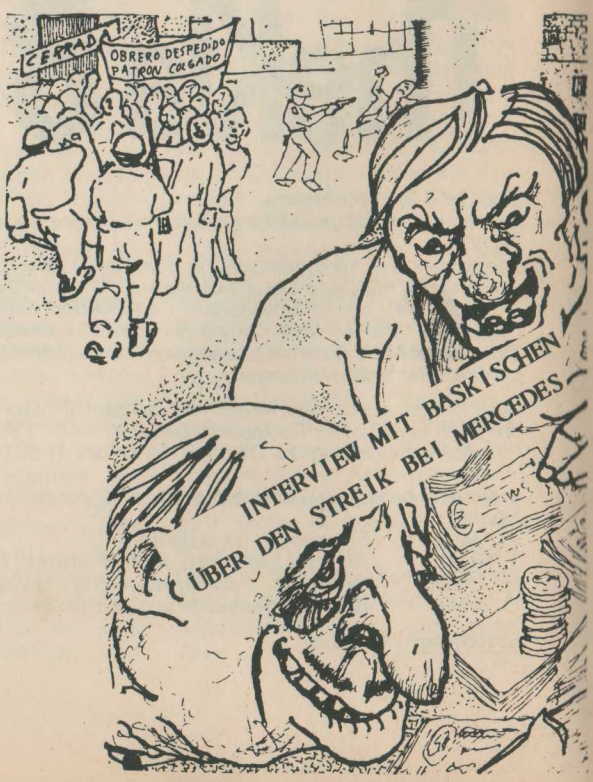
Bestellungen wie oben

Vom Frühjahr bis Sommer '87 spielte sich in der baskischen Stadt Vitoria ein Kampf ab, der bezeichnend ist für die aktuelle Situation der Klasse in Spanien (und in vielen Aspekten nicht nur für Spanien). Arbeiter des dortigen Mercedes-Werkes hatten einen Streik begonnen gegen die Einführung von MTM (MTM = Method Time Measure ist ein System zur Zeitmessung, bei dem die Arbeitsabläufe in einzelne Mikrobewegungen zerlegt und somit die für einen Arbeitsschritt "benötigte" Zeit "wissenschaftlich" errechnet und gegen die Arbeiter durchgesetzt wird). Die Einführung von MTM ist dabei nur eine der in der Fabrik stattfindenden Veränderungen: seit einiger Zeit ist Mercedes dabei, im Zuge der seit Spaniens EG-Beitritt vorangetriebenen Restrukturierung die Produktion seiner spanischen Werke umzuorganisieren.

Auch für den Klassenkampf ist Vitoria in mancher Hinsicht ein Bezugspunkt und typisch. Einer der Genossen drückte das im Interview so aus: "Vitoria ist eine Stadt, die bis zur zweiten Hälfte der 70er Jahre fast nur aus zwei Betrieben bestanden hat. Dann hat eine wahnsinnige Entwicklung stattgefunden. Die 76er Kämpfe waren die Ouvertüre des Klassenbewußtseins in der Stadt. Die Provinz von Vitoria war die "Kornkammer" des Baskenlandes gewesen, Vitoria selber hatte in den 50er Jahren 50 000 Einwohner. In den 60ern begann die Industrialisierung mit dem industriellen "Überschuß" der beiden nördlichen Provinzen. Die Arbeiterklasse kam aus der Landwirtschaft und durch Zuwanderung. 1976 war das Aufblühen des Klassenkampfs, die Explosion, es war ein schöner Prozeß, der uns alle geprägt hat." Bei J.Lang (Das baskische Labyrinth, Ffm 1983) heißt es: "Die Arbeiterschaft Vitorias stand seit dem 9.1.1976 im Kampf um höhere Löhne und eine kürzere Arbeitszeit. Die Führung der Streikbewegungen lag in der "Coordinadora Obrera de Vitoria", die sich zusammensetzte aus Vertretern der Fabrikkomitees und -kommissionen. Die stärkste organisatorische Rolle spielten die Mitglieder der rätekommunistischen OIC. (...) Da alle Teilstreiks, Umzüge und Verhandlungen nichts fruchteten, entschlossen sich die Betriebsversammlungen, auf den 3.3. den Generalstreik auszurufen. Während des Vormittags fanden überall Versammlungen und kleinere Demonstrationen statt. Um fünf Uhr abends war in und um die Kathedrale eine Großkundgebung angekündigt. Die Polizei versuchte, die Massenveranstaltung aufzulösen und warf in die von 5 000 Personen vollbesetzte Kathedrale Tränengasbomben und besetzte die Eingangstüren. (...) In dem daraus erwachsenden Tumult erschoß die Polizei fünf Arbeiter und verletzte 100 weitere Demonstranten."

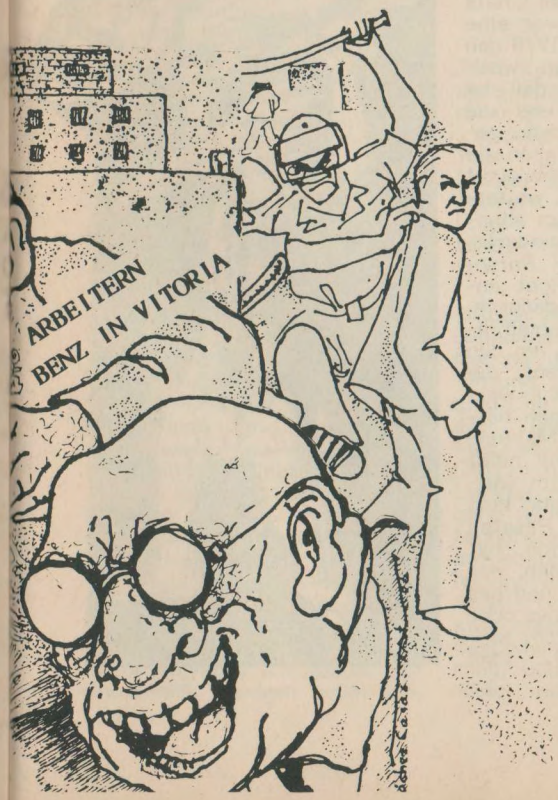
Das Werk in Vitoria war in den 50er Jahren als DKW entstanden, seit '76 war es Mercedes Benz mit mehrheitlicher Beteiligung des spanischen Staates und seit 1980 als Mercedes Espana mit 70% Beteiligung der Daimler Benz AG. Während seit Anfang der 80er die Arbeitsbedingungen schon ständig verschärft wurden, begann das Kapital in den letzten zwei Jahren, die Mehrwertproduktion auf eine neue Grundlage zu stellen: massive Investitionen, Einführung neuer Anlagen und Technologien, klare Arbeitsteilung unter den vier spanischen Mercedes-Werken mit insgesamt 3 500 Beschäftigten: die Datenverarbeitung wird jetzt zentral in Madrid erledigt (600 Beschäftigte), das Ersatzteillager in Guadalajara (300), die Motoren werden nur noch in Barcelona gebaut (1 000), Vitoria (1 600) wurde zu einem Montagewerk. Gleichzeitig damit begann das Management, die Belegschaft durch Frühverrentung und (befristete) Neueinstellung zu verjüngen. In Vitoria wurde die Belegschaft in den letzten Jahren um 600 Arbeiter reduziert, 300 junge Arbeiter wurden mit Zeitverträgen eingestellt. Nach kapitalistischen Kriterien war das dringend nötig geworden: das bisherige Durchschnittsalter lag bei 48 Jahren!

«Vor 50 Jahren hatte klare Parolen, heute



Ausgangspunkt des Streiks im letzten Frühjahr war ein Konflikt in der Montagehalle: ein Arbeiter hatte sich geweigert, die mit MTM "ausgerechnete" Zeit zu akzeptieren. Als er daraufhin von der Geschäftsleitung mit zehn Tagen Lohnabzug bestraft wurde, kam es zur Solidarisierung der ganzen Abteilung. Von dort aus weitete sich der Streik binnen kurzem auf die gesamte Fabrik aus. Drei Tage lang war die Fabrik lahmgelegt. Die Reaktion kam prompt: Nachdem die Gewerkschaften UGT und Comisiones Obreras Aufrufe gegen den Streik losgelassen und zum Boykott der Streikversammlung aufgerufen hatten, verschickte die Betriebsleitung an die 331 Arbeiter, die weiter streikten, Drohbriefe. Zwei Wochen später, am 14. Mai kam dann der Schlag: drei Arbeiter werden als Rädelsführer entlassen, gegen die anderen, die weitergestreikt hatten, wird auf Disziplinarmaßnahmen verzichtet. Die drei Rausgeschmissenen sind (nicht nur) der Geschäftsleitung seit dem großen zehnwöchigen Streik vom Frühjahr 1976 bekannt. Schon damals waren sie unter den Aktivsten, schon damals waren sie nach dem Streik fünf Monate im Knast.

die Arbeiterklasse noch ist das nicht mehr so.»



Die Antwort der Arbeiter auf die Entlassungen war ein abermaliger Streik vom 18.Mai an, der allerdings nur vom "harten Drittel" der Belegschaft getragen wurde: 330 von insgesamt 1 000 Produktionsarbeitern. Von jetzt an wiederholten sich jeden Morgen die gleichen Szenen: Vor der Frühschicht versammeln sich die Streikposten am Tor. Begleitet von einem militärischen Aufgebot (40 Polizeiwannen) erscheinen kurz darauf 14 Autobusse mit den Streikbrechern. Wenn die Streikposten das Tor blockieren oder die Busse angreifen, kommt es zu harten Auseinandersetzungen. Sogar die UGT-Gewerkschaft hat Schlägertrupps gegen die Streikposten organisiert.

Der Streik war innerhalb der Fabrik minoritär, wurde aber von außerhalb recht breit unterstützt: Arbeitergruppen aus anderen Betrieben, Mitglieder von Arbeitslosenversammlungen, Anti-NATO- und Anti-AKW-Komitees, politische Gruppen der Linken usw. Von Arbeitern anderer spanischer Autofabriken (Mercedes Benz Barcelona, SEAT-Volkswagen, Talbot Madrid, Pegaso, Fasa-Renault, Ford, General Motors) sowie von den Daimler-Werken in Bremen, Hamburg und Untertürkheim trafen Solidaritätserklärungen ein. Letztendlich konnte diese breite Solidarität aber nicht die fehlende Breite in der Fabrik selbst ersetzen.

Am 29.5. traten zwei der Entlassenen und ein Mitglied der Arbeitslosenversammlung in einen Hungerstreik, den sie 32 Tage durchhielten. Durch diese Aktion sollte die Mobilisierung aufrechterhalten werden. Am 1.6. beschloß die Streikversammlung, den Streik abzubrechen, er war immer weiter abgebröckelt und viele Streikende hatten erklärt, daß sie nicht mehr lange durchhalten könnten. Am 11.7. fällte das Arbeitsgericht sein Urteil: die Entlassungen seien unrechtmäßig. Als die drei am nächsten Tag wieder zur Arbeit gehen wollen, werden sie vom Werkschutz nicht in die Fabrik gelassen. Bis heute wird ihnen der Lohn weitergezahlt, aber sie dürfen das Betriebsgelände nicht mehr betreten.

Zwei der drei waren nun zusammen mit einem Genossen aus einer anderen Fabrik in Vitoria auf einer Rundreise in der BRD, um über ihre Erfahrungen zu diskutieren und neue Impulse zu kriegen, wie es mit dem Klassenkampf in der Perspektive weitergehen könne. Ende November haben wir mit ihnen ein Interview gemacht, das wir im folgenden gekürzt wiedergeben. Am Rande des Interviews fragten wir nach Erfahrungen in anderen Arbeitskämpfen. Dabei stellte sich heraus, daß einer der Genossen eine zwar keineswegs repräsentative Lebensgeschichte hat, die wir aber weiter unten dokumentieren, da sie hinweist auf grenzüberschreitende Diskussionen und Arbeiterkämpfe.

A.: Ich glaube, wir sollten ein bißchen geschichtlich vorgehen. Der Kampf 1976 war sehr wichtig, März 1976 ist **der** Bezugspunkt aller Arbeiter von Vitoria. Der Streik ging von den fünf großen Betrieben aus, es war ein Kampf um Tarifforderungen. Er began im Januar, die Arbeiterviertel in der Peripherie haben sich auch beteiligt. Das ganze war ein Sieg von allen <Proletariern>, die ganze Stadt hat sich am Kampf beteiligt, auch die Frauen. Überhaupt gab es in den Jahren unmittelbar nach dem Frankismus eine Welle von Streiks. Auf der einen Seite standen die neu entstandenen Parteien und Gewerkschaften, die versuchten, durch die Demokratisierung die Streiks zu kanalisieren und in ihrem Sinne auszunutzen. Auf der anderen Seite gab es eben diese großen Streiks und Kämpfe antikapitalistischen und antiimperialistischen Inhalts. Mit dem Fall der vertikalen Gewerkschaft und im Übergang zur Demokratie entstand in der Arbeiterklasse eine sehr wichtige autonome Bewegung, die auf Versammlungen beruhte mit auf bestimmte Zeit gewählten Vertretungen, wo es keinerlei hierarchische Struktur gab.

"In der Arbeiterklasse entstand 1976 eine autonome Bewegung, die auf Versammlungen beruhte"

B.: Als wir im März 1976 nach zweieinhalb Monaten Streik in die Fabrik zurückgegangen sind, waren immer noch einige im Knast. Und da haben wir gesagt, so lange Leute von uns im Knast sitzen, wird hier gestreikt. Die Geschäftsleitung hat gedroht und gesagt, sie hätten ja nichts damit zu tun, das wäre Sache der Regierung, die wären angeklagt wegen Aufruhr, sie würden sie wieder einstellen. Wir haben aber gesagt, so lange die noch im Knast sind, streiken wir jeden Montag. Fünf Monate lang haben wir das gemacht und ständig Versammlungen und Treffen abgehalten. Es gab auch eine Versammlung aller am Streik beteiligten Fabriken, denn das war nicht nur eine Sache von Mercedes, sondern von ganz Vitoria. Schließlich hat sich dann die Situation normalisiert. Die Genossen wurden in den Ferien aus dem Knast entlassen und fingen wieder an zu arbeiten.

A.: Mich haben sie dann in eine Verbannungsabteilung 5 km vom Werk entfernt gesteckt; ein Pavillon, in dem wir manchmal zu viert, manchmal zu fünft waren. Dort haben wir Kleinteile, Spezialteile für die Kleintransporter produziert. Ein Jahr lang mußte ich Druck machen, bis sie mich überhaupt wieder zu den Arbeiterversammlungen gehen ließen, das war ja 5 km entfernt. Die anderen haben mich dann immer abgeholt, und wir sind zusammen zu den Versammlungen gegangen.

"Die Gewerkschaften sagen: wilde Streiks gehören in die Zeit des Faschismus...

B.: Ich will eine typische Anekdote erzählen. Die Firma hatte Angst, das konntest du sehen am Verhalten der Chefs und der Meister. Es war eine lustige Sache, als sie 1978 den Prämienlohn einführen wollten, es war nicht so, daß die Firma befohlen hat und die Arbeiter hätten das dann gemacht. Die Arbeiter haben die Erhöhung der Produktion nicht akzeptiert und haben weiterhin ihre Versammlungen abgehalten und Arbeitsniederlegungen gemacht. Der Personalchef wußte sich nicht anders zu helfen, als dadurch, daß er zusätzliche Versammlungen einberufen hat, um den Arbeitern zu erklären, die Produktion solle erhöht werden, ob sie was dagegen hätten, er möchte ihre Meinung hören. Das wurde dann nicht eingeführt und trotzdem wurden wir ein halbes Jahr lang dafür bezahlt, 6 000 Peseten pro Monat. Die Firma hat praktisch die Methoden der Arbeiter ausgeweitet, und das hatte nichts Bedrohliches oder Sanktionierendes an sich, sondern im Gegenteil. Und schließlich war der Personalchef derjenige, der die meisten Versammlungen abgehalten hat.

...jetzt gehören wir zu Europa, also Schluß damit!"

A.: Die Auseinandersetzung zwischen der Versammlungsbewegung und den demokratischen Gewerkschaften dauerte lange Zeit. Ein sehr wichtiger Teil der Arbeiterbewegung, besonders auch bei Mercedes Benz, folgte lange Jahre diesen Erfahrungen und dieser Organisationsform. Aber gleichzeitig begannen die Gewerkschaften sich auszubreiten und Leute aufzunehmen. Am Anfang stellten sich alle Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiter und Verteidiger der Arbeiterversammlungen dar. Aber ihr wirkliches Ziel war, Mitglieder zu werben, um dann mit ihren Mitgliedern ih-

ren eigenen Weg zu verfolgen. Und mit der Zeit wurde die starke Versammlungsbewegung immer schwächer. Es war eben keine so tiefgehende Erfahrung bei den Arbeitern, und dazu kam diese ideologische Bombardierung durch Parteien und Gewerkschaften, die sagten, es muß alles so funktionieren wie in Europa. Und so verlor die Versammlungsbewegung nach und nach an Kraft, so daß wir heute nur noch eine minoritäre Gruppe sind.

"Es war nicht so, daß die Firma befohlen hat und die Arbeiter hätten das dann gemacht"

B.: Mercedes zahlte sowieso schon mit die höchsten Löhne von Vitoria, die stiegen aber in den kommenden Jahren immer weiter an, ohne daß sich die Arbeiter bewegt hätten. Das fiel zeitlich zusammen mit der Stabilisierung der Gewerkschaften, von der UGT wurden Kommissionen und Verhandler eingesetzt, bis man schließlich zu einer Situation kam, die im Lauf der Jahre immer merkwürdiger wurde. Es gab einen Kampf zwischen zwei Vorstellungen von gewerkschaftlicher Arbeit: auf der einen Seite die Gewerkschaften, die sagten es geht um Vertretung und Verhandlung, aber nicht um Kampf, Kämpfe und wilde Streiks gehören in die Zeit des Faschismus, jetzt gehören wir zu Europa, also Schluß damit; auf der anderen Seite gerieten wir mit unseren Vorstellungen immer mehr in die Minderheitenposition.

A.: In all den Jahren hat diese Gruppe von 100, 200 Arbeitern einen anderen interessanten Prozeß durchgemacht. **Als wir die Enttäuschung und die Spaltung durch die Gewerkschaften gesehen und gemerkt haben, daß wir nichts mehr erreichen konnten, daß durch die Existenz dieser demokratischen Gewerkschaften die Arbeiterklasse immer mehr zurückweichen mußte - wir hatten das überhaupt nicht erwartet - konzentrierte sich unsere Beteiligung an den Kämpfen nicht wie bisher auf die Fabrik sondern außerhalb.**

Zum Beispiel der Antirepressionskampf im Baskenland oder der Anti-AKW-Kampf in Lemoniz oder wenn jemand zu Tode gefoltert wurde: Wir reagierten auf alle politischen Aufrufe von außerhalb der Fabrik. Die Geschäftsleitung tolerierte dies über Jahre hinaus.

Aber zur gleichen Zeit begannen sie mit der Umstrukturierung der Fabrik, der Einführung von neuen Technologien. Sie investierten in zwei, drei Jahren mehr als 25 Mrd.Peseten <ca. 360 Mio. DM>. Als erstes wurde die Lackiererei erneuert und eine ganz neue Abteilung mit Kataphorese-Tauchlackierung aufgebaut, was sehr modern ist und vorher überhaupt nicht existierte. Bei den in Vitoria produzierten Transportern war das Hauptproblem die Lackierung, und da haben sie eben diese merkwürdige Kataphorese eingeführt. Die Lackiererei war aber nur der Anfang, danach kam der Rohbau, dann kam die EDV-Abteilung an die Reihe. Im ersten Schritt wurden die einzelnen Sachen an bestimmten Punkten zentralisiert: Das Ersatzteillager zum Beispiel wurde von Vitoria nach Zentralspanien verlegt, nach Guadalajara. Die Datenverarbeitung wurde in Madrid konzentriert. In Vitoria blieb nur die Montage, auch die Motoren werden nun in Barcelona gemacht. Die meisten Verbesserungen wurden in Vitoria vorgenommen, wohin auch die Hauptinvestitionen gingen.

B.: Diese ganzen Investitionen wurden unter dem Schutz eines Gesetzes gemacht, das den Unternehmen hilft, indem es sie als "in Krise" erklärt <ähnlich der Kurzarbeit in der BRD>. Auch Mercedes war vor diesen Erneuerungen "in Krise": zwei, drei Jahre lang

arbeiteten wir nur drei Tage die Woche, montags, dienstags und mittwochs, der Rest war frei. Die Arbeitstage bekamen wir vom Unternehmen bezahlt, die anderen Tage vom Staat. Andererseits mußte das Unternehmen mit der Annahme des Umstrukturierungsplans auch Investitionen tätigen und der Verwaltung einen Plan vorschlagen, wie sich die Produktion in den nächsten Jahren entwickeln würde. Dafür bekamen sie dann Beihilfen, mit denen sie die neuen Anlagen bezahlen konnten.

A.: **Als die Umstrukturierung anfing, kapierten wir noch nicht, wohin das alles führen würde.** Einige Jahre lang hatten sie den Eindruck erweckt, als ob die Fabrik schließen würde, und das setzte sich im Bewußtsein fest. Die Anlagen waren veraltet, die Entwicklung des neuen <Transporter>-Modells verzögerte sich um zehn Jahre, sie fingen an mit Frühverrentungen mit 58, den Rest bezahlte der Staat. Und so sah es in ganz Spanien aus, die Krise war überall: sowohl im Stahlbereich als auch bei den Werften, Metallindustrie, Autoindustrie, praktisch in allen Sektoren. So änderte sich die Situation, einmal durch das Verhalten der Gewerkschaften andererseits aber durch die Arbeiter selbst, die sahen, daß überall Fabriken schlossen und Angst bekamen, daß Errungenschaften zurückgenommen werden konnten, daß Lohnreduzierungen durchgesetzt werden konnten, bei Mercedes zum Beispiel kamen wir zu keinem einzigen Angriff mehr.

B.: **Heute ist es uns klar: Sie haben die Situation geschaffen, in der sie die Maschinen erneuern und den Eintritt in die EG vorbereiten konnten. Sobald Spanien in die EG eingetreten war, fingen sie an zu investieren, Roboter zu installieren, neue Technologien einzuführen usw.** Wir waren in Kurzarbeit geschickt worden mit der Rechtfertigung, daß 4 000 Transporter auf Halde lagen und wir deshalb nicht mehr produzieren könnten - und plötzlich verschwanden die 4 000 Transporter, die ganze Halde, alle Probleme lösten sich, und es fing eine wahnsinnige Produktion an. Dies begann alles mit dem Eintritt in die EG.

A.: Die Umwandlung des Kapitalismus ist allgemein in Europa, aber in Spanien ist die Umstrukturierung aufgrund der Rückständigkeit schärfer. Vor drei, vier Jahren begannen die Umstrukturierungen in verschiedenen Schiffbau- und Stahlunternehmen. Die Folge war ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Arbeiter hatten keine Strukturen, um sich dagegen zu wehren. In Ländern, wo die Arbeitslosen etwas mehr Geld kriegen, werden die Folgen solcher Umstrukturierungsprozesse mehr abgefedert. Die Umstrukturierung in Spanien war traumatischer; vor drei oder vier Jahren stellte man fest, daß so und so viele Tausend Arbeiter zu viel waren. Da wurden mehrere Formen erfunden, um diese Tausende freizusetzen, Umschulungsmaßnahmen, langfristige Lohnfortzahlung u.a. Das alles lief drei Jahre und begann dann von neuem, eine neue Umstrukturierung war nötig. Wieder gab es überflüssige Leute, der Prozeß wiederholt und verschärft sich. Ich habe den Eindruck, daß das Kapital den gleichen Prozeß in Westeuropa sanfter gehandhabt hat. Die Arbeiter sind in diesem Prozeß gefangen, sie haben erstmal an den Verhandlungsspielraum der Gewerkschaften geglaubt und konnten nicht mehr reagieren, als die zweite und dritte Welle kam.

"Als vor 3, 4 Jahren die Umstrukturierung begann, hatten die Arbeiter keine Strukturen, um sich dagegen zu wehren"

Chronologie des Kampfes 1987:

27.-30.4.	*Spontaner Streik gegen die Einführung von MTM*
14.5.	*Entlassung von drei Arbeitern*
18.5.	*Beginn des Solidaritätsstreiks*
21.5.	*Morgens gehen vom Fabriktor mehrere Demozüge in verschiedene Stadtteile los, um über den Streik zu informieren. Abends findet im Stadtzentrum eine zentrale Demo statt, an der sich 2 500 Menschen beteiligen. (Während des Streiks gab es insgesamt sechs Demos.)*
22.5.	*Das Auto des Betriebsleiters wird bei seiner morgendlichen Einfahrt in die Fabrik von Streikposten demoliert.*
29.5.	*Beginn des Hungerstreiks*
1.6.	*Ende des Solidaritätsstreiks*
11.6.	*Eine Gruppe von 150 Mercedes-Arbeitern stürmt eine Außenstelle von Mercedes, wo 30 Händlern aus ganz Spanien das neue Transporter-Modell vorgeführt werden sollte. 7 PKWs von Managern und 10 Transporter werden demoliert, einige Händler in die Flucht geschlagen; die Vorführung muß abgesagtwerden.*
17.6.	*Bombenanschlag auf eine Mercedes-Niederlassung in Vitoria, zu dem sich die Gruppe "Iraultza" (Revolution), eine Art Fabrikguerilla, bekennt.*
20.6.	*Demonstration mit Beteiligung von Arbeitern aus Barcelona, Valencia, Zaragoza, Tarragona und Madrid.*
29.6.	*Verhandlung vorm Arbeitsgericht. Demo mit 3 000 Menschen. Solidaritätsstreik im Werk von Michelin. Der Hungerstreik wird nach 32 Tagen abgebrochen.*
11.7.	*Urteil des Arbeitsgerichts: Die Entlassungen sind unzulässig, Mercedes wird zur Weiterbeschäftigung verpflichtet. Als die drei Entlassenen am nächsten Morgen wieder zur Arbeit gehen wollen, läßt sie der Werkschutz nicht in die Fabrik. Die Begründung dafür ist, daß Mercedes in die Berufung gegangen sei. Bis heute wird ihnen der Lohn weitergezahlt, aber sie dürfen das Betriebsgelände nicht betreten.*

Mit dem Beitritt zur EG kamen die Multis rein, sie monopolisieren ganze Sektoren der Produktion und stellen fest, daß noch mehr Umstrukturierungen nötig sind. Die setzen die Bedingungen. Also gab es ein doppeltes Trauma für uns.

"Der Streik begann spontan in der Montageabteilung, wo es am härtesten war"

Der entscheidende Angriff auf Euch kam dann aber im Frühjahr '87 mit der Einführung von MTM. Haben die Arbeiter das akzeptiert, daß von einem Tag auf den anderen plötzlich die Produktion erhöht wurde? Von wem ging der Widerstand aus?

A.: Als mit dem Eintritt in die EG die Produktion erhöht worden war, hatte die Mehrheit der Arbeiter sogar mit Freude und verstärkter Kollaboration mit der Unternehmensleitung reagiert. Denn endlich gab es viel Arbeit und Zukunft. Vorher war immer die Gefahr in der Luft gelegen, daß die Fabrik schließen könnte, und plötzlich gab es enorme Perspektiven. Bei der Einführung von MTM kapierten am Anfang die meisten, daß sie darauf reagieren mußten, daß das alle betrifft. So gab es eine Reaktion, als die ersten Sanktionen verhängt wurden gegen einen Kollegen, der sich den neuen Zeiten widersetzt hatte. Diese Aktion war spontan, der Streik ging von der Abteilung dieses Kollegen, der Montageabteilung, aus und dauerte drei Tage. Er war nicht geplant.

Und dort gab es die meisten Rebellen?

B.: Ja, und zwar deshalb, weil es die härteste ist. Dort wurde am stärksten MTM eingeführt, dort gibt es natürlich auch mehr Ärger. Dort gibt es sehr wenig Maschinenzeit, vieles ist manuell, und das Band zwingt den Arbeitern sehr stark den Rhythmus auf. Die Antwort war also spontan, und diese Abteilung zog alle anderen mit. In diesen drei Tagen wurde praktisch alles lahmgelegt.

A.: Als die Unternehmensleitung diese Entwicklung sah, benutzte sie die Gewerkschaft, die UGT, um dem Kampf einen Schlag zu versetzen, um ihn zu beenden. Daraufhin setzte sich die UGT in einer Versammlung von den Arbeitern ab, damit war die Belegschaft gespalten, nur 331 Arbeiter streikten weiter.

B: Diese Geschichte war ein Reflex der Auseinandersetzung zwischen der Gewerkschaft und unserer minoritären Gruppe. Zum Beispiel der Forderungskatalog der Gewerkschaften war immer an den Erfordernissen des Unternehmens ausgerichtet, und immer hieß es: die Produktion ausweiten, ausweiten, ausweiten ... Zum Beispiel als wir nur drei Tage arbeiteten, gab es trotzdem Leute, die Überstunden machen mußten, in meiner Abteilung war bereits die Modernisierung im Gange und da war es so. Es war ein Widerspruch, daß wir einerseits Geld vom Staat bekamen und andererseits Überstunden machen sollten. Aber über dieses Thema konnte man mit der Gewerkschaft nicht diskutieren, das waren 'Erfordernisse der Produktion'. Bezüglich der Überstunden haben wir immer gesagt, wir haben drei Millionen Arbeitslose, es hat keinen Sinn, daß Leute Überstunden machen. Es gab viele Söhne von Arbeitern in der Gegend, die arbeitslos waren und das logischste wäre doch, daß die Leute, die arbeitslos sind, Arbeit bekommen, auch wenn es keine acht Stunden sind, und wir weniger arbeiten.

"Wir haben beschlossen, uns der Mehrheit nicht zu unterwerfen"

Gestern habt ihr gesagt, daß der Kampf auch deswegen so schwierig war, weil es unheimlich viel Polizei gab, und die Leute, die an die Arbeit zurückgekehrt sind, haben das auch akzeptiert - das war ja sehr brutal.

B.: Das war eine sehr harte Erfahrung, denn wir waren es nicht gewohnt, als Minderheit einen so harten Streik gegen eine Mehrheit durchzukämpfen, weil uns die Demokratie das Gehirn zerfressen hat, weil wir denken, Demokratie ist das, was die Mehrheit macht. Wir haben beschlossen, uns der Mehrheit nicht zu unterwerfen, denn wir wissen schon seit langem, daß die Mehrheit Verräter und Umfaller sind. Wir haben stattdessen daran festgehalten: die Entlassung eines Genossen ist ungerecht und wir verteidigen ihn, basta.

"Wir machten gleichzeitig Kurzarbeit und Überstunden"

Der Kampf hat uns sehr viel gekostet, weil er eben minoritär war und die Situation sehr stark eskalierte, es gab sehr viel Polizei. Im Grund ging es um das Problem der Legalität, schließlich hat sich in all den Jahren sowohl auf politischer wie Gewerkschaftsebene die Idee des Parlamentarismus im Bewußtsein der Arbeiter durchgesetzt, und das war die Arbeit der Gewerkschaften. Als weiterer entscheidender Punkt ist der der Gewalt aufgetaucht, in dem Sinn, daß das System das gewalttätigste ist, das es gibt; aber wir können nicht mit Gewalt antworten, denn das nennen sie dann Terrorismus. Was aber Staat, Unternehmer und Gewerkschaften machen, ist keine Gewalt, das ist Demokratie. Das waren die wichtigsten Themen der Auseinandersetzungen auf den Versammlungen. Das hat die Arbeiter viel gekostet, daß sie sich diese Sichtweise aufzwingen ließen. 15 Tage Kampf waren kein ökonomisches Problem, sondern ein Problem des Bewußtseins, nach und nach haben die meisten die Arbeit wieder aufgenommen.

Ihr habt gesagt, daß es leichter war, von außen Unterstützung zu bekommen als in der Fabrik selber?

A.: Ja, ich glaube, die Sache ist innerhalb der Fabrik baden gegangen. Die Unterstützung von außen kam von bewußten Abteilungen von Minderheiten in anderen Fabriken, diese

kleinen Minderheiten, die in jeder Fabrik bleiben. Sowie von anderen Sektoren aus der Gesellschaft, Frauen, Studenten und andere Kollektive. Insofern hat unser Kampf das Fabrikproblem transzendiert.

Welche Rolle spielen die Zeitvertragler?

B: Die Zeitvertragler sind eine ganz neue Sache. Der Staat zahlt einen Teil der Entschädigungen für die Frührentner, dafür wurden dann 300 Zeitvertragler eingestellt. Zunächst haben sie diese 300 gebraucht, ich denke aber, das werden noch mehr werden, weil sie in drei Schichten arbeiten wollen.

In welchen Schichten wird denn bisher gearbeitet?

B: Bis zum letzten Jahr arbeiteten wir in der Produktion nur vormittags, von 6 bis 14 Uhr, seit diesem Jahr wird in zwei Schichten gearbeitet, von 6 bis 14 und von 14 bis 22 Uhr. Jetzt wollen sie wohl noch eine Nachtschicht von 22 bis 6 Uhr machen, das heißt, die Bänder würden 24 Stunden laufen.

Wie war die Arbeit bisher organisiert und wie wird sie jetzt organisiert?

A.: Die Transporter werden am Fließband montiert. Außerdem gibt es einige Abteilungen, die das vorbereiten: Mechanische Abteilung, Stanzerei, Polsterei und andere, das sind keine Fließbandabteilungen.

B: Die Sitze für die Transporter, die Bodenmatten für die Innenverkleidung, die Bearbeitung der mechanischen Teile, die Härtung, die Stanzerei, Teilemontage - all das wurde früher in Vitoria gemacht und ist jetzt ausgelagert. Jetzt bleibt nur noch die Montage am Fließband und die Stanzerei, sonst nichts. Für die Tischlerarbeiten hat man jetzt Firmen gefunden, die auf Kontraktbasis arbeiten. Die Härtung wurde zum Teil nach Barcelona verlagert, zum Teil an andere Firmen abgegeben. So haben sie die Produktion an andere kleine Firmen oder

Werkstätten verstreut, die das billiger machen, denn ich stelle mir vor, daß die dort lächerlich niedrige Löhne zahlen. Die Polsterei haben sie nach Burgos verlegt aus dem Baskenland heraus. In der Fabrik selber geht die Tendenz dahin, nur noch die Montageabteilung dazulassen.

"Wir brauchen neue Organisationsformen...

Bedeutet das also, wenn man jetzt die Produktion angreifen will, braucht man ein ganzes Netz für den Kampf? Oder ist das unmöglich geworden? Wißt ihr, wo genau die ausgelagerte Produktion abläuft?

A.: Fast alle Unternehmen wenden dieselbe Taktik an. Das heißt, sie spezialisieren sich auf die Herstellung eines Produkts (in diesem Fall den kleinen Transporter) und alle Zuliefererarbeiten werden an Auftragsunternehmen ausgelagert. Dort arbeiten Leute mit befristeten Verträgen, mit Löhnen, die die Hälfte vom Mutterbetrieb betragen; das kommt für die Unternehmen weit billiger. Außerdem **wird es zunehmend schwieriger, die Arbeiter zu mobilisieren und die Produktion lahmzulegen.** Die Arbeitsbedingungen in diesen Unternehmen sind tierisch, es gibt jede Menge Überstunden, keine sozialen und vertraglichen Absicherungen wie Altersprämien usw. Im Hintergrund steht die hohe Arbeitslosigkeit, die als Druckmittel funktioniert (in Vitoria gibt es bei 100 000 Einwohnern 20 000 Arbeitslose). Das ist die Unternehmertaktik.

Auf der anderen Seite fahren auch die Großunternehmen immer mehr Überstunden - auch gegen das Gesetz, das höchstens 80 Überstunden pro Arbeiter und Jahr erlaubt. Jetzt kommen sie sogar mit Samstags- und Sonntagsarbeit. Mercedes zum Beispiel hat beantragt, daß Samstag für die gesamte Belegschaft zum Normalarbeitstag werden soll. Manche Abteilungen sollen sogar sonntags durcharbeiten. Und die Leute gehen hin!

....wie die aussehen werden, wissen wir aber noch nicht"

Ist es sehr schwierig, etwas dagegen zu unternehmen?

B.: Als wir versucht haben, die Arbeiterkoordinationen auf die Beine zu stellen, haben wir zum Beispiel mitgekriegt, daß es da Leute gibt, die 80 Stunden in der Woche arbeiten und umgerechnet 600 Mark verdienen. Dazu kommt, daß von diesen Leuten eine Arbeitsleistung erpreßt wird, die doppelt so hoch ist wie in einem Großbetrieb.

A.: Da sich das immer mehr ausweitet, versuchen wir gerade, eine Koordination aufzubauen mit autonomen Arbeitern aus verschiedenen Betrieben zusammen mit den Arbeitslosen-Koordinationen. Zunächst wollen wir uns hauptsächlich mit den Kleinunternehmen beschäftigen, um zumindest mal mit den Überstunden Schluß zu machen. Allerdings ist das eine Welt, die wir nicht kennen, diese Welt der befristeten Arbeitsverträge, der Klitschen ist für die Arbeiterklasse der Großbetriebe unbekannt. Vor ein paar Tagen kam ein Typ zu uns, der in so einem Unternehmen arbeitet; der malocht täglich zwölf Stunden, dafür kriegt er Grundlohn, die Überstunden werden erst einen Monat darauf bezahlt; wenn er Überstunden verweigert, wird er entlassen. Die Sekretärin im selben Betrieb wird gezwungen, ein Papier zu unterschreiben, wonach sie 60 000 Pesetas verdient (knapp 1 000 Mark), in Wahrheit kriegt sie nur die Hälfte. Sie unterschreibt natürlich, weil sie keine andere Wahl hat. Das ist wilder Kapitalismus. Die Gewerkschaften erfahren das nicht, oder wollen es gar nicht erfahren. Die Arbeiter, die unter diesen Bedingungen arbeiten, haben sich noch nicht selbst organisiert, sie haben daher kein Instrument, um ihre Forderungen auszudrükken.

Die Voraussetzungen für den Kampf in den nächsten Jahren werden schwieriger. Sind die Kämpfe in Reinosa und Puerto Real Kämpfe, die über sich hinausweisen, oder bleiben die auf die lokale Situation begrenzt?

A.: Die Explosionen zum Beispiel in Sagunto oder Reinosa, sind eher Überlebenskämpfe ganzer Regionen. Diese Erfahrungen zeigen keinen neuen Weg. Die erzielen befristete Erfolge, gewinnen Schlachten, aber das sind keine Erfahrungen, die einen Weg eröffnen, und neue Formen der Organisation zustandebringen, die für den Rest der Klasse <brauchbar> sind.

"Vor 50 Jahren hatte die Arbeiterklasse klare Parolen, heute nicht"

B.: Ja, diese punktuellen Kämpfe - wenn es um allgemeingültige Ergebnisse geht, kommen die Wahlen und dann wählen sie alle rechts, also gerade die, die sie am meisten beschissen haben, wählen weiter rechts. Guck mal das Beispiel Euskalduna; denen haben sie damals gesagt, daß sie innerhalb von drei Jahren eine neue Beschäftigung finden würden; es hat tolle Kämpfe gegeben, aber jetzt sind die drei Jahre um und alle beschissen. Trotz Umschulungsmaßnahmen usw. werden die nicht umgesetzt. Die Hälfte ist jetzt rausgeschmissen, hat keinen Job. Und über diese Spaltung werden die Kämpfe geschwächt.

A.: Aus unseren Erfahrungen und Kämpfen im Betrieb ergeben sich einige Überlegungen. Vor allen Dingen brauchen wir neue Werte im Arbeiterbewußtsein. Und diese Werte können wir nicht improvisieren, die sind nicht durch die momentane Wut zu ersetzen. Das ist ein Entwicklungsprozeß. Andererseits müssen wir neue Organisationsformen zustandebringen, die überlieferten Gewerkschaften sind unnütz. Aber die neuen Formen gibt es noch nicht, wir wissen auch noch nicht, wie die aussehen werden. Die Arbeiterklasse weiß nicht, wohin sie gehen soll. Es gibt defensive Kämpfe, aber wir wissen nicht, wo die hin gehen. Da spielt die Arbeitslosigkeit eine

Rolle, die neuen Technologien, die Arbeitslosigkeit wird weiter steigen, das ist eine Tatsache, die neuen Technologien entwickeln sich mit rasender Geschwindigkeit und die Arbeiter können keine Alternativen aufzeigen. Welche Forderung müssen wir aufstellen, sie müssen ja wohl politisch sein, die traditionellen nach dem Motto 8-Stundentag, ein Arbeitsplatz für jeden usw. gehen nicht mehr. Die Alternative ist noch offen, wir müssen sie suchen, aber das ist schwer. Bisher leisten wir nur Widerstand. Die Klassenzusammensetzung ändert sich radikal. Die Klasse ist nicht mehr die alte, die wir kennen. Die Technologien ändern das Bewußtsein und die Arbeitsbedingungen der Leute. Es gibt einen tiefgreifenden Wandel. Manche behaupten, daß die neuen Technologien den Mensch von der Arbeit befreien, und versprechen uns eine große Zukunft, wo wir nur noch Gedichte schreiben, die Maschinen werden ja alles machen - was machen die Arbeiter angesichts dieser Zukunft? Sollen wir weiterhin glauben, daß die Arbeit der Grundwert des Menschen ist, was geht los im Bewußtsein der Arbeiter?

"Die Klasse ist nicht mehr die alte, die wir kennen"

Alle diese Widersprüche gehören zusammen: auf der einen Seite sind Arbeiter überflüssig, auf der anderen Seite ersetzen die Menschen die Maschinen. Dazu kommt, daß die Arbeitsbedingungen von Menschen immer verheerender und primitiver werden, die entwickeln sich zurück. Aber diese Widersprüche stehen in den Köpfen der Menschen. Wie lösen wir sie? Oft sind die Arbeiter davon gelähmt und wissen nicht, was sie machen sollen. Vor 50 Jahren hatte die Arbeiterklasse klare Parolen, wohin sie gehen wollte. Heute nicht. Da ist noch viel Arbeit zu machen, auch theoretische. Ja natürlich, theoretisch und praktisch, im täglichen Kampf.

« Ich wachte auf bei

Ich war Priester in Asturien, bin aufgewachsen in der katholischen Arbeiterbewegung. Ich wachte auf 1962 bei einem Streik, der in Gijon begann und sich aufs Baskenland und Katalonien ausdehnte. Dieser Kampf erstreckte sich über mehrere Monate. Damals wurde der Ausnahmezustand erklärt und alles militarisiert. Viele wurden festgenommen, gefoltert, deportiert. Franco verbannte die Arbeiterführer in andere Landesteile. Es gab damals keine selbständige Organisation der Arbeiter, so kanalisierte sich vieles über die Kirche. Weil wir auch den Streik unterstützt hatten, wurden wir in ein Berggebiet unter Bären und Wildschweine verbannt. Dort gab es keine Menschen, die jungen Leute waren nach Deutschland oder in die Schweiz ausgewandert, es waren die Jahre '62/63. Das löste bei mir eine Krise aus, und ich emigrierte nach Argentinien. Ich gab das Priesteramt auf und begann in der argentinischen Arbeiterbewegung zu arbeiten. Dort arbeitete ich in einem Haufen Unternehmen.In den Betrieben machte ich sehr gute Erfahrungen, das ging so weit, daß ich vergaß, daß ich Spanier war, ich mied die Emigranten-Kolonien, ich hab nie das spanische Zentrum betreten. Mich interessierten nur die Probleme in Argentinien. Ich hab mich regelmäßig in den Betriebskomitees engagiert und wurde öfters als Delegierter gewählt.

Die erste wichtige Erfahrung dort war die Entdeckung der disziplinierten Arbeiterbewegung. Da wurde ein Streiktag ausgerufen und das Land stand still. Auch wenn einige nicht damit einverstanden waren, das wurde eben befolgt. Und die Arbeiterklasse freute sich, wenn einer dieser Mafiosi-Arbeiterführer getötet wurde, und befolgte gleichzeitig die Aufrufe zu Proteststreiks, die die großen Gewerkschaften mit den bekannten Verrätern an der Spitze proklamierten. Ich wurde aus fünf oder sechs Betrieben entlassen, aber die Stadt war groß, und es gab noch keine Informatik, ich fand immer wieder einen Job. Damals entwickelten sich in Argentinien sehr massiv die Gewerkschaften, vor allem die (peronistische) CGT. 1968 wurde ich aus dem Land ausgewiesen und landete im Mai '68 in Paris.

Dann war ich ein zweites Mal in Argentinien, von 1971 bis Ende 73. Es war die Zeit der Bewegung und der bewaffneten Gruppen. In der peronistischen Bewegung gab es interne Kämpfe: die bewaffneten und die Jugendorganisationen gegen die Gewerkschaftsbürokratie - letztere unterstützte später den Militärputsch. In den Jahren war ich in einer bewaffneten Gruppe. Ich arbeitete oft in Klitschen, um eine Deckung zu haben. Ich widmete mich anderen als gewerkschaftlichen Aufgaben. Das war eine völlig andere Erfahrung.

Damals erlebte ich auch die ganze Bürokratie, Arbeiterführer, die völlige Verräter waren, echte Gangster. Ich habe mitbekommen, wie die bewaffneten Gruppen später gerade diese bürokratischen Führungen eliminierten. Der erste war ein bekannter Führer in der Textilindustrie, Augusto Bandor, ein furchtbarer Gangster. Ein anderer war der Generalsekretär der CGT, ein sogenannter Rucci, der wurde von den Montoneros am 25.9.73 getötet, obwohl er permanent seinen Wohnsitz gewechselt und von elf Bodyguards begleitet worden war. Ein dritter war Führer in der Bauindustrie; der hatte sich nach Uruguay abgesetzt und wohnte dort im sechsten Stock mit mehreren Bodyguards, hatte mehrere Autos und einen Aufzug im Haus, wo er mit dem Auto bis in den sechsten Stock fahren konnte. Das war Bürokratie! Ich hab viel davon gelernt, auch was Syndikalismus ist.

In diese Zeit fällt die dritte Rückkehr des Peronismus <1973>, das Militär gab die Macht ab, es kam überall zu Betriebsbesetzungen. Mein Betrieb war der erste, der eine Besetzung organisierte. Das griff dann um sich.

einem Streik ...»

1962
1968
1976...

Nach der Fabrikbesetzung, die acht Tage dauerte, wurden wir alle, die gesamte Betriebskommission, rausgeschmissen, das waren 28 Arbeiter. Und die Werksleitung ließ sich fortwährend beraten von der peronistischen Gewerkschaftsspitze, in den Fragen, wie sie uns rausschmeißen könnte. Darin hatten die Gewerkschaftsbonzen viel Erfahrung. Die Peronisten wollten alle anderen politischen Strömungen raussäubern. Sie machten das so, daß sie zusammen mit uns den Teil von Arbeitern aus der Fabrik rausschmissen, die verhaßt waren, die an keiner Sache richtig mitmachten, die immer mehrere Tage fehlten, die von einer Fabrik zur nächsten rumzogen.

Wir haben dann Versammlungen abgehalten, Vollversammlungen in der Fabrik: die Peronisten konnten nicht behaupten, daß wir Sektierer wären. Schließlich mußten sie uns alle wiedereinstellen und uns im Nachhinein alle Tage bezahlen, aufgrund des Drucks der Betriebsversammlungen. Zu der Zeit begann es, daß uns dann die Gewerkschaftsbürokraten bedrohten. Es begann die Zeit der Repression. Wir mußten alle bewaffnet auf die Versammlungen gehen, sie wollten uns nicht reden lassen, sie bedrohten uns ständig, sie verfolgten uns auf unseren Wegen mit ihren Autos. Viele wurden auf ihrem Nachhauseweg von ihren Todeskommandos abgeknallt, mit der MP. Es fing an mit den "desaparecidos", den Entführungen und Ermordungen durch die Todesschwadrone. In der letzten Fabrik, in der ich gearbeitet habe, waren wir 400 vor allem junge Arbeiter - so viel sympathische Leute - , da gab es dann mehr als 20 "desaparecidos"(Entführung und anschließende Ermordung durch Todesschwadrone); viele Arbeiter sind geflohen, die habe ich dann in Barcelona oder in Madrid wiedergesehen, andere sind in die Schweiz emigriert oder sonstwohin, und einige sind noch immer in Argentinien im Knast.

Als ich nach Spanien zurückkam, hatte das auch mit meinem Verhältnis zu der argentinischen bewaffneten Gruppen und zum Peronismus insgesamt etwas zu tun. Das war für mich eine Auseinandersetzung mit der Ideologie des Peronismus. Also wenn wir eine Menge infrage stellten, z.B. Aktionen der bewaffneten Gruppe, die im Namen des Peronismus und Perons gemacht wurden, dann war die Reaktion meist so, daß sie sagten, du bist ja kein Argentinier, du kannst das nicht verstehen. du bist Europäer und hast eine andere Denkweise. Und in bestimmten Dingen stimmte das sicher auch. Aber ich hatte da auf der anderen Seite diese Erfahrungen in den Fabriken gemacht....

1975 bin ich nach Spanien zurückgekehrt. Da hatte ich also gerade ein Jahr gearbeitet, als die Streiks 1976 ausbrachen. Für mich war sehr wichtig, daß ich in Argentinien die ganze Gewerkschaftsbürokratie kennengelernt hatte, daß jene Sorte von Gewerkschaften eine Manipulation war. Das war der Moment, wo in Spanien die vertikalen Gewerkschaften abbruchreif waren. Darum drehte sich das ganze politisch, es ging um neue politische Organisationsformen. Dazu kamen Forderungen wie: 5 000 Pesetas mehr für alle. Nun, ich hatte diese Erfahrungen, und ich hab die in Vitoria eingebracht. Ich strebte damals die gleiche Organisationsform an wie heute, aber meine Erfahrungen waren andere als die meiner Kollegen. Ich hätte am liebsten einen Sprung von der Diktatur in die autonome Organisierung gemacht über die überlieferten Gewerkschaftsformen hinweg. Daß das nicht ging, war eine bittere Erfahrung für mich, aber jeder muß seine Erfahrung machen.

ARIAS

SPANISCHER

REGIERUNGSCHEF

1976

DIE STREIKS IN ITALIEN 1987 UND DIE "BASISKOMITEES" (COBAS)

In der bürgerlichen Presse, vor allem bei uns, kam ja kaum rüber, daß 1987 in Italien ein Jahr voller Kämpfe und Streiks war. Kannst Du uns zunächst einen groben Überblick darüber geben?

A.: Die großen Konflikte in diesem Jahr waren einmal im Hafen von Genua <siehe "Die Hafenfront" in der wildcat 41>, außerdem haben die Lehrer, die Busfahrer und die Eisenbahner gestreikt. Diese "großen" Konflikte verdecken ein wenig, daß es noch andere Kämpfe gibt. Auch in Italien hat die Presse viele der kleineren Auseinandersetzungen unterschlagen. Und da wir kein militantes Kommunikationsnetz mit all diesen Situationen haben, kann ich Euch auch nur aus meiner Sicht darüber berichten. Durch einige Kontakte weiß ich, daß sich solche Konflikte auch in der Industrie und in anderen Sektoren der Arbeit verbreitet haben, wo jeder einzelne dieser Konflikte für sich vielleicht unbedeutend erscheinen mag, alle zusammen aber zeigen sie, daß der soziale Friede weit weniger durchgesetzt ist, als man gemeinhin annimmt. Im Flugzeugbau bei FIAT lief zum Beispiel ein sehr lebendiger und siegreicher Arbeiterwiderstand gegen den Versuch des Unternehmens, die Arbeitsbelastung zu erhöhen. Ein Beispiel außerhalb der traditionellen Arbeitersektoren war die Bewegung nach dem Tod eines Fahrers des Pony-Express in Mailand <Mofa-Eilboten auf Subunternehmerbasis>. Es gab Streiks

WER HAT ANGST VOR COBRAS ?

INTERVIEW MIT EINEM GENOSSEN VON WOBBLY/COLLEGAMENTI, DER SELBST IN DER COBAS-BEWEGUNG AN DEN SCHULEN AKTIV IST.

und Demonstrationen, und die bestialischen Arbeitsbedingungen dieser Arbeiter, die eigentlich Schwarzarbeiter sind, wurden öffentlich gemacht. Man hat zum Beispiel aufgedeckt, daß es schon öfter Tote gegeben hat.

Und ob es uns gefällt oder nicht: auch die Gewerkschaft hat sich an dieser Mobilisierung der Prekären beteiligt. Es gibt eine Tendenz, sich gewerkschaftlich zu organisieren, und sei es auch nur, um bestimmte Rechte zu genießen, z.B. Rechtsschutz vor Gericht. Aber das ist immerhin ein Übergang von einer individualistischen Logik als Freiberufler hin zu einer kollektiven Logik, und sei sie auch erstmal reformistisch. Auch bei den Gewerkschaftsstreiks bei Fiat in diesem Frühjahr war die Beteiligung stärker als sonst. Es gibt eine Reihe solcher Beispiele.

Was sind deiner Ansicht nach die Auslöser? Warum kam es in einem Jahr zu vier "großen" Konflikten?

A.: Da wäre zunächst die öffentliche Verschuldung zu erwähnen. Der italienische Staat lebt, wie andere Staaten auch, wenn auch etwas stärker, mit einem großen Defizit. Das hat die klassischen zwei Seiten Einnahmen und Ausgaben: auf der einen Seite braucht er Geld, auf der anderen Seite muß er das Defizit in den öffentlichen Ausgaben reduzieren. Mit seinen Anstrengungen, die Einnahmen zu erhöhen, hat der italienische Staat überall Widerstand provoziert: bei den Kaufleuten, als die neuen Registrierkassen eingeführt wurden, die die Einnahmen kontrollieren, im Süden hat die neue Steuer auf die schwarzgebauten Häuser regelrechte Volksaufstände ausgelöst, dort, wo 90 % der Ortschaften schwarz gebaut sind. Auf der Einnahmenseite etwas zu verändern, scheint also schwierig zu sein. Auf der Ausgabenseite gibt es zwei unterschiedliche Maßnahmen: zum einen Lohnkürzungen bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, zum anderen Einschnitte bei den Sozialleistungen. Aber Gebührenerhöhungen bei Telefon, im öffentlichen Nahverkehr, Kindergärten etc. wirken als Senkung des Lohns. D.h. die Senkung der öffentlichen Ausgaben ist im Effekt eine Blockierung der Löhne und Gehälter. Für einige haben sich diese Maßnahmen überkreuzt: Bei den Beschäftigten an den Schulen sind zum Beispiel die Ermäßigungen für die Eisenbahn, die vorgezogene Pensionierung und andere kleine Privilegien gestrichen worden, die einen Teil des Gehalts ausmachen. Ein in der Schule Beschäftigter hat summa summarum in den letzten 15 Jahren etwa 30% seines Gehalts eingebüßt.

Bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist das Vorgehen des Staates widersprüchlich: auf der einen Seite soll eine Hierarchie aufgebaut werden, auf der anderen Seite fehlt das Geld dazu. Einige kleine Berufsgruppen, z.B. Richter, Universitätsdozenten, hohe Staatsbeamte, Polizisten - die sind keine kleine Gruppe, aber sie haben nicht zufällig mehr bekommen - sollte es große Gehaltserhöhungen geben. Die bürgerliche Presse, Staat und Parteien haben eine große Kampagne gemacht, daß die "qualifizierte geistige Arbeit" besser bezahlt werden müsse, um eine soziale Hierarchie zu rekonstruieren. Das hat in diesen Sektoren große Erwartungen ausgelöst. Auf der anderen Seite ist aber kein Geld dafür da; also sind die Tarifverträge so abgeschlossen worden, daß mehr oder weniger alle eine kleine Gehaltserhöhung bekommen haben. Außerdem sind in bescheidenem Maß einige hierarchische Mechanismen rekonstruiert worden, die in den kommenden Tarifverträgen ausgeweitet werden sollen. Das heißt, die Rektoren bekommen eine ansehnliche Gehaltserhöhung, die Aushilfen und Hausmeister kriegen nichts, die Oberschullehrer etwas mehr, die Elementarschullehrer etwas weniger. Bisher sind diese Unterschiede lächerlich, betragen einige zehntausend Lire, wenn es aber von Tarifvertrag zu Tarifvertrag so weitergeht, werden die Unterschiede beachtlich. Dies war möglich, weil nicht nur die Scala Mobile blockiert worden ist, sondern auch - zumindest für die Dauer des Tarifvertrags - das Senioritätsprinzip, das heißt die automatischen und für alle gleichen Gehaltserhöhungen mit steigendem Dienstalter. Diese Zuschläge, die ursprünglich für alle gleich waren, sind nun leicht abgestuft.

Gekämpft haben Arbeiter mit Beschäftigungsgarantien

und/oder höherer Schulbildung,

deren Arbeitsbedingungen sich verschlechtert hatten.

Bei der **Eisenbahn** soll es künftig nur noch einen Lokführer pro Zug geben, was in England, Frankreich und der BRD längst durchgesetzt ist, es geht also um die Anpassung an die europäische Norm. Um die Restrukturierung zu beschleunigen, sind die Eisenbahnen in diesem Jahr von einem Staatsunternehmen in ein autonomes Unternehmen umgewandelt worden, womit die Direktion mehr Macht und mehr Elastizität im Umgang mit der Privatinitiative bekommt. Unrentable Strecken werden stillgelegt oder aber den Regionen, Provinzen oder der Kommunalverwaltung unterstellt, was im kapitalistischen Sinn absolut notwendig ist.

Vor allem in den Großstädten lädt man auf die **Schule** die ganze Verschlechterung der Lebensbedingungen ab. Die Arbeit wird schwerer, der Lehrer wird immer mehr zu einer Mischung aus Polizist, Sozialarbeiter und Pfarrer. Er weiß selbst nicht mehr, was er eigentlich ist. Die Leute sind gegen ihn, weil er seine Arbeit nicht gut macht, er wird zerquetscht zwischen den Feindlichkeiten, er fühlt sich von der Institution nicht geschützt. Vor allem in den unteren Klassen besteht die Arbeit immer mehr aus bürokratischen Aufgaben, Arbeitsorganisationsmodellen und Beurteilungsmodellen. Oft macht sich dann noch der linke Gewerkschaftskader im Namen der guten Dienstleistungen zum Träger dieser Vorstellungen.

Beim **öffentlichen Nahverkehr** geht die Auseinandersetzung um den Niedergang der Stadt, die Zunahme der Arbeitsbelastung, der Umweltvergiftung, um die Kürzung der Gehälter usw.

In dieser Situation waren die **Tarifverträge** in diesem Frühjahr etwas seltsam. Einerseits folgten sie der Logik der Effizienz, andererseits konnten sie aus Mangel an Geld nicht einmal den belohnen, der in dieser Logik hoffte. Die Gehaltserhöhungen waren zu wenig differenziert, um den qualifizierten Arbeiter zufriedenzustellen, der sich die neue Philosophie zu eigen gemacht hat - und sie waren zu niedrig, um egalitäre Lohnforderungen zu befriedigen.

Es gab also vier große Kämpfe mit folgenden gemeinsamen Merkmalen: Gekämpft haben erstens Arbeiter mit bestimmten Beschäftigungsgarantien, die nicht vom Problem der Arbeitslosigkeit berührt sind. (Man redet zwar von Entlassungen im öffentlichen Dienst, aber das bleiben Drohungen.) Zweitens Beschäftigte mit höherer Schulbildung oder Uniabschluß oder Beschäftigte in strategischen Sektoren. Die einen kriegen den Druck der Gewerkschaft zu spüren, die sie daran hindert, ihre Macht auszuspielen. Die anderen stecken in einem Widerspruch zwischen Status und tatsächlicher sozialer Stellung. Auch diese Sektoren haben Lohneinbußen erlebt, die Arbeitsbedingungen haben sich verschlechtert durch einige Initiativen, die Bedingungen der Privatindustrie hier einzuführen.

In dieser Situation konnten die Tarifverträge vom Frühjahr

weder die korporative Logik noch egalitäre Lohnforderungen erfüllen.

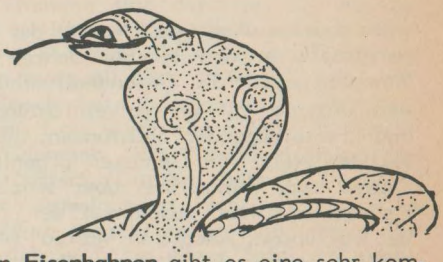
Scala Mobile = automatische Anpassung der Löhne an die Inflationsrate.

Und was hat das nun alles mit den Cobas zu tun?

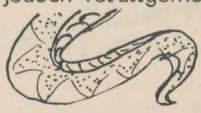
A.: In Wirklichkeit waren die Cobas am Anfang eine Erfindung der Presse. Als Position entstehen sie nicht zufällig in Rom. Zum einen liegt Rom im Süden, zum anderen ist es eine Metropole mit allen Problemen: Stadtzerstörung, miese Arbeit, schlechte Wohnverhältnisse; andererseits fehlt das Gewicht der Industriekultur. Diese beiden Elemente sind in der Bewegung enthalten: ein absolut modernes, der Niedergang der Stadt, und ein absolut archaisches: das Überleben der Mittelschichtsideologie. In der Position der Cobas gehört beides zusammen, wenn man eins davon wegläßt, versteht man die Sache nicht richtig. Diese Position wird zum Bezugspunkt für die ganze nationale Opposition.

Der **Zensurenstreik** in den Provinzen Rom, Neapel und Bari am Ende des Schulhalbjahrs, der mit sehr großer Kampfkraft durchgezogen wird, weitet sich auf das ganze Land aus. Das ist eine typische Kampfform der Lehrer, die vor allem symbolischen Charakter hat: das Zeugnis muß von der Lehrerversammlung beschlossen werden, wenn einer fehlt, ist die ganze Sache blockiert. Das hat zwar real keinen Einfluß, weil die Schüler selber wissen, welche Noten sie haben, aber es stellt die Rolle des Lehrers als Staatsfunktionär, die Selektionsfunktion der Schule zur Diskussion. Dieser Kampf wird von Januar bis Juni ganz hart durchgehalten - während der normale Schulbetrieb völlig ungestört weitergeht!

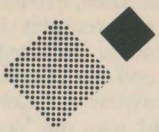
Es kommt zu einer **Spaltung innerhalb der Gewerkschaften an der Schule,** und überall entstehen Basiskomitees. Der Tarifvertrag wird abgeschlossen, aber der Streik geht weiter. Im Tarifvertrag der Schulbeschäftigten werden alle gewerkschaftlichen Forderungen erfüllt, er ist der beste im gesamten öffentlichen Dienst, vielleicht allgemein der beste mit Ausnahme der Bankangestellten und der Arbeiter der Privatindustrie. Trotzdem geht die Bewegung weiter, was die Gewerkschaften natürlich diskreditiert; sie sind innerlich zerrissen, nicht tot, aber schwer krank. Substantiell getroffen werden zwei der vier Gewerkschaften an der Schule: die autonome Gewerkschaft SNALS und die CGIL; also einerseits die "rechte", andererseits die "linke", progressive, der Logik der Effizienz verpflichtete Gewerkschaft. Vor allem die CGIL wird in Stücke gerissen, weil hier die ganzen Linken austreten, die bisher immer drinnen geblieben waren; die haben zwar immer die offzielle Linie kritisiert, es aber nie zum Bruch kommen lassen. Viele sind auch vorsichtig, sie gehen in die Cobas, behalten aber den Gewerkschaftsausweis. Einige bekannte Exponenten der Turiner Cobas, wo die Bewegung schwach ist, haben leitende Funktionen in der CGIL, das zeigt die Zwiespältigkeit der Sache. Es hat aber auch Austritte ganzer Gruppen gegeben, vor allem in Mittelitalien und im Süden, aber auch im Norden.



Bei den **Eisenbahnen** gibt es eine sehr komplexe Dynamik. Dieses Jahr gab es Kämpfe für die Versetzung in den Süden, also wegen eines Widerspruchs, der nicht unmittelbar ein Arbeiterwiderspruch ist. Die Eisenbahner kommen alle aus dem Süden und wollen deshalb nach ein paar Jahren in den Süden versetzt werden. Vom kapitalistischen Standpunkt oder vom gesunden Menschenverstand aus ist diese Forderung natürlich unvertretbar, denn das hieße, vier Leuten in Sizilien Arbeit zu geben und regulär in Mailand einzustellen. Trotzdem drückt sie ein reales Bedürfnis aus. Bis vor kurzem hat dies über Klientelmechanismen auch funktioniert, d.h. man wurde nach 6, 7 oder 8 Jahren im Norden in den Süden versetzt. Durch die Kürzung der öffentlichen Ausgaben und der Sozialausgaben ist das blockiert worden, so hat es eine Reihe von Kämpfen gegeben, es sind antigewerkschaftliche Kollektive entstanden, die Situation hat sich belebt. Einige dieser Kollektive nennen sich Wohnungs- und Versetzungs-Kollektive, thematisieren also außer dieser einen, etwas ambivalenten Forderung, auch die miserablen Lebensbedingungen, den Mangel an Wohnungen und Sozialleistungen. Die sagen, wenn die Eisenbahn uns im Norden haben will, dann müssen aber auch die Wohnung und die Reproduktion in den Lohn einbezogen werden. Das ist ein qualitativer Sprung in der Bewegung, auch wenn das Ziel bescheidener scheinen mag. Als politische Zielsetzung ist diese Forderung jedoch verallgemeinerbar.



Die Cobas sind unheimlich schnell gewachsen. an den Schulen sind sie wie Pilze aus dem Boden geschossen ...



Ein anderes wichtiges Element der Eisenbahnerkämpfe in den letzten Jahren sind die Kämpfe gegen die Gesundheitsschädlichkeit, den Umgang mit Unkrautvernichtungsmitteln und krebserregenden Substanzen, die ein kollektives Netz von Genossen organisiert hat. Dieses zwar minoritäre, aber sehr lebendige Kontaktnetz traf zusammen mit der Zeitschrift der Lokführer "Ancora in Marcia" (Anspielung auf den Namen der alten syndikalistischen revolutionären Zeitschrift vom Anfang des Jahrhunderts "In Marcia"). Die wird von 'ner Art linker Gewerkschafter gemacht, die aber nicht so sehr die institutionelle Version darstellen, sondern eher die Form des Arbeiterpotentaten, wie sie auch bei dem Kampf der Hafenarbeiter in Genua in Erscheinung getreten ist. An die insgesamt 24000 Lokführer verkaufen sie 10000 Exemplare, 7000 davon als Abonnements. Das ist ein Politikum, ein großer Teil einer Berufsgruppe identifiziert sich damit.

Die haben eine Koordination der **Vereinten Lokführer** (Macchinisti Uniti) ins Leben gerufen. Sie nennen sich selbst übrigens nicht Cobas, das hat die Presse gemacht. Ihre Kampf- und Aktionsformen sind entgegen der Kriminalisierung in der Presse sehr gemäßigt. Sie kündigen die Streiks vorher an, streiken nur, wenn 80 % zustimmen. Aber gerade in dieser gemäßigten Form entwickeln sie eine ungeheure Macht. Es ist ein Stück Arbeiterklasse mit einer starken Identität und sehr komplexen Beziehungen zur reformistischen Linken, die zerbrechen, aber - ähnlich wie im Hafen von Genua - erhalten sie diese Logik aufrecht: wir sind eine Macht, die mit einer anderen Macht verhandelt. Wir sind nicht so sehr die radikalen Arbeiter, die mit dem Reformismus brechen, wir sind eine Macht. Wenn ihr uns deckt, können wir äußerstenfalls zusammengehen, wenn nicht, könnt ihr uns am Arsch lecken.

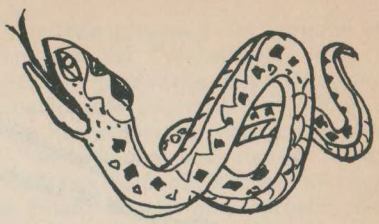
Die Erfahrung der **Cobas in Turin** ist begrenzter. Auch hier kommt eine politische Subjektivität aus dem alten Kampfkomitee zusammen mit einer gewerkschaftlichen Subjektivität: PCI-CGIL-Kadern, die mit der Gewerkschaft brechen und die Zeitschrift "Bel Tram" herausgeben. Das ist keine politische Zeitung, da gibt es Anzeigen drin, Wohnungsgesuche, Glückwünsche an Kollegen, eine Zeitung für die Straßenbahner eben. Die Cobas Tramvieri haben sich mit dem ersten autonomen Streik gebildet, der alle verblüffte, dann haben sie einen zweiten gemacht, die Gewerkschaft hatte schon vorausgesagt, daß er mißlingt, er war jedoch erfolgreich.

Der Tarifvertrag sieht eine Lohnerhöhung von 75000 Lire für alle vor, das ist keine große Summe. Die Verkehrsgesellschaft hatte die Verhandlungen gestoppt; in diesem Augenblick haben die Gewerkschaften, um dem Streik der Cobas zu schaden, der für den darauffolgenden Freitag angesagt war, einen wilden Streik am Mittwoch veranstaltet und zwar für 6000 Lire. Denn die Gesellschaft hatte 69000 Lire vorgeschlagen, die Gewerkschaft fordert 75000. So beschließen sie, für 6000 Lire im Monat mehr zu streiken. Es ist leicht auszurechnen, daß mit einem Tag Streik die Lohnerhöhung für das ganze Jahr verbraucht ist. Es ist also irgendwo ein absurder Streik, aber er soll eben ein Gegenfeuer sein. Die Gewerkschafter intervenieren mit großer Härte, die Gesellschaft tut nichts, um den Streik zu blockieren, die Gewerkschaft stellt die Busse vor die Depots, die Polizei greift nicht ein, und der Streik gelingt, denn eine Reihe von Straßenbahnern folgt dem Aufruf der Gewerkschaft. Unmittelbar danach verbietet der Präfekt den für Freitag angesetzten Cobas-Streik. Die Arbeiter setzen den Streik neu an für den darauffolgenden Montag. Was macht nun die Verkehrsgesellschaft? Sie ruft alle, die für Montag Urlaub beantragt hatten, zur Arbeit, sie verfügt also über mehr Personal. Die Gewerkschaftskader verpflichten sich zu Überstunden, um die Busse fahren zu lassen. Die Leute haben natürlich durch den vorigen Streik Geld verloren. So ist der Streik kein reiner Erfolg, sondern mißlingt in gewisser Hinsicht, es beteiligen sich 35, 40 %. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß es ein Cobas ATM gibt, mit 400 Mitgliedern von insgesamt 2000 bis 2500 Beschäftigten. Die Verkehrsgesellschaft hat ein zwieschlächtiges Verhältnis dazu, technokratisch wie sie ist, scheint sie auch disponibel zu sein, Gewerkschaft und Cobas gegeneinanderauszuspielen.

Auch durch den Impuls der Presse, die sie benutzte in der Diskussion um die Reglementierung des Streikrechts, sind die Cobas unglaublich schnell gewachsen. An den Schulen sind sie wie Pilze aus dem Boden geschossen, ebenso Koordinationen auf Provinzial- und Regionalebene und dann die nationale Koordination. Ein Cobas als Organisationsform zu bezeichnen, ist problematisch. Der Sache nach sind die Cobas eine Bewegung, d.h. sie haben keine starre Struktur. Es gibt Tendenzen darin, die eine Mitgliedschaft einführen wollen, eine formale Organisierung wollen, als fünfte Gewerkschaft sozusagen. Bisher wurde der Druck in diese Richtung immer niedergeschlagen, aber das große Problem bleibt natürlich: wie wird ein so großer Organismus beschlußfähig? Jetzt hat jede Provinzialkoordination Delegierte mit Stimmrecht für die Nationale Koordination gewählt. Das ist eine Mischform, denn wen diese Delegierten eigentlich vertreten, ist schwer zu sagen.

Die Cobas sind ein sehr komplexes Phänomen zwischen Bewegung und Gewerkschaft ...

Die Cobas an der Schule sind ein sehr komplexes Phänomen in der Mitte zwischen Bewegung und Gewerkschaft. Es gibt zwar eine sehr große Bewegung von unten, doch mit jedem Schritt nach oben: von der Provinzialkoordination zur Regionalkoordination, von der nationalen zur Inter-Cobas, verändern sich - ähnlich wie auf einer aztekischen Pyramide - die Figuren, zum Beispiel das Verhältnis der Geschlechter: in den Schulen arbeiten mehrheitlich Frauen, in den Versammlungen sind beide Geschlechter höchstens gleich stark vertreten. Schon auf den Provinzialversammlungen überwiegen die Männer, noch stärker im Ausschuß und erst recht auf der nationalen Versammlung. Das mag eine etwas verblüffende Nebensache sein, ist aber doch sehr bezeichnend. Auf der politische Ebene gibt es natürlich ein Gerangel der Linksradikalen um die verantwortlichen Posten, z.B. in den Provinzialausschuß gewählt zu werden, in die Delegationen für die nationale Versammlung,



in den nationalen Ausschuß, insbesondere seitens der Trotzkisten, aber nicht allein. Es gibt natürlich eine starke Präsenz politischer Kader, guter und schlechter, auch einige aufrechte Genossen sind darunter, die aus der früheren Nationalen Koordination der Schulbeschäftigten kommen, die es vor den Cobas gab und die - trotz all ihrer Defekte - eine radikalere Praxis betrieb. Gerade im Vergleich mit ihr wird oft - vor allem seitens anarchistischer Genossen - die "Bürokratisierung" der Cobas kritisiert. Darüber hatten wir schon eine harte Auseinandersetzung, zwar sind einige Kritiken gerechtfertigt, aber dieser Purismus, sich nicht in diese "Schlacht" einmischen zu wollen, ist meiner nach Ansicht übertrieben. **Es geht darum, drinnen zu sein und von innen andere Erfahrungen voranzutreiben.** Es ist eben eine so große Bewegung aus allen möglichen Komponenten, Identitäten. Die Organisationsform an den Schulen ist noch "flüssig". Ein Cobas wie z.B. bei der ATM-Verkehrsgesellschaft auf Stadtebene und bei einer einzigen Gesellschaft funktioniert natürlich nach einer anderen Logik. Die ziehenden Kräfte sind alte Gewerkschaftskader, die zwar mit der Gewerkschaft gebrochen haben, die aber einen harten Klassen-Syndikalismus vertreten. Die Vereinten Lokführer sind nochmal was anderes; als Berufsorganisation sind sie quasi physisch verbunden, die Organisation hat eine eigene Identität, sie identifizieren sich mit einer präzisen Figur. Um diese Erfahrungen herum sind aber überall im öffentlichen Dienst und sogar in der Industrie Basisgruppen nach diesem Modell entstanden, Gruppen und Grüppchen am Arbeitsplatz, manche davon bestehen nur aus vier Genossen. Für sich allein genommen ist keine besonders wichtig, aber insgesamt ist es eine sehr interessante Geschichte.

Überall sind nach diesem Modell Basisgruppen entstanden ...

Der ideologische Purismus ist falsch. Wir müssen uns drinnen aufhalten und von innen heraus andere Erfahrungen vorantreiben.

Der Knoten bei den Cobas ist ihre doppelte Seele. Es sind Bewegungen einer Berufsgruppe oder einer Untergruppe, bei den Vereinten Lokführern sind es eben die Cobas des fahrenden Personals, während es bei den auf den Bahnhöfen und Büros Beschäftigten zwar auch Gruppen gibt, die haben jedoch keine so wichtigen nationalen Koordinationen.

Die große Frage ist: welche Richtung wird die Sache nehmen? Bei den Lokführern ist die Sache klar: ihre Weigerung, sich mit den anderen Arbeitern bei der Eisenbahn zu koordinieren, beruht auf zwei Überlegungen: Erstens, wenn wir eine Lohnerhöhung für uns fordern, können wir mehr bekommen, wenn es sich ausweitet, wird es teurer. Zweitens, dieselben Gewerkschaften, die offiziell den Berufskorporatismus verurteilen, haben recht deutlich gesagt: solange Ihr Berufsorganisationen seid, kritisieren wir Euch bis zu einem gewissen Punkt, aber wenn Ihr etwa davon träumt, eine Alternative zur Gewerkschaft im allgemeinen zu sein, wird es einen Kampf bis aufs Messer geben.

Gerade so verläuft die Auseinandersetzung an den Schulen. Da gibt es eine Tendenz, die die Schule an die Universität anlehnen will. Ihr Ausgangspunkt ist nicht: "wir Beschäftigten an den Schulen", sondern: "wir Lehrer". Nach ihrer Logik stehen sie den Professoren näher, weil sie auch einen Uniabschluß haben, sie wollen sich von den Elementarschullehrern abheben, die nur Abitur haben. Nicht zufällig wollen sie eine Gilde bilden nach dem Vorbild der mittelalterlichen Berufsvereinigungen. Sie wollen mit der Gewerkschaft brechen, aber um dann eine Berufsvereinigung, eine ständische Assoziation zu bilden.

In den Cobas gibt es also einmal eine Dimension in Richtung Bewegung, eine in Richtung Alternativgewerkschaft und dann eine in Richtung Berufsorganisation. Und all diese drei Dinge sind wahr, man kann nicht sagen: die eine gibt es und die andere nicht.

Es ist klar, was nun geschieht. Seit dem Sommer hat es keine Kämpfe mehr gegeben, sondern diese ununterbrochene Folge von Versammlungen mit 1500, 2000 Leuten auf nationaler Ebene. Eine furchtbare Debatte also, in der diese Positionen aufeinanderprallen und an deren Ende dann eine Plattform herauskommt. Es sind zwei herausgekommen, eine der Mehrheit, die egalitär ausgerichtet ist, 400 000 Lire mehr für alle fordert, vom Hausmeister bis zum Rektor, eine fast extremistische Plattform. Die andere fordert hingegen Anlehnung an die Universität, differenzierte Gehaltserhöhungen usw. Die Debatte darüber wurde zwei Monate ausgesetzt, weil die nationale Leitung keine Spaltung wollte. Sie hielt nur noch Versammlungen ab zu Organisierung, Inter-Cobas usw. Aber diese beiden Seelen vereinigen sich nicht; gestern war die Versammlung der Minderheit, und es scheint zu einer Spaltung gekommen zu sein in zwei Strömungen: eine Arbeiterbewegung und eine Mittelschichtsbewegung.

Kannst Du noch erklären, was Inter-Cobas ist?

A.: Das Inter-Cobas entstand unter der Drohung der Regierung, ein Anti-Streik-Gesetz zu machen. Die Versammlung am 15. November war der Versuch, Lehrer, Eisenbahner und andere Kategorien zusammenzubringen. Dort waren eine Menge Leute, es war eine Versammlung der Bewegung, der Opposition. Um die Wahrheit zu sagen, das Inter-Cobas ist eine Forcierung. Denn sie wird vor allem von den politischen Kadern vorangetrieben, deren linke Version im Inter-Cobas eine neue Gewerkschaft sieht, deren rechte Version darin ein Instrument sieht, um Druck auf die Gewerkschaft auszuüben. Ihr politischer Vorschlag war die Demonstration am 12. Dezember, mit der der korporative Mittelschichtsflügel nicht einverstanden war.

Mit Forcierung meine ich, daß sie zu sehr von oben kam, es zwischen den Berufsgruppen untereinander keine Debatte gibt, die diese Schranken überschreitet, zerbricht. Außerdem berücksichtigt sie nicht die Eigenarten der einzelnen Kategorien. Die Lokführer haben es

z.B. auf der Versammlung vom 15.11. zurückgewiesen, den Vorsitz der Versammlung zu übernehmen. Sie sind dabei und sind nicht dabei, sie nahmen an der Demonstration vom 12. nicht teil, hier haben nicht mal die Cobas des fahrenden Personals teilgenommen. Die Demonstration haben wir von der Schule gemacht und Gruppen von Genossen. So ist es eine politische Demonstration geworden. Das ist sehr gut gelaufen, aber das was es sein sollte, ein Sprung nach vorn, war es eben nicht.

Sind die Cobas bereits eine Form neuer Arbeiterkämpfe? Oder bleiben sie in ihrer Ambivalenz Kämpfe einer überholten Arbeiteraristokratie?

A.: Diese Bewegung ist meiner Ansicht nach weder alt noch neu. Daß viele Militante aus dem vorigen Kampfzyklus dabei sind, scheint mir normal. In der Substanz sind es Kämpfe um Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, nichts Außergewöhnliches. Neu daran ist, daß das Bewußtsein der Leute den Kämpfen und ihren Forderungen gegenüber in den letzten Jahren gewachsen ist. Sie diskutieren darüber, auch wenn sie manchmal große Scheiße erzählen; sie sagen nicht mehr einfach: Kampf ja oder nein, sondern: wir müssen uns was überlegen, schauen wir, was möglich ist. Viele haben diese ganzen Erfahrungen wie Studentenbewegung usw. hinter sich: ...

Eine zweite Sache ist ihre Haltung zur Gewerkschaft. Diese neuen Bewegungen sind keine nicht-gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, im Sinn von noch nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitern oder einfach wilden Arbeitern, hier hat der <folgende> Artikel über den Streik der frz. Eisenbahnarbeiter völlig recht. Die Leute gehen elastischer mit den Gewerkschaften um. Sie sehen in ihnen eine Institution, die sie nicht als "Verräter" oder "Schweine" beschimpfen, sondern sie glauben nicht an sie. Ein materialistischeres, ruhigeres Verhältnis.

Und was ist mit den Begrenztheiten der Ziele und der Inhalte?

A.: Die größte Beschränkung an der Schule ist, daß man gegen eine imaginäre Schule kämpft. Es gibt kaum ernsthafte Überlegungen zu den Initiativen der Industrie bezüglich der Schule. Die Leute benutzen großteils die Sprache der Linken, reden von der "Verteidigung der öffentlichen Schule gegen die Privatisierung", was eine Scheißparole ist, weil die Unternehmer nicht die Privatisierung der Schule wollen. Oder: "Verteidigung der sozial Schwachen", was soll das heißen? Machen wir gute Arbeiter aus ihnen? Das ist eine Sprache, eine Kultur, die zwischen dem Katholischen und dem Marxismus, Marxismus im italienischen Sinn, also PCI, DP etc., liegt, aber nicht darüber hinausgeht. Die Sprache triffst du überall, auf Flugblättern, Plakaten: "Arbeiter und Benutzer", der Begriff des Benutzers, oder: die Qualität der Dienstleistungen verbessern. All das wird nicht kritisiert, und das ist auch schwierig, denn da gibt es Probleme, die sich dir schon stellen, auch wenn du nicht in einer Logik von sozialer Revolution denkst, sondern nur von sinnvoller Veränderung des Bestehenden, zum Beispiel: In einer gewerkschaftlichen Logik forderst du mehr Krankenhäuser und mehr Arbeitsplätze für die Krankenhausarbeiter. In der Logik einer besseren Gesellschaft brauchen wir weniger Kranke und weniger Krankenhäuser. Die beiden Sachen bringst du nicht so einfach zusammen.

Es gibt doch noch andere Beschränkungen bezüglich der Klassenzusammensetzung. Es gibt diese Spaltung zwischen Lokführern und normalen Bahnarbeitern...

A.: Das ist ein großes Problem. Die Bewegungen sind nie so, wie du sie gerne hättest. Der Reformismus bestimmt in gewisser Hinsicht immer einen mittleren Punkt, teilt nach dem alten Schema zwischen rechts und links. Wenn ich mit diesem Schema breche, kommt nicht gleich notwendigerweise dabei raus, daß alle Revolutionäre werden. Wenn der Vereinte Lokführer mit ihm bricht, indem er seine Interessen verteidigt, dann macht er das, weil es ihm möglich ist. Es geht nur um "unsere Arbeit", "wir wollen mehr Geld", was kümmern uns die anderen. Aber da beginnen auch andere Schichten von Eisenbahnern zu schreien "wir

Natürlich repräsentieren die Cobas nicht die neue politische Klassenzusammensetzung, aber sie können die Tür für neue Debatten öffnen.

auch". Die Auseinandersetzung geht also sowohl um Quantität wie um Verbreitung. Ich möchte etwas scheinbar Paradoxes behaupten: je mehr die Bewegung sich ausweitet, desto weniger erreicht sie, desto weniger kann sie gewinnen. Vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt aus hat die Mittelschichtskomponente der Lehrer recht, wenn sie sagt: 'Tragen wir allein unsere Forderungen als Lehrer vor und nicht die der Schulbeschäftigten, und dabei für die Oberstufenlehrer mehr und die Unterstufenlehrer weniger', denn dann kann die Sache laufen. Wenn du aber sagst: 'Verbrüdern wir uns alle', gehst du entweder unter, oder du führst einen schrecklichen Kampf - was willst du erreichen?

Die Cobas können nicht Träger einer neuen politischen Klassenzusammensetzung sein, sie können aber die Tür öffnen für eine Debatte?

A.: Genau, die Cobas können eine Gelegenheit zum Nachdenken auf der untersten Ebene eröffnen: über Ausbildung, Erziehung, über das Wissen, über den Sinn einiger Tätigkeiten, das wäre dann ein qualitativer Sprung. Die Diskussion kann stattfinden in Gruppen, die enger oder weiter als die Cobas sind, Gruppen von Arbeitern der Schule z.B., die sich nicht unbedingt mit den Cobas identifizieren müssen, die aber beispielsweise über die Rolle der Schule diskutieren. Die Schule in Italien funktioniert wie ein Trichter: 60 % der Schüler der Scuola Media Inferiore gehen an die Superiore, im ersten Jahr fällt die Hälfte durch, an diesem Punkt gibt es eine soziale Selektion, die einem Massaker gleichkommt. Eine Bewegung gibt Gelegenheit, über diese Sachen zu diskutieren, über den Sinn einer Arbeit, deren Ziel es ist, die Schüler im ersten Jahr durchfallen zu lassen. Hier herrscht die Logik des Unternehmers. Wohlgemerkt, es sind nicht die Cobas, die diese Fragen aufwerfen, sondern die Beschäftigten selbst, die sie aufwerfen können, vor allem, wenn es wieder zu einer Schüler- und Studentenbewegung kommt... ◆

Collegamenti/Wobbly, Nr. 20, Winter 87

Artikel und Diskussionsbeiträge über die Cobas, die Vereinten Lokführer, die "neuen Bewegungen". Arbeitergeschichte: Zirkulation der Kämpfe: Emigranten aus dem Biellese im Paterson-Streik/USA 1913

Bezug über: Angelo Caruso, Via Felice Casati 26, 20124 Milano

Einzelheft 6000 Lire, Auslands-Abo 35.000 Lire.

ZUG U

Liaisons, Nr. 2 1986-1987

Eisenbahnerstreik 86/87 (gekürzt übersetzt in Wildcat 41), Entwicklung der frz. Eisenbahnen*, Studenten und Schülerbewegung Nov./Dez. 86, Streiks in Holland und Dänemark 1985

Bezug: c/o Echanges et Mouvement, B.P. 241, 75866 Paris Cedex 18, Abonnement: 4 Nummern 60 ff.

Les cahiers du doute, No. 1, Mai 87: Vous avez dit democratie directe? Mouvements et grèves, hiver 86-87

Analysen, subjektive Berichte und Debatte über die Studentenbewegung und den Eisenbahnerstreik Dezember 86/Januar 87

Bezug über: Thirion, B.P. 117, 75966 Paris Cedex 20

Einzelheft 25 FF., Abonnement 60 FF.

* Nachdem sich die Italienisch-ÜbersetzerInnen schon recht gut organisiert haben und den einen oder anderen Artikel oder sogar Bücher rausgebracht haben, sind die Englisch-ÜbersetzerInnen nun ihrem Beispiel gefolgt und bereiten gerade auch schon die Herausgabe eines zweiten Buches vor. Was bisher aber ganz schlecht klappt, sind die Übersetzungen aus dem Französischen. Den folgenden Artikel hatten wir schon im Mai, daß er erst jetzt erscheint, war hauptsächlich ein Übersetzungsproblem. Oder der *Artikel wäre ein sehr wichtiger Beitrag zur Diskussion um Arbeiterkämpfe/kapitalistische Umstrukturierung...Damit das nun endlich alles anders wird, suchen wir Leute, die über hinreichende französische Sprachkenntnisse verfügen, um gemeinsam mit uns französische Texte durchzugehen und selbständig übersetzen zu können. Wir haben noch jede Menge französisches Material, das für unsere Diskussion vermutlich genauso wichtig ist, wie der übersetzte Artikel.
Also Leute, meldet Euch massig bei der Berliner Redaktion (Postfach 360 527)!

M ZUG

ÜBERSETZUNGEN.

ÜBERSETZERINNEN!!

POLITISCHE DIFFERENZEN?

"SETZ ÜBER!"

Die Berichterstattung aus dem "Ausland" ist natürlich immer etwas problematischer, du bist dabei auf Einschätzungen der dort lebenden GenossInnen angewiesen. Inzwischen ist zum Beispiel der Artikel über die Studentenbewegung, den wir in der Nr.41 der Wildcat gekürzt abgedruckt hatten, stark überarbeitet in der Nr.1 der "Cahiers du Doute" erschienen. Diese Überarbeitung verstärkt unseren Eindruck, daß die "Gewaltlosigkeit" der französischen Schüler und Studenten eine des Autors ist. Verständlich ist das vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit bestimmten Ideologien, die an den Kampfformen die Radikalität eines Kampfes festmachen wollen. Dagegen arbeitet der Artikel raus, daß die Bewegung sich ausweiten und radikalisieren konnte, weil sie sich die Alternative "Gewalt - Gewaltlosigkeit" nicht aufzwingen ließ. Schräg wird's da, wo der Autor daraus schon wieder so was wie eine eigene Ideologie zimmert. Eine Gefahr, vor der auch der folgende Artikel - der ebenfalls als Beitrag in der Nummer 1 der "Hefte des Zweifels" erschien - keineswegs gefeit ist ... doch damit greifen wir schon vor!

Nochmal: Der Eisenbahnerstreik in Frankreich

Unsere gekürzte Übersetzung des Artikels über den Streik der französischen Eisenbahnarbeiter in der Wildcat/41 hat von zwei Seiten Kritik gekriegt. Die Autoren selbst haben uns kritisiert, weil wir den Artikel zu stark gekürzt hätten (dazu im folgenden genaueres) und auch nicht angegeben hatten, wo er herstammte. Dies ging damals noch nicht, inzwischen ist der Artikel als Beitrag in der Nr.2 von "Liaisons" erschienen. Zwei Leute haben uns und den Artikel kritisiert, weil er zu wenig auf die Umstrukturierung und die Arbeitsbedingungen eingeht. In selbiger Nummer von Liaisons ist ein sehr ausführlicher Artikel zur Umstrukturierung der französischen Eisenbahnen (siehe dazu auf dieser Seite den Aufruf an ÜbersetzerInnen); zum anderen trifft diese Kritik einige unserer Auslassungen, die wir hier also kurz nachtragen wollen:

1.) Einkommensunterschiede und Beschäftigtenzahlen:

Von den knapp 250 000 Beschäftigten der SNCF verdienen nahezu 200 000 zwischen 6 000 und 12 000 FF monatlich brutto. 22 000 liegen mit ihrem Einkommen darunter (Mindestlohn 2 460 FF), ebenso viele darüber. Ein Lokführer fängt mit 7 770 FF brutto im Monat an und verdient wenige Jahre später um 10 000. Nur wenige, die Fahrer der Hochgeschwindigkeitszüge, haben gut 11 000 FF im Monat (Zahlen von 1986).

2.) Angriff auf die Lohnstruktur bei der SNCF:

Vor dem Streik errechneten sich die Einkommenszuwächse auf drei Ebenen: a) "echelons" = Altersstufen nach Dienstjahren (automatisch); b) "niveaux" = Beförderungsstufen nach "Qualifikation und Verantwortungsbereich" (prüfungsabhängig); c) "indices" = Gehaltsgruppen (abhängig von einer Kombination aus Prüfungsergebnissen und Dienstalter).

Die SNCF wollte die automatischen Gehaltserhöhungen nach Dienstalter unberührt lassen, der Angriff richtete sich auf die Ebenen b) und c). Die "niveaux" sollten nur noch nach "Bewährung" zuerkannt werden, die "indices" nach "persönlichen betrieblichen Arbeitsergebnissen".

Des weiteren haben die Autoren kritisiert, daß wir ihre Auseinandersetzung mit der Krise der französischen Gewerkschaften rausgelassen haben. Diese betraf im wesentlichen zwei Punkte: a) die französischen Gewerkschaften sind in der Krise, weil sie den Arbeitern keine Lohnerhöhungen mehr rausschlagen können, sondern im Gegenteil die ständige Verschlechterung von Löhnen und Arbeitsbedingungen vertreten müssen; b) die französischen Gewerkschaften sind von der Linksregierung - im Versuch sie zu stärken - stärker institutionell in Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungsgremien eingebunden worden; dort dürfen sie nun über Ferienwohnungen, Sporteinrichtungen und ähnliches mitreden und entscheiden. Der traditionell dünne Kader dieser Gewerkschaften hat das nicht verkraftet, sie mußten ihre wenigen Kräfte in diese institutionelle Arbeit werfen und haben somit noch stärker den Kontakt zur Basis verloren. Damit ist etwas eingetreten, was es vorher in solchen Hochburgen der Gewerkschaften wie den Eisenbahnen noch nie gab: die Gewerkschaft hatte den Streik nicht vorausgesehen und wurde von ihm völlig überrascht. (Auf die paradoxen Auswirkungen, die die "institutionelle Stärkung" der französischen Gewerkschaften auf diese hatte, geht der folgende Artikel übrigens ein.)

Warum schon wieder ein Artikel über den französischen Eisenbahnerstreik?

Wir denken, daß in diesem Streik einige Elemente einer neuen politischen Klassenzusammensetzung bisher am deutlichsten zutage getreten sind: die Fähigkeit zur Selbstorganisation am Ort und über den örtlichen Zusammenhang hinaus / ohne Zuhilfenahme gewerkschaftlicher Apparate / die Kompromißlosigkeit und radikale Ablehnung der Verhandlungslogik / neue Subjektivität und neue Inhalte im Arbeiterkampf ... Weil der Streik so bedeutende Merkmale zeigt, wollen wir mit der Übersetzung eines zweiten Artikels der Diskussion weiteren Antrieb geben.

Der Artikel hat unserer Ansicht nach neben vielen Stärken aber auch Schwächen. Er benutzt unhinterfragt die (kapitalistische!) Kategorie der "Qualifikation". Bei seiner Diskussion formaler Qualifikation zieht er dann oberflächliche Vergleiche zur BRD (siehe Fußnote 9). Seine grundlegende These ist, daß der (französische?) Kapitalismus keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr hat, nur noch "zerstörerisch" ist, die Gesellschaft sei "von der Geißel der Arbeitslosigkeit zerschunden" usw. Deshalb seien die Gewerkschaften in der Krise, weil sie den Arbeitern keine Verbesserungen mehr garantieren können. Wir meinen, daß aus der (richtigen) Analyse aktueller Verwertungsschwierigkeiten auf diese Art allzuleicht eine neue Theorie vom Untergang des Kapitalismus aus seiner inneren Logik heraus entsteht. Nicht zufällig erscheinen die Arbeiter einerseits als Subjekte der Kämpfe, von denen eine neue Definition der Klassenverhältnisse ausgeht, und andererseits als (potentielle) Objekte von "Arbeitslosigkeit", "neuer Armut", "Prekarisierung", "Unsicherheit". Ein drittes Problem ist seine Herangehensweise: Er unterlegt den Organisationsstrukturen, die sich die Arbeiter im Kampf geben, sein ideologisches Raster von der "direkten Demokratie". Das ist besonders bedenklich, wenn man weiß, daß "Demokratie" der Kampfbegriff der bürgerlichen Presse war, den sie nach Bedarf zum Lob oder zur Diffamierung der Streikenden eingesetzt hat.

Wiederum haben wir unsere Übersetzung sehr stark gekürzt. Wer den ganzen übersetzten Text haben will, kann 2,50 DM auf unser Konto überweisen, wir schicken dann Kopien. Diesmal haben wir mit dem Autor vor der Veröffentlichung nochmal diskutiert. Die unterschiedlichen politischen Einschätzungen sind damit natürlich nicht ausgeräumt. Der Autor hofft aber, daß sein Artikel eine Diskussion auslöst. Beiträge an uns oder (auf französisch, englisch oder spanisch) an "Cahiers du Doute".

Bewährung Streik und kranke Tante

Die sozialen Bewegungen in Frankreich

Am 18. Dezember 1986, zur selben Stunde, als das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs "die Lehren aus der Studentenbewegung zieht", tritt das fahrende Personal der Eisenbahnverwaltung Paris-Nord in einen unbefristeten Streik. Im Lauf von nur zwei Tagen dehnt sich die Bewegung auf die Mehrzahl der Eisenbahnverwaltungen aus; in weiteren vier Tagen greift der Streik auf andere Berufsgruppen der Eisenbahner über, und bald ist das gesamte Bahnsystem gelähmt, ohne daß auch nur ein einziger gewerkschaftlicher Streikaufruf herausgelassen worden wäre.

Während die Kommunisten, ohne eine Miene zu verziehen, die Schwäche ihrer Verankerung in der Studentenbewegung anerkennen konnten, so verstört sie der wilde Streik bei der SNCF doch etwas stärker. Denn hier geht es direkt um das Problem, daß die Partei und sämtliche andere traditionellen "Arbeiterorganisationen" geschwächt sind. So wird dieser Kampf, der oberflächlich betrachtet rein korporative Züge trägt, fast einen Monat lang für die Gesellschaft als Nebelspalter wirken. Er wird die Krise der Gewerkschaften offenbaren und den Schleier von den Veränderungen ziehen, die sich in der Mentalität der Arbeiter vollzogen haben. Die Gewerkschaften hatten ihre Unfähigkeit erwiesen, gegen die sich ständig verschärfende Ausbeutung Widerstand zu leisten. Nun beweisen die Eisenbahner, daß der Kampf möglich ist. Freilich unter der Bedingung, daß man sich von der Basis her unabhängig und einheitlich organisiert.

GEWERKSCHAFT KRANK - DER FALL FRANKREICH

Alle Welt redet heute von der "Krise der Gewerkschaft". Klarsichtigen Politikern raubt sie den Schlaf, bei den Gewerkschaftsspitzen stiftet sie Verwirrung, die vom Staat bezahlten Forscher widmen ihr Studien. Wenn man mit uns davon ausgeht, daß die Funktion von Gewerkschaften in der modernen Gesellschaft darin besteht, die kapitalistische Produktion zu regulieren, so hat man für die Diagnose der Krankheit schon ein paar wichtige Anhaltspunkte.

Im Zuge der Kämpfe der Vergangenheit haben die Gewerkschaften die Bedingungen eines "Normalkapitalismus" durchgesetzt und dabei die Willkür und die Mißbräuche des rohen Kapitalismus beseitigt. Im gleichen Zug haben sie die Arbeiter integriert. Sie garantierten ihnen die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und stellten damit dem Kapitalismus eine kollektive Arbeitskraft zur Verfügung, die kräftiger, zufriedener und produktiver war.

Heute freilich wird dieser gewerkschaftlichen Funktion, die für normale Verhältnisse in der Ausbeutung unentbehrlich ist, von der Krise des Systems das Fundament entzogen. Ohne ein genaues Bild dieser Krise zu entwerfen, genügt es zu sagen, daß die Existenzbedingungen des Konsenses und des ausgehandelten Sozialfriedens mit dem Schwund des für Kompromisse zwischen den "zwei organisierten wirtschaftlichen Kräften" verfügbaren Raumes selbst Schritt für Schritt verschwinden. Im besonderen Falle Frankreichs handelt es sich hierbei um ein Land, das mitten zwischen dem nordeuropäischen sozialdemokratischen Modell und dem amerikanischen Kapitalismus angesiedelt ist, in dem die Logik des Privatkapitals ohne Einschränkung regiert.

In Frankreich ist die Bilanz der gewerkschaftlichen "Siege" aus den letzten Jahren mehr als mager. Die Gewerkschaften haben nicht nur alle größeren Kämpfe gegen die Umstrukturierung der alten Industriesektoren verloren, auch in der betrieblichen Lohnpolitik büßten sie Gewicht ein. Ihre moderne Funktion hatten sie spät genug, nämlich in der Zeit der Reformen nach dem Mai 68 übernommen: offensichtlich waren die französischen Gewerkschaften schwächer als ihre Gegenstücke in den Ländern des sozialdemokratischen Modells. In den 70er Jahren schienen sie völlig bewegungsunfähig. Ein militanter Schub in den modernsten Sektoren der Produktion kam ihnen jedoch zugute. Die Zeit der Kämpfe um "Selbstverwaltung", für die der große Streik bei LIP in Besancon steht, übersetzte sich noch einmal in einen Mitgliederzuwachs für die CFDT (1). Mit den ersten Maßnahmen der Umstrukturierung, dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit und den Angriffen der Unternehmer kehrt diese Tendenz sich um.

Abkürzungen:
CFDT - Gewerkschaftsbund der Sozialistischen Partei
CGT - Gewerkschaftsbund der Kommunistischen Partei

Die Niederlage der Stahlarbeiter von 1979 stellt für den bereits geschwächten Gewerkschaftszusammenhang ein wichtiges Datum dar. Sie machte den Niedergang des gewerkschaftlichen Einflusses in den alten Arbeitersektoren offenbar, und dies trotz ausgeprägter Gewalt auf der Straße, hinter der nur schwach maskiert schon damals der Mangel an Perspektiven und die Auflösung traditionellen gewerkschaftlichen Geistes sichtbar wurden. Daß die Linke an die Regierung kam, könnte in diesem Sinn als Folge der Schwächung interpretiert werden. Deutlich hebt sich diese Ära von früheren ab (zum Beispiel von 1936 oder der Zeit nach dem 2. Weltkrieg). Diesmal war der Wahlsieg der Linken nicht von einem Anwachsen der gewerkschaftlichen Kämpfe begleitet, sondern von ihrem Rückgang.

Daß es sich so verhält, beweist der Rückgang in den Mitgliederzahlen der Gewerkschaften, der während der Jahre 1981 bis 1985 anhält und sich sogar verschärft. Der Eintritt der Kommunistischen Partei in die Regierung (1981 bis 1983) sollte diesen Trend keinesfalls umkehren. Von 1970 bis 1985 vermindert sich der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Frankreich von 20% auf 15%. In der Metallverarbeitung verliert die CGT von 1975 bis 1984 die Hälfte ihrer Mitglieder. Der Mitgliederbestand der CFDT ist hier seit 1972 um 25% gesunken (2).

Durch die Linksregierung wurden die Gewerkschaften mit einem ganzen Arsenal von Gesetzen ausgestattet, die ihre institutionelle Macht erweitern und verstärken sollten, gleichermaßen in der Privatwirtschaft wie im öffentlichen Dienst. Insgesamt läßt sich sagen, daß diese Maßnahmen die Beteiligung der Gewerkschaften an der Führung der privaten und öffentlichen Unternehmen verstärkt haben, ohne ihre Mobilisierungskraft in irgendeiner Hinsicht wieder zu beleben, ganz im Gegenteil. Machte sich vorher im gewerkschaftlichen Leben bereits der Anhängerschwund spürbar, so liefen die neuen Verhältnisse darauf hinaus, die verbliebenen Militanten von den zahlreichen Mitbestimmungsaufgaben im Tätigkeitsfeld der neuen Gremien aufsaugen zu lassen. In einigen Bereichen langte die Zahl der verfügbaren Gewerkschafter nicht einmal hin, um alle vorgesehenen Positionen zu besetzen. Nicht wenige Kämpfer sind auf diese Weise in einen institutionalisierten Aktivismus eingebunden worden, was sie der Basis weiter entfremdet hat.

Gleichzeitig hat sich der Mitgliederschwund der Gewerkschaften fortgesetzt, und die Gewerkschaftsvorstände versuchten verzweifelt, sich den Verhältnissen anzupassen. In diesem Zusammenhang beklagt einer von ihnen, daß "die Arbeiter eben nicht wissen, daß man sich sehr wohl gewerkschaftlich organisieren kann, einfach um mittwochs freie Zeit für die Familie zu bekommen oder um sich mit Gleichaltrigen zu treffen" (3). Offenbar trägt man Dienstleistungen an, die niemand verführen. Der durchschnittliche Lohnarbeiter fragt sich weiterhin, warum er einer Gewerkschaft angehören soll, während sich vor seinen Augen und für ihn wenig beruhigend die fortgesetzte Demontage des Wohlfahrtsstaats vollzieht.

Die "Tarifpolitik" war im Grunde schon in der Schlußphase der "sozialistischen" Periode wirklichkeitsfremd. 1985 beachteten zwei von drei französischen Betrieben die Verpflichtung zu jährlichen Tarifverhandlungen nicht mehr, und die Verschlechterung der "Sozialleistungen" gehörte zum Alltag. Alles was im folgenden Zeitraum die Rechtsregierung ungeschickt durchführt, vollzieht sich in gradliniger Kontinuität zu den von den Sozialisten ergriffenen Maßnahmen: Abschaffung der Indexlöhne, die sich automatisch an der Preisentwicklung orientierten, Umverteilung und Senkung der Sozialleistungen, Schritte zur Förderung der "Flexibilität der Arbeit" usw.. Getreu seinem Image als "der Welt schwachsinnigste Rechts-Regierung" nimmt sich das neue Regime eine "Revision der Gesellschaft" im liberalistischen Sinn vor, wobei es auf den gleichen Legalismus zurückgreift, der vordem das Handeln der Linken kennzeichnete: Gesetz auf Gesetz türmend demontiert sie Schritt für Schritt den rechtlichen Rahmen der Ausbeutungsbeziehungen. Jeder hätte gedacht, das Terrain sei hinreichend befreit und die Schwäche der Gewerkschaften künde das Ende aller Widerstandsversuche auf Arbeiterseite an. Ein Gewerkschaftsboß glaubte sogar schon eine gute Nachricht ankündigen zu können: "Der alte Mythos, wonach die gewerkschaftliche Kampfform der Streik ist, ist überlebt" (4).

Und trotz alledem: Umstellt von dahinsiechenden Gewerkschaften und auf dem Tiefpunkt der Krise erscheint die Arbeiterklasse wieder auf der Bühne - im Streik. Außerhalb der gewerkschaftlichen Apparate und Strategien und gegen sie wird der allgemeine wilde Streik bei der SNCF gezeugt und ausgetragen.

Es könnte paradox erscheinen, daß die erste große Bewegung, mit der die Kämpfe wieder aufgenommen werden, sich bei den Eisenbahnern entwickelt. Und wirklich handelt es sich hier, in dieser Landschaft der Liquidierung von Gewerkschaften, um ein eher untypisches Feld, wo die Beteiligung an Wahlen von Gewerkschaftsdelegierten hoch bleibt (in der Größenordnung von 80%) und wo alte gewerkschaftliche Traditionen fest verankert sind. Im Laufe der Ereignisse wird sich zeigen, daß es richtiger ist, von der Krise in einem bestimmten Typ gewerkschaftlichen Verhaltens zu sprechen als von einer Krise gewerkschaftlicher Vorstellungen schlechthin. Die SNCF ist das Schulbeispiel des Unternehmens, in dem sich die Gewerkschaften im Laufe der Jahre als Institution verfestigt haben. So erscheint es ganz normal, daß die Arbeiter Zweifel daran entwickeln, ob der Weg zu Kämpfen über die Gewerkschaften führt, - selbst dann, wenn die Ziele durchaus korporativer Art sind.

Nach dem Zweiten Weltkrieg dominierte bei den Eisenbahnern die kommunistische Gewerkschaft. Aber vom Beginn der 50er Jahre bis heute hat die CGT dort ungefähr 30% Stimmen verloren. Vor diesem Hintergrund urteilt ein Beobachter über die neuen Gegebenheiten vielleicht etwas vorschnell folgendermaßen: "Das grundsätzliche Problem, das der Streik aufwirft, lautet: Was wird aus den sozialen Bewegungen, wenn ihr traditioneller Rahmen zerbricht? Die organisierte Arbeiterklasse, eingebunden in eine CGT, die ganz offen durch die Kommunistische Partei kontrolliert wird, das ist inzwischen Geschichte" (5). (Wir unsererseits würden hinzufügen: glücklicherweise!) Und wenn die Eisenbahner sich "unpolitisch" nannten, so haben sie zwar die traditionellen Politikmodelle zurückgewiesen, aber auch versucht, einem anderen Typ gemeinsamen Handelns Geltung zu verschaffen. "Wir sagen den anderen Arbeitern: 'Nehmt Eure Angelegenheiten selbst in die Hand. Und wenn Ihr wollt, macht Euch unsere Erfahrungen zunutze'"(6).

DEQUALIFIZIERUNG UND BEWÄHRUNG

Der Streik der Eisenbahner hat die Aufmerksamkeit auf einen Grundbegriff in der Legitimation kapitalistischer Hierarchie gerichtet: die "Bewährung". Denn der Ursprung dieser Bewegung liegt gerade in der Revolte gegen einen "bewährungsbezogenen Beförderungsplan". Und der einzige substantielle Sieg der Streikenden liegt im Verzicht der Regierung auf diese Neuerung. Das massive und einheitliche Sturmlaufen der Arbeiter gegen das Bewährungskriterium wirft eine Reihe von grundsätzlichen Fragen zum Aufbau der Gesellschaft im allgemeinen und zur französischen Gesellschaft im besonderen auf. Sie rückt auch das Problemfeld der gewandelten Grundvorstellungen in der heutigen Arbeitswelt ins Blickfeld.

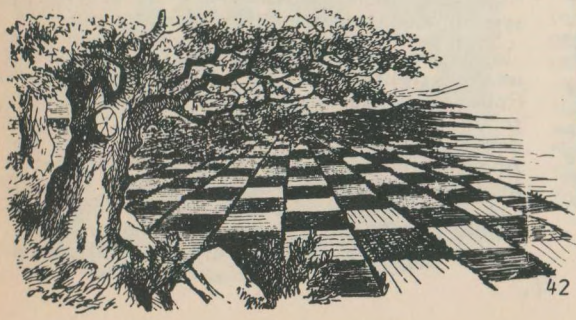
Im Zurückweisen des Bewährungskriteriums oder auch des Selektionsprinzips werden in einem Anlauf zwei Fragen aufgeworfen: **Wer** entscheidet und aufgrund **welcher** Kriterien? Es ließe sich einwenden, daß die Eisenbahner ein anderes Beförderungskriterium verteidigten, nämlich das des Dienstalters (das "Seniorität sprinzip"), auch dieses fragwürdig und nicht egalitär. Daß jedoch hinter der Revolte das Elend mit den wachsenden Beförderungsproblemen stand, daran gibt es keinen Zweifel. In diesem Zusammenhang hat während des Konflikts kaum jemand das Beförderungssystem oder das Senioritätsprinzip gelobt.

In diesem Zusammenhang spielt die Überfülle an Angestellten in Frankreich eine erhebliche Rolle. Es ist davon auszugehen, daß sich zwischen dem Ende des letzten Weltkriegs und den 80er Jahren in Frankreich die Zahl der Angestellten verdoppelt und die der Meister in Industriebetrieben verdreifacht hat. Auf 100 Lohnempfänger in der Industrie entfallen ungefähr 50 Nicht-Arbeiter (gegenüber 40 in Deutschland und 25 in Italien). Von diesen 50

Nicht-Arbeitern stellen die Techniker und kaufmännischen Angestellten 30, die Meister und leitenden Angestellten je 10 (7)! Auch ist bekannt, daß im Vergleich der entwickelten Länder der Unterschied zwischen dem Einkommen des Arbeiters und dem des leitenden Angestellten in Frankreich extrem ist (8). Hier wird deutlich, in welchem Umfang der französische Arbeiter hierarchisch und autoritär kontrolliert wird, im Gegensatz zu den Gesellschaften des sozialdemokratischen Modells, wo paritätische Formen (Unternehmerschaft-Gewerkschaften) vorherrschen.

Ein anderer spezifisch französischer Zug parallel zu dem eben Gesagten liegt in der Art des Verhältnisses zwischen Qualifikation und beruflichem Fortkommen. Während in Ländern wie der BRD die berufliche Stellung eher von der Qualifikation abhängt, hängt sie in Frankreich vor allem von der Beförderung im Betrieb ab (9). Deshalb ist das Senioritätsprinzip in den Lohnstaffeln so wichtig. Vom Standpunkt der kapitalistischen Konkurrenz her gesehen hemmt es den Fortschritt. Diese starke Abhängigkeit von der Seniorität motiviert den Arbeiter nicht, sich auf dem Arbeitsmarkt zu bewegen, den Kapitalisten seinerseits motiviert sie nicht, die Arbeiter durch Maschinen zu ersetzen. Im Wettbewerb mit der internationalen Konkurrenz zeigt sich dann, welche Folgen solche Verhältnisse hinsichtlich der Produktivität und des Modernisierungsgrads der französischen Industrie nach sich ziehen.

Wenn die Linke auch auf der einen Seite alles getan hat, um die institutionelle Macht der Gewerkschaften zu verstärken, so hat sie doch paradoxerweise auf der anderen Seite ihre wahre Kontrollmacht in der Arbeitswelt entscheidend geschwächt. Gerade in der Frage der Lohnstaffelung und der Beförderung in Abhängigkeit von der Betriebszugehörigkeit haben in Frankreich seit den 60er Jahren die Gewerkschaften eine wichtige Rolle gespielt. Und eben diese Abhängigkeit garantierte ihnen in den letzten 20 Jahren reale Macht im Betrieb. Die Entscheidung der Regierung von 1982, die automatische Anpassung der Löhne an die Inflation (Indexlöhne) aufzuheben, stellte jenes Abhängigkeitsverhältnis von neuem zur Diskussion. Das hat in Frankreich die Tendenz zur "Individualisierung" der Löhne verstärkt.



Mit der Rechten an der Regierung und dem Wiedererstarken des liberalen Gedankenguts sollte sich die Verhandlungsfähigkeit der Gewerkschaften auf Betriebsebene sozusagen in nichts auflösen. Auch vorher verlief die Beförderung ohne großen Bezug zu Kenntnissen und Fähigkeiten, aber zumindest in einem Rahmen von Lohnstaffelungen, der mit den Gewerkschaften ausgehandelt war. Heute fallen die Entscheidungen über den beruflichen Aufstieg auf dem Dienstweg und gemäß Kriterien wie solchen der "Bewährung". In beiden Fällen gibt es kein direktes Abhängigkeitsverhältnis zwischen Beförderung und Qualifikation. In beiden Verfahren hängt die Beförderung von der Treue zum Unternehmen (Betriebszugehörigkeit oder Bewährung) ab. Früher bezog man sich wenigstens auf eine verhandelbare und ausgehandelte Lohnstaffel. Mit der Individualisierung der Löhne hängen die Lohnabhängigen nunmehr von der Willkür des Patrons und der leitenden Angestellten ab. Verständlich, daß die Arbeiter die zweite Variante vergleichsweise sehr viel ungerechter finden.

Die "Individualisierung" der Löhne hat zunächst die leitenden Angestellten betroffen. Erst nach und nach weitet sich dieses System auf die Arbeiter und Angestellten aus. Nicht zufällig wurde das Konzept im öffentlichen Dienst an einer Berufsgruppe mit alten korporativen Traditionen ausprobiert: bei den Zugführern. Die Revolte dagegen zeigt, daß die Arbeiter sich über den "politischen" Charakter der angewandten Kriterien sehr wohl bewußt sind. Denn in den französischen Unternehmen werden die Arbeitsverhältnisse von fett bezahlten und wenig qualifizierten, ineffizienten, hausgemachten leitenden Angestellten beherrscht, deren Kompetenz zu wünschen übrig läßt - konkretes Ergebnis einer Beförderungspolitik nach Bewährung! -, während die berufliche und kulturelle Bildung der Arbeiter und Angestellten in den letzten zwanzig Jahren sehr wohl vorangeschritten ist. Die Entwicklung des modernen Kapitalismus selbst erfordert dies: "Die Bildung der Arbeiter) in ihrer Gesamtheit hat sich schneller entwickelt als die speziellen Fähigkeiten der Intellektuellen"(10). Dies bestätigt sich in Frankreich, vor allem in den qualifizierten Berufsgruppen.

Die andere Konsequenz aus dem Rückgang der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht ist die Vertiefung der Kluft zwischen Arbeitern und leitenden Angestellten; der "Konsens im Betrieb" bekommt Risse. Dadurch löst sich ein weiterer Teil der Integrationsfunktion der Gewerkschaften auf. Der Werdegang der leitenden Angestellten, der vor allem nach den Kriterien von Bewährung verläuft, scheint mehr und mehr die Unterwerfung unter die Autorität der Vorgesetzten im Unternehmen kompensieren zu sollen, was Klassenantagonismen neu belebt. Mit dem Streik bei der SNCF trat diese Kluft zum ersten Mal seit Jahren völlig offen in einem Konflikt hervor und obendrein in einem Unternehmen, wo der Korpsgeist hoch entwickelt ist. In diesem Streik sind die leitenden Angestellten "die Gelben", die "Arbeitsposten" (Anti-Streikposten) aufstellen und die Streikbrecher auf den Zügen begleiten. Dadurch haben sie bewiesen, daß ihre Stellung im Betrieb mehr ihrer Unterordnung unter die Leitungsebenen als ihrer Qualifikation geschuldet ist.

Zwei Überlegungen als Schlußfolgerung.

Erstens, die massive Ablehnung der Eisenbahnarbeiter gegenüber der Lohnstaffelung nach Bewährung hat in der Arbeitswelt ein gewisses Echo gefunden, und zwar bei der großen Mehrheit der Arbeiter, die täglich das üble Verhalten von leitenden Angestellten dieses Typs erdulden müssen. Weniger als einen Monat nach dem Ende des Kampfes bei der SCNF brachen in der Privatwirtschaft kleine Streiks gegen die Bemessung des Lohns an der Bewährung aus (11). Zum zweiten hat - in dieser Krisenperiode - die Revolte das Heranreifen eines unter bestimmten Gesichtspunkten neuen Arbeiterbewußtseins möglich gemacht. Kein Zweifel: Das Ende der alten Arbeiterbewegung und die Krise ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen hat gleichzeitig den Untergang der alten Denkgebäude über die Veränderung der Gesellschaft zur Folge, der alten Vorstellungen von der "Revolution" als Machtübernahme durch ein "gut geführtes" Proletariat.

EIN AUSSERGEWERKSCHAFTLICHER STREIK

Eine Woche nach dem Beginn des Eisenbahnerstreiks ließ die liberale bürgerliche Presse Beunruhigung erkennen: "Ein Großteil der Streikenden stellt die Gewerkschaften selbst zur Diskussion. Mit dem Streik bei der SCNF präsentieren die Gewerkschaften der Regierung die Rechnung für ihre Schwächung"(12). Der Arbeitsminister sollte noch deutlicher werden: "Die Gewerkschaften haben nichts unter Kontrolle. Wir übrigens auch nicht. Jetzt rührt sich die Basis"(13).

So wild und unvorhergesehen er war, für die Eisenbahner selbst stellte der Streik keine Überraschung dar. Seit Jahren gärte die Unzufriedenheit und harte Konflikte waren ausgebrochen - auch während die Linke an der Regierung war (14). Die Bewegungen waren oft von der Basis ausgegangen, hatten ein Netzwerk informeller Verbindungen gewoben und Kampferfahrungen gefestigt. Aktive Kerne schlossen sich außerhalb des gewerkschaftlichen Rahmens zusammen, veröffentlichten Berichte, diskutierten (15). Stellenweise hatte die Unterstützung der Jugendbewegung den Aufbau solcher Gruppen und den Ausbau der Kontakte befördert (16).

Auf die inzwischen bekannte originelle Art inganggesetzt (17), hat der Streik innerhalb einer Woche den gesamten Schienenverkehr lahmgelegt. Da die korporativen Spaltungen stark waren, weitete sich die Bewegung zunächst bei den Zugführern massenhaft aus. Sehr schnell sind dann andere Personalgruppen (das "stationäre Personal") gefolgt, wenngleich der Streik bei ihnen auch nie von der Mehrheit getragen wurde (18). Der Hauptforderung der "Fahrenden" (Ablehnung der neuen Lohnstaffelung nach "Bewährung") haben die "Stationären" andere Forderungen die Arbeitsbedingungen und die Löhne betreffend hinzugefügt.

Was die Bewegung von Anfang an auszeichnete, war ihre außerordentliche Fähigkeit zur Selbstorganisation, eine sehr selbstbewußte Entschlossenheit ("Geschlossen, ruhig und hart" war die Devise der Lokführer von Paris Nord), sehr lebhafte Debatten über das Verhältnis zur Gewerkschaft und den Korporativismus sowie vor allem die Basisdemokratie und die Delegation von Macht.

Am Anfang der Sache steht die Entscheidung, selbständig zu handeln, außerhalb der Gewerkschaften, die Entscheidung, daß man sich von unten her zu organisiert und darauf achtet, daß die Kontrolle über den Kampf bei der Basis bleibt. Nun müssen die Gewerkschaften Stellung beziehen: dafür oder dagegen!

Dabei muß hervorgehoben werden: Der Konflikt war nicht antigewerkschaftlich, sondern außergewerkschaftlich. "Im Grund sind wir weder für noch gegen die Gewerkschaften ... aber diesmal entscheiden **wir**"(19); oder: "Die Gewerkschaft hat mit dieser Sache nichts zu tun. Und überhaupt, wenn wir auf die gewartet hätten, würden wir heute noch warten ...". Gewissermaßen eine Zersetzung also: vorn im Bild die Arbeiter, ihnen gegenüber die Direktion, seitwärts, im Hintergrund oder in Frontstellung die Gewerkschaften. Darüber flatterte die Warnung aus einem Flugblatt, das den Streik ins Rollen gebracht hatte: "Die Streikenden werden sich ihren Verpflichtungen gegenüber den Organisationen nicht entziehen, die ihnen die Unterstützung versagen." Das Ende vom Lied: die Gewerkschaften, vormals als die Organisationen der Arbeiter gesehen, werden jetzt als eine Institution betrachtet, die man kontrollieren muß, um sich die Mittel zu verschaffen. Und die Basis muß sich organisieren, damit die Werkzeuge der Kontrolle geschaffen werden. Alles so, als wollten die Arbeiter ihre Kräfte schonen, indem sie die Verhandlungsvollmacht an die Gewerkschaft delegieren, nicht aber die Vollmacht, in ihrem Namen zu entscheiden. Verhandelt wird von Anfang an nur unter einer Bedingung: das Projekt der Entlohnung "nach Bewährung" wird zurückgezogen.

Verständlich, daß die Spielregeln den Gewerkschaften nicht gefallen. Von den ersten Tagen an widersetzen sie sich den Aktivitäten der Basis, vor allem die CGT mit dem Vorwand, dies sei nicht der richtige Moment. Stellenweise bilden ihre Mitglieder sogar "Arbeitsposten", um die Eisenbahner an Versammlungen zu hindern und Streikkomitees zu bilden (20). Vor der Stärke der Bewegung mußten sie am Ende zurückweichen und versuchten dennoch, einen "Minimaldienst" aufrechtzuerhalten, was die Bahndirektion von ihrem Verantwortungsbewußtsein und ihrer Autorität überzeugen sollte. Aber auch hier werden die Gewerkschaften gezwungen, zurückzuweichen und sich der Entscheidung der Versammlungen zu unterwerfen, die den Zugverkehr vollständig lahmlegen wollen.

Und sehr schnell müssen die Gewerkschaften einsehen:"Wenn die Basis über die Forderungen entscheidet, gibt es keine gewerkschaftliche Linie mehr" (ein Verantwortlicher der CFDT). Völlige Übereinstimmung auch darüber, daß die Streikkomitees "das Risiko mit sich bringen, die gewerkschaftlichen Organisationen zu überspringen" (ein Verantwortlicher der CGT). Für die CGT "säen die Streikkomitees Ärger" und sind "ein Spaltungsfaktor". Einige klarsichtigere Gewerkschafter erkennen, daß "der Rückgang der Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften zu einer solchen Entwicklung geführt hat"(so ein Verantwortlicher der CFDT).

Um ihren Kampf selbst führen zu können, schufen sich die Arbeiter geeignete Organisationsformen: entscheidungsberechtigte Versammlungen, gewählte Streikkomitees mit weisungsabhängigen Delegierten. Weil die Kontrolle über den Informationsfluß eine der Grundlagen gewerkschaftlicher Macht ist, wird es alsbald notwendig, geordnete Beziehungen zwischen den verschiedenen Komitees herzustellen. So entstehen "Koordinationen" auf regionaler Ebene und für ganz Frankreich.

Manchmal geht das Bedürfnis nach direkter Demokratie so weit, daß die Streikenden jede Delegierung von Macht ablehnen. Selbst das Problem der "jederzeitigen Abwahl" wird aufgeworfen, es scheint aber, daß dies eher eine prinzipielle Frage war, die nicht in die Praxis umgesetzt wurde. Gleichwohl haben einige Streikkomitees eine Rotation der Aufgaben praktiziert, vor allem hinsichtlich der Aufgabe des Sprechers (so die Kontrolleure in Metz). Häufig haben die Streikkomitees Protokolle ihrer Versammlungen rumgehen lassen, sowohl in den anderen streikenden Bahnhöfen als auch in den Versammlungen, die von Gewerkschaftsseite angesetzt waren.

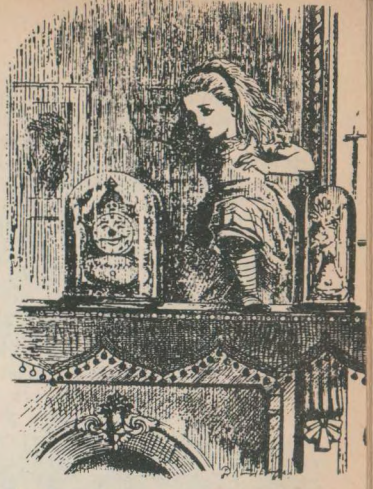
Die "Bewegung der Eisenbahnarbeiter" erkennt die Selbstorganisation als Haupterfordernis. Freilich: um Wirksamkeit entfalten zu können, muß die Selbstorganisation auf Einheit rechnen können, die gewerkschaftlichen und politischen Spaltungen überwinden. Nur die allerbreiteste direkte Demokratie macht sol-

che Ziele erreichbar. Ein zweites eigenständiges Element bei diesem Kampf war die allgemeine Sorge dahingehend, die Diskussion über Fragen der Selbstorganisation des Kampfes nur ja nicht abreißen zu lassen. Solche Ausmaße hatte dieses Bemühen seit Jahren nicht mehr angenommen. "Bei jeder Versammlung, seit einer Woche jeden Tag, diskutieren wir am Anfang eine Stunde über das Problem der Delegierung von Macht, von Vertretung, über das imperative Mandat" (Gewerkschaftsdelegierter, Paris St. Lazare). Natürlich hat es auch in der Vergangenheit Kämpfe gegeben, bei denen Formen von Selbstorganisation entstanden sind. Was Frankreich betrifft, so kann man zum Beispiel an den Mai '68 erinnern. Aber die wenigen Aktionskomitees, die sich damals bildeten, blieben isoliert und meistens außerhalb der Arbeitsstätten, wo die Gewerkschaften absolut dominierten. Anläßlich des wichtigen Streiks bei LIP kam es auf Initiative von Gewerkschaftern, die dem Apparat gegenüber mißtrauisch waren, zur Bildung eines Aktionskomitees. Aber dieses Komitee behielt ergänzenden Charakter und blieb abhängig von der Gewerkschaft, die in ihm ein Mittel zur Wiederbelebung ihrer Verbindungen zur Basis sah. Das gleiche gilt für die Fabrikräte in Italien zwischen 1968 und 1974 (21). Der SNCF-Streik ist dagegen eine umfassende Bewegung, die von außergewerkschaftlichen Basisorganisationen geleitet wird.

DIE KOORDINATIONEN ZWISCHEN KORPORATISMUS UND POLITISCHER ZELLENBILDUNG

Die Unterschiede zwischen den beiden wichtigsten "Koordinationen" der Streikkomitees bringen die Verschiedenheit und die Widersprüche in dieser Bewegung gut zum Ausdruck. Von Anfang an scheiden sich die Geister an der Frage des Korporatismus. In der Koordination der Lokführer, allgemein die von Paris-Nord genannt, sammeln sich nur die Vertreter der Lokführer. Die gruppenübergreifende Koordination, also die von Südwest, (Netz Paris-Austerlitz-Bordeaux), öffnet sich für die Vertreter der gesamten Breite des stationären Personals ebenso wie für die Lokführer. Andere werden sich quer zu diesen Merkmalen bilden, wie zum Beispiel die Koordination der Streikkomitees der Region von Rouen, wohin Versammlungsdelegierte verschiedener Berufsgruppen entsandt werden.

Prüft man genauer, wie sie vorgehen, so werden noch weit kompliziertere Gegebenheiten erkennbar. Die Koordination von Paris-Nord, die sich korporativ versteht, hat als einzige wirklich repräsentativen Charakter(22). Ihr erklärtes Ziel ist die Kontrolle über die Gewerkschaften, und zwar indem ihnen der Verhandlungsauftrag gegeben wird. Sie will eine "Informationsstruktur der Basis" sein, denn "der Streik wird von der Basis aus geführt, und die ist auch in der Lage, die Entscheidungen zu fällen".



Für die Lokführer ist der Korporatismus vor allem Ausdruck von Kastengeist, das letzte Aufbäumen einer "Eisenbahneraristokratie" vor dem Abdanken. So verstanden ist ihre Revolte gegen die Beförderung "nach Bewährung" ein Versuch, die Entwertung ihres Berufsstandes zu kapieren. Aber in der korporatistischen Wendung versuchen sie auch, der gewerkschaftlichen Vereinnahmung ihres Kampfes zuvorzukommen, die über die Verallgemeinerung der Forderungen inganggesetzt wird. Weil die Lokführer sich eine Verallgemeinerung jenseits des klassischen gewerkschaftlichen Handelns nicht vorstellen können, haben sie die Bedeutung der Aktionseinheit mit den anderen Berufsgruppen unterschätzt und so die Bewegung geschwächt.

Demgegenüber ist sich die "gruppenübergreifende Koordination" sehr wohl der Notwendigkeit bewußt, den Kampf über die korporativen Grenzen hinaus auszuweiten. Aber obwohl sie Zehntausende von Eisenbahnern vertritt, gelingt es ihr nie, ihren Einfluß auf das ganze Netz und verschiedene Berufsgruppen auszudehnen. Wegen des Kampfgeistes ihrer Mitglieder ist diese Koordination für die Macht und für die Gewerkschaften unangenehmer und sie spielt eine dynamischere Rolle im Streik. Sie entfernt sich mitunter von der Basisdemokratie und gibt den Aktivitäten einer Handvoll Militanter Raum, was es den Trotzkisten erlaubt, beherrschende Funktionen zu erobern und einen neuen Führungskern außerhalb der Basiskontrolle zu bilden. Ihre Anwesenheit erklärt zum Teil, warum diese Koordination versucht hat, sich als ein Verhandlungspartner aufzuzwingen. Denkbar, daß die Anwesenheit von "Politikern" auf das Bild dieser Koordination außerhalb und innerhalb der Bewegung abgefärbt hat. Aber es wäre übertrieben, wollte man daraus die Schwierigkeiten erklären, auf die sie bei der Ausweitung ihres Vertretungsmandats traf.

Wenn Trotzkisten an die Spitze des Streiks gehievt wurden, dann vor allem deshalb, weil sie von ihren Arbeitskollegen als die besten Kämpfer angesehen wurden und nicht, weil sie sich einer bestimmten politischen Linie zuordneten. Während der ganzen Auseinandersetzung haben sie sich übrigens wie Partisanen und Verteidiger der Selbstorganisation an der Basis verhalten (23). Einmal an die Spitze der Komitees gelangt, haben sie alles getan, um einen Teil der Macht dort zu erhalten, - das liegt schließlich in der Natur ihrer politischen Konzeptionen.

DER NEUE PROTAGONIST: DER NICHT-GEWERKSCHAFTLICHE STREIKENDE

Das neue und originellste Element dieses Streiks ist der Platz, den die Nicht-Gewerkschafter eingenommen haben. Zwar haben politisierte Linksgewerkschafter (Trotzkisten und Libertäre) der Bewegung wichtige Anstöße gegeben. Aber letztlich wirkte die aktive Präsenz von Nicht-Gewerkschaftern entscheidend auf den Entschluß der Eisenbahner ein, sich autonome Organisationsformen zu geben, - die einzigen, die es ermöglichen, die Einheit außerhalb der Gewerkschaftsstrukturen herzustellen. Die Versammlungen, die Streikkomitees wurden vor allem von den Nicht-Gewerkschaftern vorangetrieben. Die Präsenz ihrer Delegierten in den Streikkomitees war bemerkenswert, vor allem in den großen, militanten Depots. Im Bahnhof von Paris-Nord, von wo der Streik ausgeging, waren von 160 Fahrern nur 60 in der Gewerkschaft(24).

Dort hingegen, wo die Nicht-Gewerkschafter in der Minderheit waren, gelang den Gewerkschaften die Einmischung und den zwischengewerkschaftlichen Verbindungsleuten gelang die Errichtung wirksamer Hindernisse gegen die Bildung von gewählten Streikkomitees (25). "Am heftigsten ging es oft in den Bahnhöfen zu, von denen man nie zuvor etwas gehört hatte. Vor allem die Jungen (...). Ich bin seit 23 Jahren dabei, und es ist das erste Mal, daß sich Streikkomitees bilden. Manchmal habe ich etwas Angst, daß uns die Unorganisierten ihr Diktat aufzwingen", sagte ein CGT-Delegierter eines Depots in Lyon.

"Diese Bewegung hat gezeigt, daß es in Frankreich Gewerkschafter gibt, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind" (CFDT-Delegierter). Das Auftreten des nicht-gewerkschaftlichen Streikenden auf der gesellschaftlichen Bühne ist eine der Folgewirkungen aus der Krise der Gewerkschaften. Auch wenn gewerkschaftlicher Geist vorhanden ist - so stellt das Zurückweisen der gewerkschaftlichen Organisationsformen doch zweifellos ein Novum dar.

Früher stand der gewerkschaftlich nicht organisierte Arbeiter in der Regel rechts, war ein Individualist oder ein Original, äußerstenfalls jemand, der noch nicht gewerkschaftlich organisiert war. Und das erlaubte es den Gewerkschaften, die Herausbildung von paralleien Kampfstrukturen tolerant zu behandeln, weil diese ihnen letztlich die Basis zuführten, so bei LIP oder auch im Fall der oben erwähnten italienischen Fabrikräte). So erklärt sich auch, daß die Gewerkschaft die Basisorganisationen als Zeichen von "Arbeiterunreife" sah, als Ergebnis eines schwachen gewerkschaftlichen Organisationsgrades, als "Mangel an Bewußtsein"(26).

Heutzutage sagt der Nicht-Gewerkschafter offen, daß er außerhalb der Gewerkschaft steht. Er ist eine zuweilen mehrheitliche Komponente der Einheit der Arbeiter. Viele dieser Nicht-Gewerkschafter sind "Ehemalige", für die die Gewerkschaft eine Erfahrung der Vergangenheit ist. "Ist okay für mich, daß wir Delegierte haben, aber aus der Gewerkschaft trete ich aus", sagte ein Eisenbahner aus Paris auf der Versammlung. Es geht nicht mehr nur darum, ob das gewerkschaftliche Handeln wirksam ist oder nicht, es geht auch um die Machtverhältnisse, die aus ihm resultieren. "Früher war der Gewerkschaftsfunktionär ein Gott" erzählte ein Eisenbahner. "Wenn der Funktionär sprach, war das ein Hochamt. Jetzt ist es sehr viel schwieriger: Die Jungs haben ihr Ohr überall. Und vor allem sind sie durch die Medien informiert" (CGT-Delegierter). Das Ende also für eine Gewerkschaft, die den "spezialisierten", "kompetenten" und "informierten" Aktiven auf den Schild gehoben hatte.

In diesen Streik der Eisenbahner stiegen die Gewerkschaften steif und gezwungen ein und als Verlierer aus. Diesmal "blieben die Aufnahmescheine im Karton", bedauerte ein Gewerkschafter. Die Eisenbahner nahmen die Arbeit so wieder auf, wie sie sie niedergelegt hatten: mit einem Vollversammlungsbeschluß. Die Organisationsgebilde, die sie sich im Streik und für ihn geschaffen hatten, verschwanden mit dem Kampf.

"ETWAS ERREICHEN!"

Der große Streik ist am Ende isoliert und auf einen scharf umrissenen Sektor begrenzt geblieben. Wenn die Bewegung kurzatmig wurde, dann zum Teil aufgrund jener Isolation und seiner Orientierung nach innen mit ihren

Reflexen im Korporatismus. In einer von der Geißel der Arbeitslosigkeit zerschundenen Gesellschaft der "neuen Armut", der Prekarisierung und der Unsicherheit, könnte der Eindruck entstehen, ein solcher Konflikt sei in seiner Bedeutung lächerlich. Aber viele Arbeiter verfolgten ihn mit Interesse und Sympathie. Das gilt auch für die Jugendlichen, die zur Unterstützung des Streiks auf die Straße gegangen sind.

Sowohl durch ihre Fähigkeit zur Selbstorganisation wie durch ihre Sorge um direkte Demokratie hat die Bewegung dem Kampf neue Wege eröffnet. "Wir haben eine historische Chance. Die Organisierung von unten war nötig. Jetzt haben wir sie ohne Widerrede" (Delegierter des Streikkomitees von Rouen). In einer Krisenperiode war diese Organisation fähig, qualitativ Neues von umfassender Bedeutung zu fordern - insbesondere zu den Arbeitsbedingungen - und Bedürfnisse nach kollektiver Verantwortlichkeit gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu formulieren. Der Streik der Lehrer (Januar bis März 87) nahm die Forderungen anti-autoritären Inhalts, diese neuen Wünsche und Bestrebungen genauso auf wie das Organisationsmodell der Einheit von unten.

Die Krise des Systems und das Mißtrauen, das seinen politischen und gewerkschaftlichen Institutionen entgegengebracht wird, brauchen wir heute nicht mehr zu beweisen. Gleichwohl haben wir zu Beginn des Artikels die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß der Streik bei der SNCF eher als praktische Kritik einer bestimmten Art von gewerkschaftlichem Handeln, einer Variante des "Syndikalismus", denn als Infragestellen des Syndikalismus überhaupt zu verstehen ist.

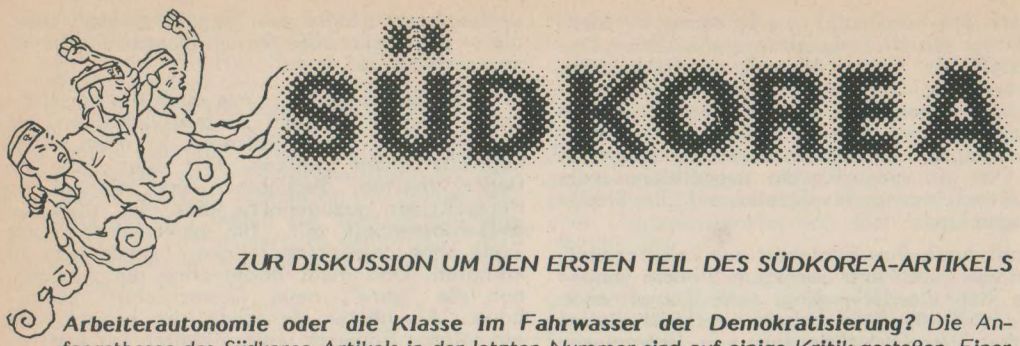
Die ganze Bewegung - wie auch die der Lehrer - gehört zu den Defensivkämpfen als gegenwärtiger Hauptströmung in allen alten kapitalistischen Zentren. Mit allem was an Begrenztheiten, Sackgassen und Mangel an Perspektiven dazugehört. Aber hier fällt die Entschlossenheit auf, für gewerkschaftliche Ziele ohne gewerkschaftliche Organisation zu kämpfen. Und mehr noch: ohne die Absicht, nun die "gute", neue Gewerkschaft aufzubauen. Als hätten sie schon klar gehabt, daß ein solches Bauwerk unvermeidlich zur Institution wird. Es geht hier nicht mehr um jene Zwischenphase im gewerkschaftlichen Bewußtsein, wo man versucht, die guten gewerkschaftlichen Prinzipien zu bewahren, und damit die Mängel der Gewerkschaften vertuscht, indem man sie regelmäßig als Kritik an den "schlechten Vorständen" formuliert. Diese neuen Ausgangspunkte sind charakteristisch für die gegenwärtigen gesellschaftlichen Kämpfe. Tausende von Arbeitern haben bewußt und verantwortlich im Winter 1986/87 an ihnen teilgenommen, und die Schwierigkeiten wie auch die neuen Möglichkeiten direkter Demokratie aufgezeigt.

Wie ein Streikender es ausdrückte: "Selbst wenn wir verlieren, haben wir etwas gewonnen ... Die Tatsache, daß wir uns bewegen, vielleicht."

Paris, April 1987

---

1. In den 70er Jahren hat die CFDT die Zahl ihrer Anhänger (nicht Mitgliederzahl sondern prozentualer Anteil bei Wahlen zu den betrieblichen Vertretungen) verdoppelt.
2. Le Monde, 7.11.1985
3. Maire, Edmond, Les syndicats sont indispensables à la modernisation. In: Le Monde, 28.10.1985
4. Maire, E. ebenda
5. Konopnicki, G., L'après communisme commence à la SNCF. In: Le Matin, 29.12.1986
6. Ein streikender Eisenbahner, nach Le Monde
7. Lipietz: L'Audace ou l'enlisement. Decouvertes
8. Lipietz: ebenda S.26
9. In der BRD haben 90% der Facharbeiter einen berufsbezogenen Abschluß; in Frankreich 50%.
10. Mattick, P., In: Le marxisme aujourd'hui, hier et demain. Editions Spartacus. 1983
11. Vgl. die Streiks bei der "Compagnie des Eaux" in Paris und bei "Manitou" in Nantes im Februar 1987.
12. Le Monde, 24.12.1986
13. Le Canard Enchaine, 24.12.1986
14. Im September 1983 und im September 1985
15. Vgl. G. Suze in: Le Matin, 5.1.87 und das Dossier über den Streik in Courant Alternatif, Februar 87
16. Komitee im Bahnhof von Orleans, in: Lutte Ouvrière, 27.12.1986
17. Ein nicht gewerkschaftlich organisierter Zugführer mit Standort Paris-Nord - der sich nie an gewerkschaftlichen Streiks beteiligt - verteilte ein Flugblatt mit dem Vorschlag, die Arbeit bis zur Erfüllung der Forderungen vollständig und zeitlich unbegrenzt einzustellen. "Wenn du hiermit einverstanden bist, dann mach von diesem Blatt ein paar Kopien und verteil sie."
18. Auf dem Höhepunkt der Bewegung befand sich schätzungsweise die Hälfte der insgesamt ca. 200 000 Eisenbahner im Streik.
19. Die Zitate entstammen verschiedenen Interviews und Artikeln in der französischen Presse.
20. In Ivry (Paris Südost), wo sich eins der größten französischen Depots befindet und wo die Betriebszellen der Kommunistischen Partei direkt dem Zentralkomitee Bericht erstatten, sollte die CGT Antistreik-Posten aufstellen. Ohne bedeutende Erfolge allerdings, da über den Streik abgestimmt wurde.
21. entfällt
22. Aus der Gesamtzahl von 97 Depots vertritt die Koordination 37, unter ihnen die größten. Sie unterhält Verbindungen zu 50 weiteren.
23. entfällt
24. In Juvisy, einem Depot, das die gruppenübergreifende Koordination aktiv unterstützt hat, waren 12 der insgesamt 19 Delegierten im Streikkomitee nicht gewerkschaftlich organisiert. Vgl. das Dossier in: Courant Alternatif, Februar 1987.
25. So im ganzen Südosten. Vgl. auch den Augenzeugenbericht über das Depot von Angers in: Courant Alternatif, Februar 1987.
26. Edmond Maire über den Streik bei Lip, in: Lip 73. Editions Seuil 1973



ZUR DISKUSSION UM DEN ERSTEN TEIL DES SÜDKOREA-ARTIKELS

Arbeiterautonomie oder die Klasse im Fahrwasser der Demokratisierung? Die Anfangsthesen des Südkorea-Artikels in der letzten Nummer sind auf einige Kritik gestoßen. Einer der häufigsten Einwände richtet sich gegen die dort vertretene Auffassung, die Abwesenheit der ArbeiterInnen im Juni-Kampf sei gerade Ausdruck ihrer Autonomie gegenüber dem politisch oppositionellen Bürgertum. Dieser Einwand ist auch von südkoreanischen StudentInnen zu hören, die die zunächst geringe Beteiligung der ArbeiterInnen auf mangelndes politisches Bewußtsein zurückführen. Es wird auch darauf hingewiesen, daß die Entwicklung vom studentisch-bürgerlichen Kampf zur Streikwelle der Sommermonate Parallelen zu Frankreich aufweist. Dort hätten die Eisenbahner und andere Klassensektoren die momentane Schwächung des Regimes durch die Studentenunruhen für die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen genutzt. Ein dritter Hinweis kritisiert den angeblich zu starken "Optimismus" des Artikels. Die Fabrikkämpfe drohten, sehr rasch in gewerkschaftliche Bahnen gelenkt zu werden. Die Abspaltung des bessergestellten Teils der Arbeiterklasse in den modernen industriellen Sektoren von der Slumbevölkerung und dem Heer der Tagelöhner biete die materielle Basis dafür.

Mit dem letzteren soll sich dieser zweite Teil ausführlich beschäftigen. Es ging uns nicht darum, übertriebenen Optimismus für die Zukunft zu verbreiten, sondern die "unter unseren Augen vor sich gehende Bewegung" einzuschätzen. Dazu müssen in der Tat die gängigen Sichtweisen auf den Kopf und die Analyse damit auf die Füße gestellt werden. Sicherlich, die ArbeiterInnen haben die Demokratisierungsankündigung des Regimes für sich benutzt. Und oberflächlich sieht es erstmal so aus, als reagierte das Regime mit der Ankündigung politischer Reformen auf den Druck der sich verbreitenden Massenkämpfe. In den großen Städten war es vor allem der Anschluß des Kleinbürgertums und der Büroangestellten gewesen, der zur Verbreiterung führte. All das wollen wir gar nicht bestreiten. Aber die Gründe für das Einlenken des Regimes liegen tiefer: Die 1980 erneut installierte Militärdiktatur hatte noch einmal versucht, dem Druck der stärker gewordenen Arbeiterklasse zu entkommen, sie mit barbarischen Methoden an jeder Organisierung zu hindern. Das Scheitern dieses Projekts war mit der Ausweitung der Kämpfe in die neuen schwerindustriellen Sektoren hinein offensichtlich. Erst auf diesem Hintergrund wird der Konflikt um die Regierungsform, d.h. die Frage der breiteren Machtbeteiligung der Bourgeoisie so brisant. Die Arbeiterklasse war also keine politisch von den Kämpfen des Bürgertums abhängige Kraft, sondern umgekehrt - und das kennen wir zur Genüge aus der europäischen Revolutionsgeschichte, eine neue Bourgeoisie versucht, sich auf dem Rücken des "vierten Standes" selbst an die Macht zu bringen. In der Kritik einer sich in Südkorea abzeichnenden "philippinischen Lösung", wie sie von einem Teil der Studenten und selbst von reformistischen Arbeiterführern vor den Wahlen geäußert wurde, ist dieser Zusammenhang klar ausgesprochen.

Die zeitliche und politische Trennung zwischen Juni-Kampf und Streikwelle, die Abwesenheit der ArbeiterInnen im Juni zeigt damit, daß sich die Klasse nicht so leicht für die kapitalistische Demokratisierung benutzen läßt; die Frage politischer Aufklärung und abfragbarer Bewußtseinsinhalte ist demgegenüber sekundär. Während der Juni-Ereignisse stellte ein Pfarrer fest: "Eine Textilarbeiterin verdient 90 000 Won, ein Arbeiter etwa 120 - 130 000 Won für 10 bis 12 Stunden tägliche Arbeit. Die Reform der Verfassung ist für sie eine abstrakte Frage, die sie kaum interessiert." An einigen Punkten greifen allerdings schon im Juni ArbeiterInnen in die Kämpfe ein. Dies geschieht überall dort, wo sie die Gelegenheit haben, eigenständig und mit ihren Forderungen aufzutreten. In Pusan zirkulieren Flugblätter mit den Forderungen: Abschaffung der Arbeitsausweise und des Lohnstops, Beachtung der Arbeiterrechte. In dieser südlichen Hafenstadt werden die Demonstranten von Taxifahrern unterstützt, auf einer großen Kreuzung geben vier Reihen von je sechs Bussen den Straßenkämpfern Deckung. Andere Berichte über eine Beteiligung von jungen ArbeiterInnen beziehen sich fast immer auf Arbeiterviertel, also Orte, wo sie selbst das Geschehen bestimmen können.

Als politische Studentengruppen während und nach der Streikwelle versuchten, die ArbeiterInnen vor den Fabriktoren zu einem Bündnis von Arbeitern und Studenten aufzufordern, stießen sie oft auf Ablehnung, was sie mit dem mangelnden "politischen Bewußtsein" in der Arbeiterklasse erklären. (Natürlich gab es auch eine Reihe von Fällen, wo es die alten oder neuen Gewerkschaftsführer waren, die auf Studenten einprügelten, um eine weitere Radikalisierung der kaum kontrollierbaren Belegschaften zu verhindern!) Aber auch hier liegt die Stärke der Klasse gerade darin, daß sie sich keinen ihr äußerlichen "Bündnisvorstellungen" unterordnet. "Sie sind sehr klassenbewußt. Sie fühlen sich in keiner Weise mit irgendjemandem verbunden, der kein Arbeiter ist." Diese Aussage eines Vertreters der außerparlamentarischen Opposition (Mintung Ryun) bringt auf den Punkt, worin die Stärke der Arbeiterautonomie zunächst einmal besteht: in dem Bewußtsein, eine ganz und gar besondere Klasse gegen die gesamte Gesellschaft zu sein. Dies ist noch kein "revolutionäres" Bewußtsein im engeren Sinn, aber es ist der einzige Weg, auf dem sich die Klasse als selbständige politische Macht begreifen und als solche gegen die ganze alte Gesellschaft stellen kann.

Untersuchung und Analyse der Kämpfe ist ein Prozeß. *Wir haben nicht den Anspruch, mit den Artikeln zu Südkorea oder andern Klassenkämpfen "in der Ferne" fix und fertige Resultate vorlegen zu können. Proletarischer Internationalimus - in der Analyse wie in der Praxis - ist auf authentische ArbeiterInnenkontakte angewiesen, kann sich nicht auf die Aussagen politischer Organisationen oder der bürgerlichen Journaille verlassen. Gerade für Südkorea ist das schon aus sprachlichen Gründen ein enormes Problem. Zumal es viele der politisch radikalsten Kräfte ablehnen, sich in der Sprache des Feindes - in Englisch - auszudrücken. Viele der Informationen, auf die wir für diese Ausarbeitungen zurückgegriffen haben, stammen aus kirchlichen oder bürgerlichen Unterstützungsgruppen und sind damit von den jeweiligen Interpretationen bestimmt. Deren humanistische und reformistische Logik zielt darauf, die verschiedenen Kämpfe und Terrains aufzusplittern und zu isolieren, denn nur so können die Leute zu Objekten einer von irgendwem verwalteten "Menschlichkeit" gemacht werden. So schließen viele Berichte über die Slumkämpfe mit der Forderung nach besonderen sozialstaatlichen Leistungen für sie, statt die Frage nach der tendenziellen Einheit der Klasse zu stellen. Viele Informationen sind durch die Forderung nach Gewerkschaften oder Sozialstaat gefiltert, klammern bewußt Verhaltensweisen in der Klasse aus, die diesen Konzepten widersprechen und lassen nur selten die ArbeiterInnen selbst zu Wort kommen. Theoretische Analysen kritisieren zwar diese Aufspaltungen, bleiben dafür aber in einem soziologisch-akademischen Marxismus stecken, der zwar wichtige Materialien zur inneren Klassenzusammensetzung liefert, aber nicht die lebendigen Formen dieser Zusammensetzung in den Kämpfen thematisiert. Und kritisch müssen wir auch die Berichte der radikalen Studenten lesen, solange deren stark am Leninismus orientierten Konzepte nicht in einer gemeinsamen Diskussion intensiver geklärt sind. Im Folgenden also eine weitere "Annäherung" - in der Hoffnung, daß sie die internationale Diskussion anregt.*

● **Hazard on the road:** *Hyundai workers protest, Ulsan*

TEIL II

Durch die Niederschlagung des Kwangju-Aufstandes und die anschließende Repressionswelle werden die sozialen Kämpfe massiv zurückgedrängt. Die Weltwirtschaftskrise 80/82 wird auch in Südkorea gegen die Klasse eingesetzt. 30% der japanischen Firmen kündigen ihren Rückzug aus Korea an. Die wenigen bekannt gewordenen Versuche dieser Jahre, sich wieder zu organisieren oder Streiks durchzuführen, werden von der neuen Diktatur brutal zerschlagen. Zehntausende wandern in die Konzentrationslager - sogenannte "Umerziehungslager", die für die Säuberungskampagne von Chun Doo Hwan eingerichtet werden. Anfang 1982 führen die jungen Arbeiterinnen des amerikanischen Elektronikkonzerns Control Data einen Kampf um höhere Löhne, der mit der Entlassung und Inhaftierung aktiver Arbeiterinnen endet. Er wird außerhalb Koreas nur bekannt, weil er bei einem ausländischen Konzern stattfindet und über kirchliche Kreise Öffentlichkeit in den USA geschaffen wird (iz3w 109).

Überhaupt sind die Kirchen und ihre Industriemission der einzige institutionelle Ort, den die ArbeiterInnen in dieser Phase für offene Organisierungsversuche nutzen können. Der Rückzug auf die Kirchen wird aber in dieser Phase zunehmend kritisiert, da ihre humanistische Unterstützungsarbeit zur Schranke und zum Hemmnis für den Klassenkampf wird. Unter den Bedingungen der Diktatur entwickelt sich eine neue organisatorische Aufbauarbeit im Untergrund, die versucht, die aus dem Aufstand von Kwangju gezogenen politischen Konsequenzen in die Praxis umzusetzen. Begleitet wird dies von einer breiten Diskussion über die koreanische Klassenstruktur, die von neuen universitären Studien, die sich an der westlichen Soziologie orientieren, bis zur intensiven Aufarbeitung der russischen Revolution und anderer Revolutionskonzepte im Untergrund reicht. Diese Jahre gelten daher nicht nur als Phase der blutigen Repression sondern auch als Aufschwung der politischen Theorie und Diskussion.

Und hinter der äußerlichen Ruhe an der Klassenfront entwickelt sich der Lohndruck der Arbeiterklasse weiter. Ende 1983 schreibt die NZZ, Korea brauche dringend 'Sachkapital' und 'Know-How', weil es "zu höheren Technologien übergehen muß, um die schon recht beachtlich gewordenen Löhne bezahlen zu können." Anfang 84 heißt es, trotz der geringen Inflationsrate könne sich das Regime aus Gründen der innenpolitischen Ruhe kein Einfrieren der Löhne erlauben.

CHRONIK DER KÄMPFE NACH 1980

Der Funke der Taxifahrer - 1984

Eine der ersten breiteren Bewegungen aus der Arbeiterklasse geht von den Taxifahrern in Taegu, der südlich gelegenen drittgrößten Stadt Südkoreas, aus. Die Arbeitsbedingungen der Taxifahrer in Südkorea sind äußerst schlecht: sie arbeiten für große Firmen in Schichten, die zwischen 18 und 22 Stunden dauern. Offiziell arbeiten sie nur jeden zweiten Tag, aber aufgrund der niedrigen Löhne fahren viele in den freien Tagen noch für andere Firmen. Die Fahrer erhalten einen geringen monatlichen Grundlohn, der nur bei Anwesenheit gezahlt wird und zusätzlich Prozente.

Am 25. Mai 1984 beginnen fünf Taxifahrer früh am Morgen mit einer Demonstration vor dem Rathaus in Taegu. Sie fordern mehr Lohn, Zulassung einer Gewerkschaft, Kranken- und Arbeitslosenversicherung und andere Schichtpläne. Ein paar Stunden später sind es bereits 300 Taxifahrer und gegen 9 Uhr blockieren 900 Taxifahrer mit ihren Wagen den Verkehr in der Innenstadt. Die Unternehmer willigen schließlich in die Forderungen ein; im Anschluß daran werden 60 Fahrer als Rädelsführer verhaftet. Aber in sieben anderen Großstädten und in Seoul greifen die Taxifahrer das Signal auf. Bis in den Juni hinein kommt es zu Streiks und Blockadeaktionen von Taxifahrern in allen Landesteilen. Diese rasche Ausbreitung und Zirkulation von Arbeiterkämpfen erlangte über diesen besonderen Bereich hinaus Bedeutung. Anläßlich des Streiks in der Kuro-Industriezone im folgenden Jahr schrieb eine gewerkschaftlich orientierte Unterstützungsgruppe:

"Als sich die Taxifahrer in Taegu im Mai letzten Jahres nach einer langen Phase der Ruhe erhoben, wurde der Kampfwille der ArbeiterInnen durch diesen Funken wieder entzündet. Seitdem vergeht in Südkorea kein Tag ohne Arbeiterkampf und bis heute gründeten sich wieder mehr als 200 freie, demokratische Gewerkschaften, die oft erfolgreich mutigen Widerstand leisteten."

Arbeitermacht in den Industriegebieten

Eine wichtige Auseinandersetzung entwickelt sich ab 1984 im Kuro-Industriegebiet, das am südwestlichen Rand von Seoul liegt. Etwa 100 000 ArbeiterInnen werden in den Textil- und Elektronikfabriken dieser Zone ausgebeutet. Ein großer Teil von ihnen wohnt in den umliegenden Siedlungen oder Slumvierteln. In verschiedenen Betrieben dieses Gebietes gibt es 1984 Versuche, unabhängige Gewerkschaften aufzubauen, die mit harter Repression und Rausschmiß beantwortet werden. Auf das

Kuro-Gebiet konzentriert sich auch die politische Arbeit von kirchlichen und studentischen Gruppen in Seoul.

Daewoo-Apparel ist mit 2800 ArbeiterInnen größter Textilbetrieb im Kuro-Gebiet. Das Anfangsgehalt für die 10-Stunden-Schichten betrug ca. 230 Mark. Der Konflikt in disem Betrieb ist typisch für die Art, wie das Kapital in Korea dem Arbeiterkampf begegnet: am 9. Juni 1984 wird eine unabhängige Gewerkschaft gegründet. Daewoo entläßt daraufhin GewerkschafterInnen oder schmeißt sie aus den Wohnheimen raus, organisiert eine Gegendemonstration und einen Fußballverein als Schlägertrupp. (In Korea organisieren viele Firmen einen Teil der männlichen Arbeiter oder Angestellten in einer Form von Freizeit-Werksschutz - den sogenannten "Love the Company"-Trupps.) Der Staat überprüft die Identität aller 2800 ArbeiterInnen, um politische Aktivisten zu enttarnen.

Am 17. Oktober begeben sich 100 ArbeiterInnen nach der Arbeit bis zum nächsten Morgen in einen Sitzstreik auf der Dachterrasse der Fabrik. Schließlich wird mit der Firma vereinbart: "Wiedereinstellung von 4 Entlassenen, Beendigung der ungerechten Arbeitskontrolle, Erhöhung des Bonus (spezifischer Lohnanteil in Korea) um 100%". Aber Daewoo weigert sich, den Vertrag zu erfüllen, da er in einer "schlechten Atmosphäre" zustandegekommen sei.

Daraufhin machen Gewerkschafter am 25.10. vormittags für 2 Stunden einen Sitzstreik im Zimmer des Vorsitzenden des staatstragenden Koreanischen Gewerkschaftsbundes (FKTU). Es werden schließlich die Dokumente über Verbesserungen ausgetauscht: 100 Won Lohnerhöhung pro Tag, Wiedereinstellung der vier Entlassenen, Bonuserhöhung, Anerkennung eines Tarifvertrages. Als die Gewerkschafter nachts in die Firma zurückkehren und mit 80 anderen ArbeiterInnen den Sieg feiern wollen, werden sie von betrunkenen Schlägern des Fußballvereins überfallen, mit Glasscherben angegriffen; 100 werden verletzt, einige müssen ins Krankenhaus; 95 werden von den Schlägern in einem Zimmer eingeschlossen und mit dem Tod bedroht; alle Unterlagen und Personalausweise verbrannt, Geld geraubt usw. Am nächsten Tag, dem 26., stoppt der Firmenchef um 8 Uhr die Arbeit und läßt alle ArbeiterInnen auf dem Sportplatz antreten; vier Stunden lang hetzt er gegen die Gewerkschaft und die "Roten" und läßt die Arbeiter dagegen "demonstrieren". Am Nachmittag wird diese Demonstration gegen die Gewerkschaft in jeder Abteilung unter Aufsicht der Meister fortgesetzt.

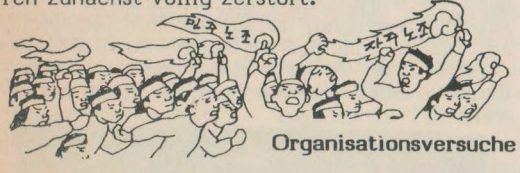
Im Mai 85 versuchen die ArbeiterInnen der Textilfabrik Daewoo-Apparel erneut, die Zulassung ihrer Gewerkschaft durchzusetzen. Als am 22. Juni 85 drei Frauen wegen politisch-gewerkschaftlicher Betätigung festgenommen werden, antworten 300 ArbeiterInnen mit einem Sit-In, das die ganze Fabrik lahmlegt. Am selben Tag schließen sich 1000 ArbeiterInnen in drei anderen Betrieben im Kuro-Gebiet dem Streik an. Zwei Tage später treten 600 ArbeiterInnen drei weiterer Betriebe in den Streik und am 28. Juni nochmals 120 ArbeiterInnen einer anderen Fabrik - insgesamt beteiligen sich 2000 ArbeiterInnen aus 9 Fabriken mit Solidaritätsstreiks. Das Industriegebiet wird von der Polizei abgeriegelt; trotzdem demonstrieren die ArbeiterInnen der verschiedenen Betriebe innerhalb der Zone. Am sechsten Streiktag stürmen Schlägertrupps Daewoo-Apparel und beenden den Streik gewaltsam, ohne daß irgendwelche materiellen Verbesserungen erzielt worden wären. Insgesamt gibt es sechs Schwerverletzte, etwa 100 Festnahmen und 200 Entlassungen. Trotzdem gilt diese Bewegung im Kuro-Gebiet als Wendepunkt in der Arbeiterbewegung, da es hier zum erstenmal zu solchen solidarisierenden Streikaktionen verschiedener Betriebe gekommen ist und nun industrieweite Bewegungen ins Auge gefaßt werden.

Das Kuro-Gebiet ist damit zum Symbol der Arbeitermacht in den Industriezonen geworden. In den 60er und 70er Jahren war die Industrie planmäßig in solchen Zonen konzentriert worden, um die kapitalistische Entwicklung gezielt voranzutreiben und um eine zentrale Kontrolle über die ArbeiterInnen zu haben. Nun entdecken die ArbeiterInnen, welche konzentrierte Macht sie daraus entwickeln können, daß sie in diesen Gebieten zu Zehntausenden zusammen arbeiten. In der Streikwelle von 1987 werden diese Zonen zu den zentralen Orten des Arbeiteraufstands.

Streik der Automobilarbeiter 1985

In anderer Hinsicht ist ein Streik in den Automobilfabriken von Dae-woo von Bedeutung. Der schwerindustrielle Sektor, in dem hauptsächlich Männer arbeiten, galt lange Zeit als befriedetes Gebiet. Zum einen sind die Löhne hier höher als in den Textil- oder Elektronikbetrieben, zum anderen betreiben die Großkonzerne eine extreme Politik der Selektion und Spaltung. Erst nach langwierigen Einstellungsprüfungen und Kontrollen werden die Arbeiter eingestellt und in den Betrieben wird ein ständiges Klima der gegenseitigen Bespitzelung geschaffen. Für gewerkschaftliche Aktivisten oder Studenten, die bewußt in solche Fabriken hineingingen, war die politische Arbeit dort sehr schwierig.

Im April 1985 gelingt es, bei Daewoo-Auto (General Motors) in der Nähe von Inchon (Pupyong) einen Streik der 2 000 Arbeiter für eine Lohnerhöhungen gegen die unternehmenstreue Gewerkschaft zu organisieren. Die Konzernleitung versucht den Streik zunächst dadurch zu unterdrücken, daß sie radikale Studenten unter den Organisatoren "entdeckt" und entläßt. Daraufhin beginnen die Arbeiter mit einem Sit-In-Streik und nach neun Tagen werden höhere Löhne zugestanden. Aufgrund des materiellen Erfolges kommt es daraufhin auch in anderen Großbetrieben zu Bewegungen, allerdings sind die bei Daewoo mühsam aufgebauten organisatorischen Strukturen zunächst völlig zerstört.



Organisationsversuche

Die Regierung versucht, die sich unausweichlich ausbreitende Streikbewegung mit der Jagd auf Studenten in den Betrieben einzudämmen. Im Sommer 85 werden der Öffentlichkeit die Fälle von 180 Studenten präsentiert, die in 85 Firmen mit falschen Papieren gearbeitet hätten. Nach der Besetzung der Konkuk-Universität in Seoul im November 1986, bei deren Räumung 1300 Studenten festgenommen werden, startet die Regierung einen Generalangriff auf Arbeiterzirkel und freie Gewerkschaften.

Neben einer Vielzahl von Untergrundzirkeln, die in den Fabriken und Arbeitervierteln aktiv sind, aber außer gelegentlichen Flugblättern kaum in Erscheinug treten, wagen sich einige Gruppen vorsichtig an die Öffentlichkeit. Im März 1984 wird der "Koreanische Rat für Arbeiterwohlfahrt" von prominenten gewerkschaftlichen Aktivisten der 70er Jahre gebildet. Er versucht einzelne Konflikte öffentlich zu machen und zu unterstützen, hält sich aber politisch sehr zurück. Von Studenten und Untergrundaktivisten, die im Rat mitarbeiten, wird diese Haltung kritisiert. Den alten "gewerkschaftlichen Helden" der 70er wird vorgeworfen, sie seien bequeme und unpolitische Funktionäre geworden. Die Arbeiter-Studenten gründen im August 1985 in Seoul einen eigenen Zusammenschluß: "So No Ryon" - Arbeitervereinigung im Norden (des Han-Flusses). Es folgt die Bildung von "Nam No Ryon" für den Südteil der Stadt und "In No Ryon" für das Gebiet der in der Nähe von Seoul gelegenen Hafenstadt Inchon. Diese Gruppen werden bekannter, weil sie trotz ihres Untergrundcharakters regelmäßige Zeitungen herausgeben. Sie unterscheiden sich nicht nur nach ihrer regionalen Präsenz sondern auch in politischen Fragen. Dabei geht es zum Teil um dieselben ideologischen Auseinandersetzungen, die unter den studentischen Gruppen ausgetragen werden. So No Ryon orientiert sich an dem Ziel, eine revolutionäre Arbeiteravantgarde herauszubilden, und warnt vor einer reformistischen Politik der gewerkschaftlichen Organisierung, wie sie in Westeuropa oder anderen kapitalistischen Ländern sichtbar sei. Nam No Ryuon hält dagegen die gewerkschaftliche Organisierung für den nächsten taktischen Zwischenschritt, wie sie sich überhaupt - im Unterschied zu SNR - am Konzept einer demokratischen Übergangsphase orientiert. Für beide Gruppen ist es wichtig, zur betriebsübergreifenden Organisierung in Form von Untergrund zirkeln und -netzen zu kommen. Die Konzentration der Fabriken und ArbeiterInnen in den Industriezonen bildet einen Ansatzpunkt für diese politische Praxis, die beim Streik im Kuro-Gebiet und bei koordinierten Lohnkämpfen in den folgenden Jahren wirksam wird.

Im November 1986 und im Mai 1987 werden viele Mitglieder dieser Gruppen verhaftet und bei den ersten Prozessen im Frühjahr 1987 zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Sie sitzen noch heute in den Gefängnissen, da sie als "Kommunisten" von den diversen Demokratisierungs-Amnestien nichts zu erwarten haben.

Slumkämpfe gegen Sanierung und Armut

Die Bewegungen, die von den Taxifahrern oder den Textilarbeiterinnen ausgingen, sind nicht zu trennen von den Kämpfen der Slumbevölkerung, die ab 1983 zunehmen. Denn diese ArbeiterInnen kommen zu einem großen Teil aus den Slums und ihre Löhne bilden einen Bestandteil des gesamten Familieneinkommens. Da die älteren Menschen in den Fabriken keine Jobs bekommen, sind sie auf Arbeiten im sogenannten "informellen Sektor", z.B. als Straßenhändler, oder auf Tagelöhnerjobs als Bauarbeiter angewiesen. Der Kampf gegen die Sanierungsprojekte ist immer auch ein Kampf um diese Einkommensmöglichkeiten, die durch die Vertreibung an die Stadtränder eingeschränkt oder zerstört werden.

Im Sommer 1983 finden vor dem Rathaus in Seoul gleichzeitig Demonstrationen von etwa tausend Straßenhändlern und den Bewohnern des Slumviertels Mok-Dong statt. Die Strassenhändler protestieren gegen ihre ständige Vertreibung aus der Innenstadt, wo sie die besten Absatzmöglichkeiten haben; die Bewohner von Mok-Dong gegen die geplante Sanierung ihres Viertels. Die Kämpfe gegen die Sanierung dieses Slums, die von August 1984 bis März 1985 andauern, bilden den Auftakt für eine ganze Reihe von Slumkämpfen. Dieser neue Kampfzyklus beruht auf einer verstärkten Sanierungswelle, die mit der Vorbereitung der Asien-Spiele von 1986 und der Olympiade von 1988 begründet wird.

Er drückt aber auch eine neue Subjektivität aus - die Slumbevölkerung organisiert sich besser und versucht zunehmend, über die einzelnen Viertel hinaus zusammenzuarbeiten. Zunächst bestanden die Slums vor allem aus Leuten, die vom Land kamen. Bis zum Ende der 70er Jahre waren die Hoffnungen dieser

Slumbevölkerung daher weiter aufs Landleben ausgerichtet. Sie kamen mit der Erwartung in die Stadt, in kurzer Zeit etwas Geld zu verdienen, um dann aufs Land zurückkehren und sich ein Stück Land kaufen zu können. Mitte der 70er Jahre geben laut Untersuchungen noch 30% der Slumbewohner an, daß sie zurück aufs Land wollen. Aber stattdessen geraten sie in den damaligen Boom der Arbeitsmigration aus Südkorea. Bei dieser Migrationswelle - vor allem in den arabischen Raum - bilden die Slums eine wichtige Arbeitskraftreserve. Von den Arbeitsmigranten stammen 30 - 40% aus der Slumbevölkerung. An den extrem niedrigen Löhnen und den prekären Einkommensmöglichkeiten bricht der Mythos von der Rückkehr aufs Land schließlich zusammen. Die Kämpfe der 80er Jahre enthalten diese neue Orientierung: Die jüngere Generation hat den Traum vom Landleben aufgegeben und geht daher nun entschlossener daran, ihre Überlebensmöglichkeiten in den städtischen Zentren einzufordern.

Das Viertel Mok-Dong ist selbst schon ein Resultat früherer Vertreibungen. Die heutigen Bewohner von Mok-Dong waren im Oktober 1964 von der Stadtverwaltung aus anderen Stadtteilen von Seoul vertrieben und auf Wagen der Müllabfuhr hierhergebracht worden. Jeder Familie waren etwa 30 qm Boden auf Zeit überlassen worden. Aus Holzplatten bauten sie sich ihre ersten Hütten, mit der Verbilligung des Baumaterials im Boom der 70er Jahre gingen sie zu stabileren Bauweisen über. Zum Zeitpunkt der Sanierung gibt es etwa 2 600 Besitzer von kleinen Häuschen im Viertel, in denen aber insgesamt 5 200 Familien, etwa 32 000 Menschen, wohnen.

Im April 1983 beschließt die Stadt Seoul, aus den Slumgebieten Mok-Dong und Shin-Cheong-Dong neue Stadtteile zu bilden. Die 'ungenehmigt' gebauten Häuser sollen dazu abgerissen werden. Die Stadt will die Neubebauung selbst durchführen und die Wohnungen dann mit beträchtlichem Gewinn verkaufen. Den Besitzern der ungenehmigt gebauten Häuser soll eine Entschädigung von umgerechnet 1200 DM gezahlt und außerdem ein Vorkaufsrecht für Wohungen in den neu zu bauenden Häusern zugesprochen werden. Dabei ist klar, daß sich keiner von den damaligen Bewohnern Mok-Dongs eine solche Wohnung leisten kann. Trotzdem wird mit diesen materiellen Angeboten die Mok-Dong-Bevölkerung gespalten, da sie nur für die "Hausbesitzer" gelten und diese ihre Vorkaufsrechte versilbern können. Um an die Vorkaufsrechte für die neuen Häuser heranzukommen, kaufen Spekulanten die ungenehmigten Haüser noch vor der Sanierung auf. Die kleinen Hausbesitzer können daher zusätzlich zu der Entschädigung 17 bis 20 000 DM beim vorzeitigen Verkauf erzielen. Die Spekulanten reißen sich auf diese Weise etwa ein Drittel der Häuser von Mok-Dong unter den Nagel.

Ursprünglich war geplant, die Bevölkerung von Mok-Dong bis zum 20. Mai 1984 aus dem Viertel zu vertreiben, was wegen der Proteste auf August verschoben wird. Am 23. Juli 1984 spricht eine Delegation der Bewohner mit dem stellvertretenden Bürgermeister von Seoul, aber die Stadt ist nicht bereit, ihre Pläne fallen zu lassen. Die Delegation fordert kostenlose Wohnmöglichkeiten in den neuen Häusern für die früheren Bewohner und richtet sich damit nicht mehr prinzipiell gegen die Sanierung, wie es die Studenten später wieder tun. Sie verlangen Überlebensmöglichkeiten im Rahmen der Sanierung und kritisieren, daß die Stadt aus den jahrelangen Bemühungen und Kämpfen der Slumbevölkerung um eine bessere Infrastruktur usw. Profit schlägt und mit der Sanierung riesige Gewinne macht. Mit der Forderung nach Entschädigungen für die Bewohner ohne Hausbesitz richten sie sich gegen die Spaltung der Slumbevölkerung.

Um den Unmut im Viertel kanalisieren zu können, richtet die Stadt eine Organisation der Bewohner ein. Als Antwort darauf gründen die Bewohner am 24. August 1984 ihr eigenes Mok-Dong-Komitee gegen die Sanierung, das am 27. in einem Stadion in der Nähe des Viertels eine Kundgebung abhält. Im Anschluß daran bildet sich ein Demonstrationszug von tausend Bewohnern. Immer mehr Menschen schließen sich dieser Demonstration an, und sie beginnen mit einem Sitzstreik vor dem städtischen Sanierungsbüro. Sie verlangen, daß der Bürgermeister von Seoul zu ihnen kommen soll. Es erscheint aber nur der Verwaltungsdirektor des Viertels und erzählt, wie sehr sie doch die Interessen der Bewohner zu berücksichtigen versuchten. 10 000 Leute gehen daraufhin zu der in der Nähe vorbeiführenden Zufahrtsstraße zum Flughafen Kim-Po und blockieren sie für drei Stunden. Außerdem blockieren sie eine Ringstraße und verursachen dadurch einen großen Verkehrsstau. Die Polizei geht mit Schlagstöcken und Tränengas gegen die Demonstranten vor. Eine alte Frau wird von einer Tränengasgranate am Kopf getroffen und bewußtlos von der Polizei weggeschleppt. Viele Frauen werden von den Polizisten verprügelt und etwa hundert Leute festgenommen. Am Abend zwischen 19 und 24 Uhr setzen etwa tausend Leute die Demonstration mit der Forderung nach Freilassung der Festgenommenen fort. Mit diesem ersten schweren Zusammenstoß werden die lang anhaltenden Kämpfe um Mok-Dong eingeleitet.

Proletarischer Tiger gegen Olympia-Maskottchen

GESPRÄCH MIT EINEM AKTIVISTEN DER NATIONALEN BAUERNBEWEGUNG, August 1987,

in einem winzigen Dorf irgendwo tief im Süden Südkoreas

Worin zeigen sich die Probleme der südkoreanischen Bauern?

Im Pachtproblem und im Schuldenproblem; beides hat mit der Agrarpreispolitik der Regierung zu tun:

Mit der Bodenreform noch durch die Amerikaner nach der Befreiung von Japan war auch das Pachtsystem beseitigt worden. Inzwischen sind 64% aller Bauern wieder Pächter. Von den rund 2 Millionen ha landwirtschaftlicher Fläche in Südkorea sind 650 000 ha gepachtet, also fast genau ein Drittel, wie vor der Bodenreform. Die Gesamtpachtsumme betrug 1986 500 Mrd. ₩ <etwa 1,3 Mrd. DM>; davon gingen 300 Mrd. ₩ an Grundeigentümer, die in der Stadt wohnten, also überhaupt nicht mehr selbst Land bebauen. Jeder Betrieb zahlt im Durchschnitt 410 000 ₩ Pacht im Jahr!

Wie stark sich die Zustände wieder denen vor der Bodenreform angenähert haben, zeigt sich auch daran, daß die Pacht rund 50% der Ernte ausmacht; das entspricht genau dem traditionellen Anteil schon seit der Yi-Dynastie <feudalistische Herrschaftsperiode von 1392 bis 1910>.

Und dann die Verschuldung. Während das allgemeine Einkommen zwischen 1979 und 1985 um etwa das 2,5-fache angestiegen ist, hat sich die Schuldensumme verelffacht. Bei einer Gesamtschuldsumme von 7000 Mrd. ₩ heißt das pro Betrieb 3,7 Millionen ₩ <knapp 10 000 DM>. Nach offiziellen Angaben (alle genannten Zahlen sind aus der offiziellen Landwirtschaftsstatistik) sind 30% der verschuldeten Betriebe nicht in der Lage, die Schulden zurückzuzahlen. Es hat in den letzten Jahren viele Selbstmorde gegeben. Darunter war auch ein Bauer, der von der Regierung als vorbildlicher Bauer ausgezeichnet worden war.

Die Landflucht geht weiter?

Am stärksten ist der Rückgang der bäuerlichen Bevölkerung in den bergigsten Gegenden (Korea ist ja insgesamt ein bergiges Land). In den ungünstigsten Lagen ist heute sehr viel Brachland, Häuser stehen leer; die Schulen sind geschlossen, weil es in den Dörfern nur noch weniger als zwanzig, manchmal nur fünf Kinder gibt, wo es früher über fünfzig waren. Die Alten bleiben zurück. Die von der Landwirtschaft lebende Bevölkerung ist in zehn Jahren von 50% auf 21% zurückgegangen. In den Städten leben die Bauern meistens von ungarantierten Jobs.

Wie wirkt die Preispolitik der Regierung konkret?

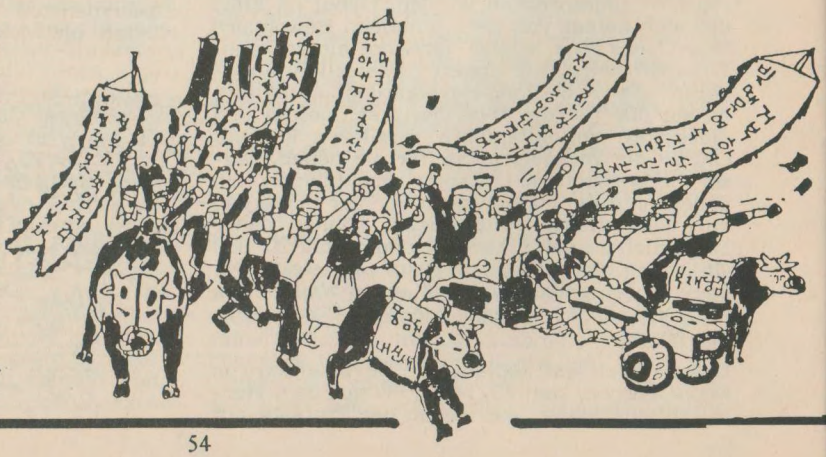
Dreh- und Angelpunkt ist noch immer der Reispreis. Im Durchschnitt stammen 40% der Einkünfte der Bauern aus dem Verkauf von Reis. Tatsächlich liegt der durchschnittliche Reispreis beträchtlich unter den Produktionskosten. Im Jahre 1986 ergab sich für die Bauern insgesamt ein Verlust aus dem Reisanbau von 6700 Mrd. ₩; das sind 3,3 Millionen ₩ pro Betrieb. Natürlich versuchen die Bauern auf andere Pflanzen auszuweichen (was wegen der speziellen Reisanbaumethoden äußerst schwierig ist) oder auf Vieh. Aber das verschiebt nur das Problem in einen anderen Bereich. Das Überangebot dort läßt sofort die Preise sinken.

Kauft die Regierung selbst den Reis auf oder setzt sie den Preis zentral fest? Oder bildet sich der niedrige Preis einfach infolge der Billigimporte auf dem Markt heraus?

Die Regierung kauft über die Hälfte der Reisernte zu einem von ihr festgesetzten Preis auf. Dieser Preis wird so festgesetzt, daß er - nach den Berechnungen der Regierung - mehr als die Produktionskosten deckt. Aber erstens werden die Produktionskosten viel zu niedrig angesetzt, und zweitens zahlen die privaten Aufkäufer für den Rest noch weniger, weil der Markt überfüllt ist.

Viele Bauern geben auf. Aber wie überleben diejenigen, die noch bleiben, wenn sie ständig Verlust machen?

Die Wege des Überlebens sind: 1) ganz niedrige Lebenshaltung, 2) weitere Verschuldung, 3) Kinder, die in der Stadt Arbeit finden, schicken Geld, 4) die Bauern nehmen selbst eine Nebenbe-



schäftigung an oder betreiben die Landwirtschaft nur noch als Nebenbeschäftigung, da sie dort noch ihre Wohnung haben.

Es gibt seit einigen Jahren eine Förderung der Industrieansiedlung auf dem Land, um die überschüssige Arbeitskraft aufzusaugen. Es gibt direkte Subventionen und niedrigste Grundstückspreise - und dann sind ja die Löhne auf dem Land nochmal um vieles niedrigerer.(*)

Reagieren die Bauern nur mit Landflucht oder gibt es auch Widerstand?

Direkten Einfluß auf die Preispolitik von seiten der Bauern gibt es nicht. Es gibt keine offiziell anerkannten Bauernorganisationen. Dennoch leisten die Bauern Widerstand - und nicht ohne Wirkung.

Zum Beispiel der Rinderkampf: Seit 1983 wurden ca. eine Million Rinder aus den USA importiert. Der Bruder des Präsidenten Chun war der Rinderimporteur. Der hat 60 Mrd. W Gewinn dabei gemacht. Der Importpreis war 400 000 W pro Rind, die Bauern mußten 800 000 W zahlen. Nachdem das Geschäft herauskam, gab es einen gewaltigen Preisverfall. 1985 kam es zu militanten Demos von Rinderbauern, die mit ihren Rindern und auch mit Traktoren, Wagen usw. auf die Straße gingen, insgesamt 22 000 Teilnehmer.

Ihre Forderungen waren: 1) Stop aller Agrarimporte und 2) volle Kompensation für die Rindfleischpreise. Tatsächlich sah sich die Regierung zu Zugeständnissen genötigt: Die Einfuhrbestimmungen wurden verschärft, der Rinderpreis seit 1985 wieder um 10 000 W erhöht. Aber die Forderung nach voller Kompensation ist noch nicht vom Tisch.

Gibt es weitere Beispiel für Widerstand?

Gerade jetzt im Juli gab es in der Provinz Cholla-Namdo Demonstrationen gegen die Pläne der Regierung, Knoblauch und Zwiebeln zu importieren. Der Polizeichef wurde mit Zwiebeln beschmissen und mußte ins Krankenhaus.

Auch Milch und Milchprodukte und auch Milchkühe sollen nach den Plänen der Regierung importiert werden. Daher gab es jetzt zum ersten mal eine Demonstration der Milchbauern; es waren mehrere Tausend, die nach Seoul gefahren sind, und dort demonstriert haben. Auch in der Provinz gab es überall Demonstrationen. In Masan waren es z.B. 500 demonstrierende Bauern. Daraufhin hat die Regierung eingelenkt.

Auch der Plan zum Bau einer Käsefabrik durch den Lotte-Konzern ist fallengelassen worden, nachdem die käseerzeugenden Bauern demonstriert haben.

Wie schätzen Sie das Bewußtsein der Bauern ein?

Bis in die 70er Jahre gab es unter den Bauern kein richtiges Bewußtsein über die Industrialisierungspolitik des Park-Regimes. Die Propaganda war damals sehr geschickt, unter dem Motto: Wir müssen zunächst alle den Gürtel enger schnallen, dann werden wir in einigen Jahren reich sein (jeder ein Auto und so). Bei Mißerfolgen suchten die Bauern meist die Schuld bei sich selbst: "Wir sind eben technisch schlecht ausgestattet und wissen zu wenig."

Das hat sich in den 80er Jahren grundlegend geändert. Die Bauern haben genau erkannt, daß die Agrarpolitik nicht für, sondern gegen sie gemacht wird. Siehe das Problem der Verschuldung. Daher sind die Bauern jetzt gegen das Regime eingestellt. Selbst bei einer Invasion von Nordkorea, mit der immer gedroht wird, hätten die Bauern nichts zu verlieren, weil sie praktisch nichts haben.

In welchem Verhältnis steht der Kampf der Bauern zu dem der Studenten, der Arbeiter usw.?

Im letzten Jahr war der Kampf der Studenten, der Arbeiter und der Bauern noch ein Kampf auf der ideologischen Ebene unter den Aktivisten. Diese Auseinandersetzung hat zu der Überzeugung geführt, daß der Klassenkampf im Zentrum stehen müsse. Das ist neu gegenüber den 70er Jahren. Früher ging es immer nur um den Reispreis usw. Jetzt erkennt man das Wesen der Diktatur und des amerikanischen Imperialismus. Der Kampf der Bauern ist jetzt eindeutig ein antikapitalistischer Kampf geworden.

Wir sind der Überzeugung, daß sich die Fortschrittlichsten in diesem Kampf nicht von den Bauernmassen isolieren dürfen. Das heißt, wir müssen im alltäglichen Kampf immer alle zusammenstehen. Dadurch kann gleichzeitig die politische Bedeutung dieses alltäglichen Kampfes deutlich gemacht werden und den Bauern wird ihre Rolle, die ihrer Klasse, bewußt. Die Hauptströmung sagt jetzt: Bauern im Bündnis mit der Arbeiterklasse.

(*) Die Industrieansiedlung in den ländlichen Regionen dürfte auch als Antwort auf die neuen Kampfbewegungen in den Industriegebieten zu verstehen sein, die ursprünglich als Kontrolle der ArbeiterInnen gedacht waren und nun zu Zentren des Widerstandes geworden sind. Das Arbeitsministerium unterstrich das ländliche Investitionsprogramm kürzlich mit Zahlen, nach denen der Anteil der in nicht-landwirtschaftlichen Bereichen Beschäftigten auf dem Lande zwischen 1960 und 1980 von 19% auf knapp 28% angestiegen ist.

KLASSENSTRUKTUR UND -DYNAMIK IN SÜDKOREA

Industrialisierung und informeller Sektor

Die Vertreibung der bäuerlichen Familien vom Land und die Abwanderung in die städtischen Ballungsgebiete ist kein gradliniger Prozeß von kapitalistischer Unterordnung. Nur ein Teil der Landflucht führt in die industriellen Ausbeutung. Die Menschen wandern in die Städte, um Einkommens- und Überlebensmöglichkeiten zu finden, nicht weil die Fabrik als solche eine verlockende Perspektive wäre. Die Versuche der Einkommensbeschaffung knüpfen an der bäuerlichen Produkionsweise an: Arbeit als formal selbständige Straßenhändler, Betrieb von Imbißbuden, kleinen Restaurants, Pensionen oder handwerklichen Kleinbetrieben. Oder sie verrichten sogenannte "einfache körperliche Arbeiten" als Tagelöhner im Baugewerbe. Der täglichen Disziplin in der Fabrik wollen sie sich nicht unterwerfen, schicken aber ihre Kinder dorthin, da ein Verdienst zum Unterhalt der Familie nicht ausreicht. Das rasche Anwachsen des industriellen Sektors wird daher von einer vergleichbaren Ausweitung des städtischen informellen (oder traditionellen) Sektors begleitet, wie die folgende Tabelle verdeutlicht.

Dieser breite informelle Sektor - zu einem großen Teil identisch mit der Slumbevölkerung - ist Ausdruck der Verweigerung gegenüber der Fabrikdisziplin, übernimmt aber gleichzeitig Funktionen für den kapitalistischen Akkumulationsprozeß. Er garantiert die Reproduktion einer billigen jugendlichen Arbeitskraft, übernimmt Funktionen der Kranken- und Altersversorgung, bildet eine Reservearmee von Arbeitskraft, die in Bezug auf die Fabrikarbeit lohndrückend wirkt. Zunehmend wird er auch direkter an den kapitalistischen Zyklus angekoppelt: kleine Handwerksbetriebe werden zu Zulieferern, deren Arbeitskosten noch unter denen der Fabriken liegen; die älteren Frauen oder invaliden Männer in den Slums erledigen Heimarbeit für die Textil- und Bekleidungsindustrie. Trotzdem bleibt der informelle Sektor ein Rückzugsgebiet und ein Rückhalt für die jungen IndustriearbeiterInnen in den Fabriken, sofern sie in einem familiären Zusammenhang leben. Der Staat versucht daher, einen ständigen Druck auf den informellen Sektor aufrechtzuerhalten: einerseits muß er in bestimmten Grenzen geduldet oder sogar gefördert werden, andererseits kontrollierbar bleiben, wozu die wiederholten Sanierungs- und Vertreibungsprojekte dienen.

In den 70er Jahren nimmt die Landflucht weiter zu, angetrieben durch die Politik der billigen Agrarimporte und durch Bodenenteignungen für Industrieansiedlungen. Seit Mitte der 70er wächst der Anteil der alleine vom Land Kommenden. Für die zurückbleibenden bäuerlichen Familien verschärft sich damit die Arbeitssituation, da die jugendlichen Arbeitskräfte fehlen. In den städtischen Fabriken werden sie außerhalb der Arbeit einer umfassenden Sozialpolitik der Firma unterworfen: sie leben in den werkseigenen Wohnheimen, nach der Arbeit wird ihnen eine schulische Weiterbildung durch werkseigene Lehrer 'angeboten' und selbst die Freizeit organisiert die Firma. Dieses extreme Modell soll die ArbeiterInnen vom städtischen Slumproletariat (oder auch den politisierenden Abendschulen) getrennt halten.

Aber Ende der 70er Jahre stößt das Modell der ständig erneuten Rekrutierung junger Arbeitskraft vom Land an seine Grenzen. In Zukunft werden es zunehmend die schon in den städtischen Slums groß gewordenen Jugendlichen sein, die in die Fabriken gehen. Anfang der 80er Jahre übersteigt die Beschäftigung im städtischen informellen Sektor erstmals die in der Landwirtschaft. Hier liegt die auf absehbare Zeit wichtigste Arbeitskraftreserve der kapitalistischen Akkumulation.

Daß der informelle Sektor diese Funktion tatsächlich erfüllt,

Erwerbstätige im modernen und traditionellen Sektor
auf dem Land und in der Stadt (in Tausend bzw. Prozent)

Jahr	Gesamt	moderner Sektor(%)	Traditionaller Sektor (%) Landwirtsch.	Nicht-Landw.	städtischer trad. Sektor
1960	7 028	7,1	65,9	11,5	15,5
1965	8 206	10,1	58,6	11,4	19,9
1970	9 745	15,3	50,4	11,0	23,3
1975	11 830	16,7	45,9	9,8	27,7
1981	14 048	24,7	34,2	9,0	32,1

Stand eines Straßenhändlers in Seoul - unmittelbar unter einem Schild "Straßenhandel verboten"

scheint ein Grund für das bisherige Gelingen des kapitalistischen Industrialisierungsprojekts in Südkorea (und einigen anderen südostasiatischen Ländern) zu sein. In anderen Ländern der Peripherie sind es gerade die Überlebens- und Rückzugsmöglichkeiten innerhalb des informellen Sektors, an denen eine schnelle Mobilisierung von Arbeitskraft für das internationale Kapital seine Schranken findet. Ein Grund für den bisherigen Erfolg des südkoreanischen Modells liegt darin, daß die mit dem 'Ost-West-Konflikt' legitimierte Entwicklungsdiktatur zugleich eine 'Bildungsdiktatur' ist. Obwohl der Besuch der weiterführenden Schulen nach der Grundschule formal freiwillig ist, wird auch einem Teil der Armutsbevölkerung 'Bildung' als einzige Überlebensperspektive aufgezwungen: zwischen 1970 und 1983 steigt die Zahl der MittelschülerInnen von 1,6 auf 3,9 Millionen, die Zahl der Studenten verfünfacht sich. Die breite Schulbildung wirkt als Instrument, um die Jüngeren in den 'modernen' Sektor hineinzuführen. Diese Modell bringt aber seine eigenen Widersprüchlichkeiten mit sich. Als Ende der 70er Jahre einige Firmen vor dem Problem standen, nicht genügend junge und ungebildete Arbeiterinnen in ihre Fabriken zu bekommen, da wurde dies in erster Linie auf die Ausweitung des Bildungswesens zurückgeführt. (Während sich die Zahl der Mittelschüler in den 70ern verdoppelte, vervierfachte sich die der Schülerinnen!) Und aus dem Bildungsboom geht die stärkste politisch radikalisierte Initelligenzia in Südostasien hervor.

Die Arbeiterklasse in und aus den Slums

Wir haben oben schon erwähnt, daß die neuen Kämpfe der Slumbevölkerung in den 80er Jahren dadurch bestimmt sind, daß die in den städtischen Ballungsgebieten Aufgewachsenen sich nicht mehr an der Hoffnung orientieren, eines Tages aufs Land zurückzukehren. Die Ansprüche, Erwartungen und Forderungen, die von dieser neuen Generation an ein Leben in der Stadt gestellt werden, machen vor den Fabriktoren nicht halt. Die jungen ArbeiterInnen stammen aus den Familien der Slumbevölkerung, deren Einkommensquelle eine Kombination von selbständigem Kleingewerbe, Tages- oder Heimarbeit und Fabrikjob ist.

Für einige Viertel von Seoul oder anderen Industriestädten gibt es genauere Untersuchungen zur Lebenssituation der FabrikarbeiterInnen, die die enge Verbindung zwischen Slumbevölkerung und Fabrikarbeit aufzeigen. Besondere Bekanntheit hat das **Kuro-Gebiet** durch zahlreiche Streikbewegungen bekommen. 1965 wurde dies noch kaum besiedelte Gebiet zum Planungsgebiet für Industrieansiedlungen erklärt und seit 1967 wurden dort mehrere Industriegebiete ausgewiesen. In der Folge entwickelten sich um die Industriezonen herum verschieden charakterisierte Wohngebiete: staatliche Entwicklungsgebiete, privatwirtschaftlicher Wohnungsbau und spontane Besiedlung, d.h. Slumviertel. Dabei stellt die typische Arbeiterwohnung in einer privaten oder staatlichen Mietskaserne kaum eine Verbesserung gegenüber den selbstgebauten Slumhäuschen dar. Sie befindet sich in den sogenannten "Hühnerstall-" oder "Bienenstock-Häusern" - Bezeichnungen, die in keiner Weise übertrieben sind. In diesen Häusern wohnen etwa 20 Familien mit durchschnittlich fünf Personen. Jede Familie bewohnt einen Raum von etwa 5 (fünf) qm, für den die aktuelle Miete bei 100 DM liegt.

Von den ArbeiterInnen in den Kuro-Fabriken wohnten 1980 etwa ein Drittel in eigenen Häusern, was Slum bedeutet, 27% in Wohnheimen und knapp 30% in Zimmer mit Kochgelegenheit zusammen mit der Familie oder KollegInnen - zum Alleinewohnen wären diese Zimmer zu teuer. Untersuchungen zu den Wohnformen der unter 18jährigen JungarbeiterInnen im Kuro-Gebiet zeigen, daß 42% zusammen mit der Familie wohnen, 26% mit Geschwistern oder KollegInnen und 26% in Wohnheimen. Mit gewissen Abweichungen gilt diese Situation für viele Industriegebiete - in einigen ist der Anteil der in Wohnheimen Lebenden höher, in anderen niedriger.

Im Kuro-Gebiet sind 80% der ArbeiterInnen unter 25 Jahre alt, ihr durchschnittlicher Lohn

beträgt 290 Mark, was etwas mehr als die Hälfte des offiziellen Existenzminimums für eine zweiköpfige Familie ist. Der durchschnittliche Fabriklohn der Frauen liegt nur zwischen 150 und 200 Mark. Diese Löhne können nur einen Bestandteil des gesamten Familieneinkommens darstellen. Verschiedene Fallstudien zur Berufsverteilung innerhalb von Slumfamilien geben an, daß etwa 20-30% der Familienmitglieder Fabrikarbeit ausüben, 20-40% sogenannte einfache körperliche Arbeiten (Tagelöhner), 10-15% 'unqualifizierte' Büroarbeit, 5-20% selbständige Tätigkeit wie Straßenverkauf oder Handwerk und 5-10% industrielle Heimarbeit. Dabei überwiegt bei den Männern die sogenannte Körperarbeit, bei den Frauen die Fabrik-, Büro- und Heimarbeit. Von den gesamten Familienmitgliedern gehen 95% irgendeiner Beschäftigung nach, wenn wir den zunehmenden Schulbesuch der Kinder mitrechnen; bei den Familienvätern sind es 65%.

Diese Angaben zur Einkommens- und Wohnsituation zeigen, daß ein großer Teil der jungen FabrikarbeiterInnen **Kinder der Slumbevölkerung** sind. Und da die industrielle Entwicklung Koreas weiterhin auf einem schnellen Generationswechsel der Fabrikbelegschaften aufbaut, wird der Slum zum zentralen Ort der Reproduktion der Industriearbeiterklasse werden. Mit anderen Worten, der Slum ist kein gesellschaftlicher Randbereich ("marginal"), sondern er steht im Zentrum der Kapitalakkumulation, und im Zentrum des Konstitutionsprozesses der Arbeiterklasse.

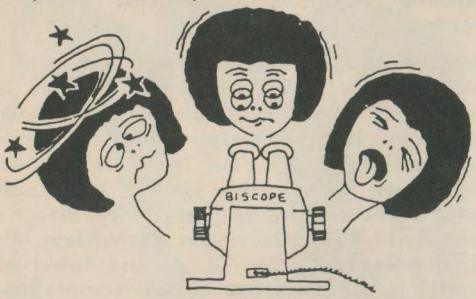
Auch die Arbeitskraft im informellen Sektor setzt sich damit neu zusammen. Sie besteht nicht mehr in erster Linie aus den vom Land kommenden bäuerlichen Familien, sondern aus ehemaligen FabrikarbeiterInnen. Das verdeutlicht die Aufschlüsselung der statistisch erfaßten Arbeitslosen nach ihrer beruflichen Herkunft: stammten 1960 noch 21,7% aus der Landwirtschaft, 13,2% aus der Produktion und 6,3% aus dem Verkaufsbereich, so hat sich diese Situation 1980 umgekehrt - 3,6%, 57,7% und 14,4%. Die Verschiebungen in dem Dreieck Landwirtschaft-Fabrik-Slum, die sich in den 80er Jahren zuspitzen, bilden den Kern der zunehmenden **Klassenpolarisation:** sowohl die selbständigen Existenzformen in der informellen Ökonomie sehen sich unmittelbarer mit dem Kapital konfrontiert, wie auch die verarmten Bauern auf dem Land, die nur noch als Arbeiterbauern oder in Abhängigkeit von der Fabrikarbeit ihrer Kinder überleben können.

(Dies sind die zugespitzten Thesen einer koreanischen Studie, aus der die hier angeführten Angaben zur Slumbevölkerung stammen. Sie setzt sich explizit mit politischen Konzepten auseinander, die die Slumbevölkerung als "marginale Klasse" betrachten und von daher zur reformistischen Forderung nach sozialstaatlicher Versorgung der Armut als "sozialer Schicht" gelangen. Dies ist z.B. die typische Sichtweise kirchlicher Unterstützergruppen.)

Mobilität und Aufstiegshoffnungen

Fabrikarbeit in Südkorea ist auch in den modernsten Sektoren weit entfernt davon, mit den hiesigen Formen 'garantierter Beschäftigung' vergleichbar zu sein. Das immer noch sehr geringe Durchschnittsalter der FabrikarbeiterInnen (verarbeitende Industrie, 1982: Männer 32, Frauen 24 Jahre) spiegelt einerseits die rasante Ausweitung der industriellen Ausbeutung wieder, beruht aber auch auf dem raschen Generationswechsel in den Fabriken, der schon durch die extrem langen Arbeitszeiten und die hohe Rate der Arbeitsunfälle und -krankheiten bedingt ist. Trotz einiger sozialstaatlicher Ansätze, die kaum das Niveau der Bismarckschen Reformen erreichen, gibt es daher in Südkorea absehbar keine Überlebensperspektive als Fabrikarbeiter - schon gar nicht als Arbeiterin.

Die Ausweitung der nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigung führt kaum zu einer Stabilisierung der Beschäftigungsverhältnisse. Im gleichen Maße wie die statistische Gruppe der 'Dauerbeschäftigten' wächst auch die Gruppe der 'Zeit- und Tagesbeschäftigten' an. 1983 stehen 4,5 Millionen Dauerbeschäftigten knapp 2 Millionen Zeit- und Tagelöhner gegenüber. Aber der Begriff 'Dauerbeschäftigte' ist irreführend: die durchschnittliche Beschäftigungsdauer in der verarbeitenden Industrie beträgt (1982) für Männer 3,7 und für Frauen 2 Jahre.



Was dem koreanischen Industriesystem in seiner Aufschwungphase (neben der Repression) angesichts dieser Lebensbedingungen eine gewisse Stabilität verliehen hat, waren die an die Expansion geknüpften Aufstiegshoffnungen. Die hohe Fluktuationsrate in der Industrie (monatlich 6-7%) ist Ausdruck der ständigen Suche nach besseren Arbeitsgelegenheiten. Die extreme Staffelung der Löhne für gleichartige Arbeiten nach individuellen Kriterien wie Arbeitsdisziplin, Firmentreue oder Schulbildung bestätigt zunächst einmal die Hoffnungen auf individuelles Fortkommen. Daher werden auch so große Hoffnungen auf eine Schulbildung gesetzt und selbst die ärmsten Familien versuchen, wenigstens einen Sohn auf die weiterführenden Schulen zu schicken.

Der Kern dieser Hoffnungen besteht darin, eines Tages dem Dasein als Arbeiter entfliehen zu können. Das gilt auch für einen großen Teil der jungen Arbeiterinnen, die diese Hoffnungen auf die Heirat des richtigen Mannes richten. Umfrageergebnisse, nach denen sich die Mehrheit der südkoreanischen Bevölkerung als Mittelstand begreift, drücken nichts anderes als diese Hoffnung aus, endlich mit der Quälerei in der Fabrik Schluß machen zu können. Dieser Mythos bricht dann zusammen, wenn die bessere Schulausbildung, der Job bei einer großen Firma und selbst der relativ hohe Lohn in einem Automobilwerk oder auf der Werft aus dem Dasein als Arbeiter nicht herausführen; wenn klar wird, daß sie dich genauso wie zehntausende Arbeiter um dich herum um diese Hoffnungen betrogen haben. Es ist daher nicht so verwunderlich, daß die härtesten Kämpfe des Sommers 1987 gerade in solchen Industriesektoren stattfinden, die bislang als privilegiert und befriedet galten; und daß sich die Kämpfe gerade hier ausdrücklich gegen den Individualismus, die Konkurrenz, die Spaltungen untereinander richten.

"Spontan, führerlos und offenbar jenseits irgendeiner institutionellen Kontrolle ..."
(Korean Herald, 19. August 87)

Die Streikwelle im Sommer '87

Aber die Streiks des Sommers bleiben nicht auf die Schwerindustrie oder irgendeinen besonderen Sektor beschränkt. Selbst Golfjungen auf einem Platz für die Oberschicht aus Seoul treten in den Streik. Im Kuro-Gebiet hatte das Kapital schon über Arbeitskraftprobleme gejammert, bevor es im August auch dort zu Streiks kommt. Ein koreanisches Wirtschaftsblatt berichtet, *"daß es etwa vielen Textilfabriken ... immer schwerer fällt, überhaupt noch Beschäftigte zu finden. In der Kuro-Industriezone im Süden Seouls hätten sich beispielsweise nur 15 junge Frauen auf ein Inserat gemeldet, mit dem 200 Fließbandarbeiterinnen gesucht wurden."*
(Wirtschaftswoche, 28.8.)

"Werft- und Bergarbeiter, Busfahrer und selbst Popsänger veranstalteten Proteste, und kleine Firmen wurden genauso hart wie die großen getroffen. In Inchon, einer Hafenstadt westlich von Seoul, brachten Auseinandersetzungen kürzlich den Betrieb in über 20 Klein- und Mittelbetrieben zum Erliegen, einschließlich Maschinen-Werkstätten und Herstellern von Fahrstuhlteilen, Möbeln und Musikinstrumenten. ...

'Es ist wie ein Buschfeuer', sagt ein Aktivist. 'Es entsteht an einem Ort und verlöscht vielleicht wieder. Aber bevor es verlöscht, bricht es woanders aus. Wenn es in einer großen Firma ausbricht, springt es auf die Tochterfirma (Zulieferer) über. Und wenn es dort zurückgeht, hat es sich bereits auf eine andere Tochterfirma ausgeweitet.' " *(Korean Herald 19.8.87)*

Das koreanische Akkumulationsmodell beruht darauf, daß es den großen mit dem ausländischen Kapital verbundenen Konzernen gelingt, über Zulieferstrukturen beträchtliche Mehrwertmassen aus den Kleinbetrieben und Teilen des informellen Sektors abzuziehen. Auf diese Weise konnten sie bisher diesen Abschnitt der Arbeiterklasse kontrollieren, ohne sich direkt mit ihm konfrontieren zu müssen.

In der Streikwelle werden die Konzerne aber gerade auch von diesem Klassenteil, der weit schlechteren Arbeitsbedingungen und Löhnen ausgesetzt ist, massiv unter Druck gesetzt. Montagezentren müssen dicht machen, weil Teile fehlen - oder Streikbewegungen springen von dort auf die Kleintriebe über, so daß die Produktion weiterhin blockiert bleibt. Die Hyundai-Automobilfirma rühmt sich ihrer produktiven Zulieferstrukturen: die Lagervorräte an Montageteilen reichen für höchstens 1 1/2 Tage. Dieses Niveau von produktiver Kooperation haben die Arbeiter jetzt in schachbrettartigen Streikbewegungen zur Blockade des Verwertungsprozesses eingesetzt. In Ulsan und Umgebung befinden sich zeitweise 4000 Klein- und Mittelbetriebe, die mit dem schwerindustriellen Industriekomplex von Hyundai verbunden sind, im Streik, oder müssen die Produktion unterbrechen.

Für den Zeitraum 25. Juli bis 25. August schlüsselt das Wirtschaftsministerium die Produktions- und Exportverluste wie folgt auf (KH, 28.8.):

"Am stärksten getroffen wurde die Automobil- und Autoteileindustrie mit 265,6 Mrd. Won Produktionsverlusten, gefolgt vom Schiffsbau mit 101,5 Mrd., der Elektronikindustrie mit 80,4 Mrd., der Stahlproduktion mit 29,1 Mrd. und der Chemischen Industrie mit 27,7 Mrd. Won.

Auch beim Export ist es die Automobilindustrie, die mit 149,2 Mill. $ die größten Exportverluste erleidet. Bei der Elektronikindustrie sind es 39,7 Mill., beim Schiffsbau 21,3 Mill. und bei der Textilindustrie 17,1 Mill. $."

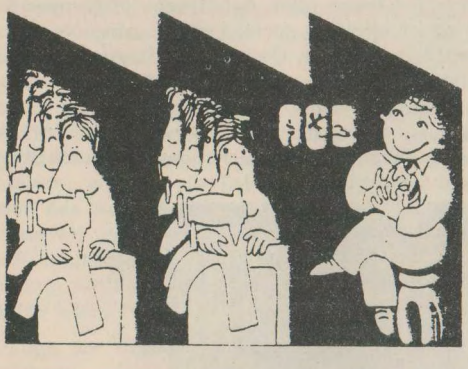
Der Kampf um Klasseneinheit

Bei fast allen Streikbewegungen, über die wir Genaueres wissen, stellen die ArbeiterInnen Festgeldforderungen auf. In den hiesigen Medien ist das oft wieder in Prozentsätze umgerechnet worden, was das Bild verfälscht. Da die Lohnfrage oftmals erst an zweiter Stelle hinter der 'Forderung' steht, mit den Spaltungen und der Konkurrenz unter den ArbeiterInnen Schluß zu machen, muß diese Form der Lohnforderung als bewußter Angriff auf die extreme Staffelung der Löhne verstanden werden.

Um die Frage einheitlicher Löhne geht es auch bei der Streikbewegung in Ulsan. Ein Grund für die Härte dieser Auseinandersetzungen ist die Weigerung der Hyundai-Konzernspitze, sich auf zentrale Lohnverhandlungen einzulassen. Jede Firma sollte unter Berücksichtigung ihrer 'Gewinnsituation' gesonderte Lohnerhöhungen aushandeln. Erst als die Regierung am 18. August direkt eingreift, da die Militanz dieses Kampfes aufs ganze Land ausstrahlt, willigt der Konzern in zentrale Verhandlungen ein. Diese Anerkennung der Gewerkschaft und die scheinbar auf der Seite der Arbeiter stehende Regierungsvermittlung verhindern es aber nicht, daß noch am selben Tag 4000 Arbeiter eine Protestversammlung gegen diesen Kompromiß durchführen.

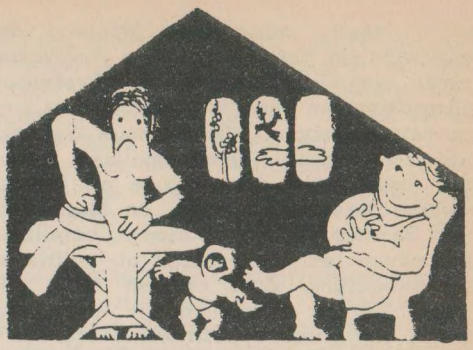
Der Kampf gegen die verschiedenen Formen der Spaltung muß in gleichem Maße, wie er sich gegen das Kapital richtet, innerhalb der Klasse ausgetragen werden. In vielen Situationen ist dies auf äußerst militante Weise geschehen. In der Metallfabrik von GoldStar in Seoul hindern Arbeiter die Angestellten mit Gabelstaplern am Betreten der Firma und es kommt zu Schlägereien. Immer wieder wird über gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Fließbandarbeitern und Angestellten berichtet. Bei den Streiks der Taxifahrer werden Selbstfahrer, die weiterarbeiten, mit Steinen angegriffen und ihre mühsam ersparten Fahrzeuge demoliert.

Für die Arbeiterinnen, die seit den 70er Jahren die führende Rolle in den Kämpfen gegen die exportorientierte Industrialisierung einnehmen, ist die Auseinandersetzung mit den männlichen Angestellten nichts Neues. Auch im letzten Sommer versuchen die Firmen der Textil- und Elektronikindustrie, Krankenhäuser oder Hotels, männliche Arbeiter oder angeheuerte Schläger gegen die Streikenden einzusetzen. Auffällig ist aber auch, daß in mehreren Pressekommentaren die besondere Bedeu-



tung der Frauendiskriminierung herausgestrichen wird. Mangels genauerer Informationen zitieren wir zur Beteiligung und Rolle der Frauen - sowohl als Arbeiterinnen wie als Familienangehörige - aus einem Brief des "Koreanischen Arbeiterinnen-Komitees", das sich im März 87 als Abspaltung aus dem "Rat für Arbeiterwohlfahrt" bildete.

"Besonders bemerkenswert ist die breit entfaltete Beteiligung der Arbeiterfamilien an den Kämpfen im Juli und August. Wie bereits bekannt wurde, nehmen die Frauen der Bergarbeiter seit drei Jahren eine sehr aktive Rolle im Kampf ein. Sie spornten ihre Männer zu Streiks und Besetzungen an, wurden früher als die Männer aktiv und führten die Kämpfe an. Auch dieses Jahr waren es mehr noch als die Männer die Frauen, die einen ausgezeichneten Kampf führten. Sogar die Schulkinder haben sich an diesen Kämpfen beteiligt, wobei sie die Kleinkinder auf dem Rücken oder im Arm mit sich trugen. Dabei wurden die Landstraßen und Schienen für den Kohletransport besetzt und inmitten von Tränengasschwaden äußerst harte Kämpfe geführt. Diese Ereignisse bildeten einen Anstoß für die Frauen der Taxifahrer, die Frauen und Familienangehörigen der Fabrikarbeiter, für die Krankenschwestern, die Arbeiterinnen in den Kaufhäusern und die BüroarbeiterInnen, und auch für die Angestellten bei der Koreanischen Industrie-und-Handelskammer und der Koreanischen Handelsgesellschaft. Seit einer gewissen Zeit gibt es Dienstleistungs-Firmen, die selbst keine Arbeitskraft verwenden, sondern die Leute nur einstellen und dann als Arbeitskraft zu anderen Firmen schicken



<Leiharbeit>. Dadurch werden diese ArbeiterInnen doppelt ausgebeutet (da sie von ihrem Lohn eine Vermittlungsgebühr an diese Firmen zahlen müssen). Auch diese ArbeiterInnen (z.B. Hilfspolizisten, Putzfrauen und -männer, Wachpersonal und ArbeiterInnen bei den Fluggesellschaften NWA und JAL) haben für die Abschaffung ihrer doppelten Ausbeutung gekämpft. Und es gab Streiks der ArbeiterInnen in den Restaurants."

Streiks für Gewerkschaften und gegen Kontrolle?

Die Forderung nach 'freien Gewerkschaften' steht neben den Löhnen und Arbeitsbedingungen im Mittelpunkt der meisten Streikbewegungen. Die neue Gewerkschaftsbewegung erhält ungeheuren Auftrieb. Seit Anfang Juli entstehen über tausend neue Gewerkschaften, in 4000 Betrieben wird um die Demokratisierung der bestehenden Gewerkschaften gekämpft. Bis Anfang September bekommen die Gewerkschaften 363 760 neue Mitglieder und von den insgesamt 900 000 Mitgliedern des Koreanischen Gewerkschaftsbundes gehören über 40% den neuen Gewerkschaften an.

Aber die Streikwelle des Sommers wird keineswegs von einer funktionierenden gewerkschaftlichen Vermittlung bestimmt:

"Die grundsätzliche Misere des hiesigen Gewerkschaftswesens ist sein Mangel an legitimierter und übereinstimmender Organisation und Führerschaft. Die alten Gewerkschaftsapparate sind diskreditiert und schwach. Neue Organisationen und Führungen, die die Situation unter Kontrolle halten und frei verhandeln können, müssen erst noch entstehen. Unter diesen Bedingungen können Splittergewerkschaften und Wildcat-Streiks zwangsläufig gut gedeihen."

Diese Bemerkung stammt aus einem Kommentar zum Lohnabschluß bei der Daewoo-Werft auf der Insel Koje. Besonders gerühmt wird der beteiligte Gewerkschaftsvorsitzende, da er sich von 'extremistischen' Kräften unter den Arbeitern nicht habe einschüchtern lassen. Dieser als 'links' geltende Gewerkschafter wird von einem Teil der Arbeiter an zwei

Punkten massiv angegriffen: Während des Streiks wird ein Werftarbeiter von der Polizei getötet, was zu landesweiten Protesten, Straßenschlachten und der Aufforderung zum Generalstreik führt. Daß die neue Gewerkschaft trotzdem zu einem schnellen Lohnabschluß kommt, gilt dem Regime als bemerkenswerte Bereitschaft, sich an einer politischen Beruhigung der Situation zu beteiligen - aber einem Teil der Arbeiter als politische Bankrotterklärung. Zum zweiten trifft der Lohnabschluß, der übrigens durch Vermittlung zweier prominenter oppositioneller Kirchenleute zustande kam, auf den Widerstand der Arbeiter, weil er außer der niedrigen Höhe auch neue Spaltungslinien enthält. Zunächst fordern die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 175 DM (bei einem Durchschnittslohn von 640 DM). Die Gewerkschaft vereinbart mit der Unternehmensleitung 110 DM, die aber einen Familienzuschuß von knapp 40 DM enthalten, den nur verheiratete Arbeiter bekommen. Arbeiter, die vor dem Hospital den Leichnam des getöteten Arbeiters bewachen, quittieren den Abschluß mit Pfiffen, einige tausend Unverheiratete protestieren gegen das Spaltungsmanöver.

Weder den alten noch den neuen Gewerkschaften oder Vertretern gelingt unmittelbar eine wirksame Kontrolle - in allen Bereichen kommt es nach bereits ausgehandelten Abkommen und vorübergehender Wiederaufnahme der Arbeit erneut zu Streiks, bei denen dann auch die "neuen" Vertreter wieder in Frage gestellt oder als "unternehmerfreundlich" in die Wüste geschickt werden. Auch wenn die Streiks immer "für" gewerkschaftliche Organisierung geführt werden, so sind sie im Kern Kämpfe "gegen" die existierenden Gewerkschaften oder Vermittlungsinstanzen. Die Hoffnungen des koreanischen und internationalen Kapitals richten sich auf die Herausbildung eines funktionierenden Gewerkschaftswesens. Und viele der neuen Führer haben einen Vorgeschmack davon gegeben: sie beteiligen sich an der Hetze gegen 'auswärtige Radikale', vereinbaren Überstunden zum Nacharbeiten der Streikverluste usw. Aber trotz der durchschnittlichen Lohnerhöhungen von 20% ist allen klar, daß sich erst in diesem Frühjahr zeigen wird, ob diese Gewerkschaften die Arbeiter kontrollieren können oder ob sich der Lohndruck explosiv ausweitet. Der koreanische Staat ist noch weit davon entfernt, die Klasse mit sozialstaatlichen Instrumenten integrieren zu können. Und die Tatsache, daß die Streiks im letzten Sommer nicht auf einzelne Sektoren oder ArbeiterInnengruppen beschränkt blieben, spricht gegen eine absehbare Stabilisierung der Gewerkschaften als Facharbeitervertretung, wie sie sich in Europa durchgesetzt hat. Gewerkschaftlicher Reformismus, proletarischer Riot oder revolutionärer Aufstand - diese Frage ist noch längst nicht entschieden.

Demokratische Übergangsphase oder Revolution

Diese Fragen stehen auch im Mittelpunkt der Diskussion unter den revolutionären Kräften in Südkorea. Sie werden sowohl an den Universitäten wie innerhalb der Untergrundzirkel in den Fabriken oder den Slums diskutiert. Im Rahmen dieser Diskussionen hat sich in den letzten Jahren eine Kontroverse zwischen zwei Hauptströmungen, die sich beide in gewissem Sinne als leninistisch verstehen, herausgebildet. Sie ist bis Anfang 1987 sehr heftig und manchmal auch handgreiflich ausgetragen worden, und wurde dann unter dem Eindruck der Ausweitung zur Massenbewegung zurückgestellt. Im Rahmen des Junikampfes und der Streikwelle haben sich manche Streitpunkte dieser Kontroverse verschoben und Gruppierungen neu zusammengesetzt, weshalb die folgende Skizzierung gegenüber den aktuellen, konkreten Diskussionen zu grob bleiben muß.

Die beiden ideologischen Hauptströmungen werden als "Minmintu" und "Chamintu" bezeichnet. Der Kern ihrer Differenz besteht in dem Vorrang, den sie entweder der sozialen oder der nationalen Frage geben. Für **Chamintu** steht die nationale Frage an erster Stelle, d.h. die Wiedervereinigung und Befreiung vom Imperialismus hat Priorität gegenüber der Austragung des inneren Klassengegensatzes. Theoretisch wird dafür eine Analyse bemüht, nach der die koreanische Gesellschaft ein völlig vom Imperialismus abhängiger staatsmonopolistischer Kapitalismus ist, der noch auf feudalistischen Strukturen beruht und keine entwickelte Arbeiterklasse aufweist. Begründet wird damit das Konzept eines taktischen Bündnisses mit der nationalen Bourgeoisie und der bürgerlichen politischen Opposition, wie es ein Teil der Studenten im Rahmen des Wahlkampfs mit Kim Dae Jung zu praktizieren versuchte. Die Wiedervereinigung ist für Chamintu der Schlüssel für die soziale Befreiung, weil Nordkorea für sie bereits ein befreites Land ist.

Die Frage der Wiedervereinigung hat für beide Strömungen einen hohen Stellenwert. Die Spaltung der koreanischen Nation nach dem II. Weltkrieg ist nicht zu trennen von der Niederschlagung einer breiten sozialrevolutionären Bewegung. Mit dem Koreakrieg erstickten die USA diese Revolution in Blut und Asche. Die Frage der Wiedervereinigung verkörpert daher in der aktuellen Auseinandersetzung nicht nur die nationalistischen Gelüste der bürgerlichen Opposition, sondern auch den Bezug auf eine revolutionäre Tradition. **Minmintu** sieht aber in Nordkorea nicht die Verwirklichung dieses revolutionären Anspruchs und macht daher die Frage der Wiedervereinigung vom revolutionären Prozeß in Südkorea abhängig. Sie schlagen die direkte Konfrontation der Arbeiterklasse mit dem nationalen Kapital vor und lehnen jedes taktische Bündnis mit der bürgerlichen Opposition ab. In der Wahlkampfzeit propagierten einige Gruppen dieser Strömung den Wahlboykott.

Obwohl Minmintu die erste Strömung war, die sich aus den Diskussionen um Kwangju herausbildete, geriet sie mit zunehmender Ausweitung der Massenbewegung in die Defensive, da das Bündniskonzept von Chamintu in dieser Phase attraktiver und populärer werden konnte. Teile der Studenten setzten ihre Hoffnungen auf die Kandidatur von Kim Dae Jung, obwohl selbst reformistische Kräfte vor dieser "philippinischen Lösung" warnten. Die reformistischen Illusionen wurden vor und nach den Wahlen im Dezember empfindlich getroffen. In den Monaten vor den Wahlen wurden z.B. 500 Arbeitermilitante inhaftiert. Nun scheint Minmintu wieder größeren Einfluß zu gewinnen. Ihr Festhalten an der Aktualität der Revolution bleibt politisch konsequent, auch wenn es durch die soziologische Prognose nicht gestützt wird. Revolutionärer Theorie kann es nie darum gehen, die Prognose des Kapitals zu betreiben und damit eine Position des Abwartens einzunehmen. Die Klassenkämpfe in Südkorea sind ein Moment des internationalen Angriffs auf das Kapital, der die sogenannte "Neue internationale Arbeitsteilung", also das Konzept einer neuen Verwertungspyramide zum Einsturz zu bringen droht. Die jetzt mit der Dollarschwäche eingeleitete Krise, protektionistische Maßnahmen usw. sind der Versuch, den Gleichschritt des Klassenkampfs in verschiedenen Ländern wieder zu unterbrechen. Die Perspektive der koreanischen Revolution kann sich nur in dieser internationalen Zusammensetzung entscheiden.

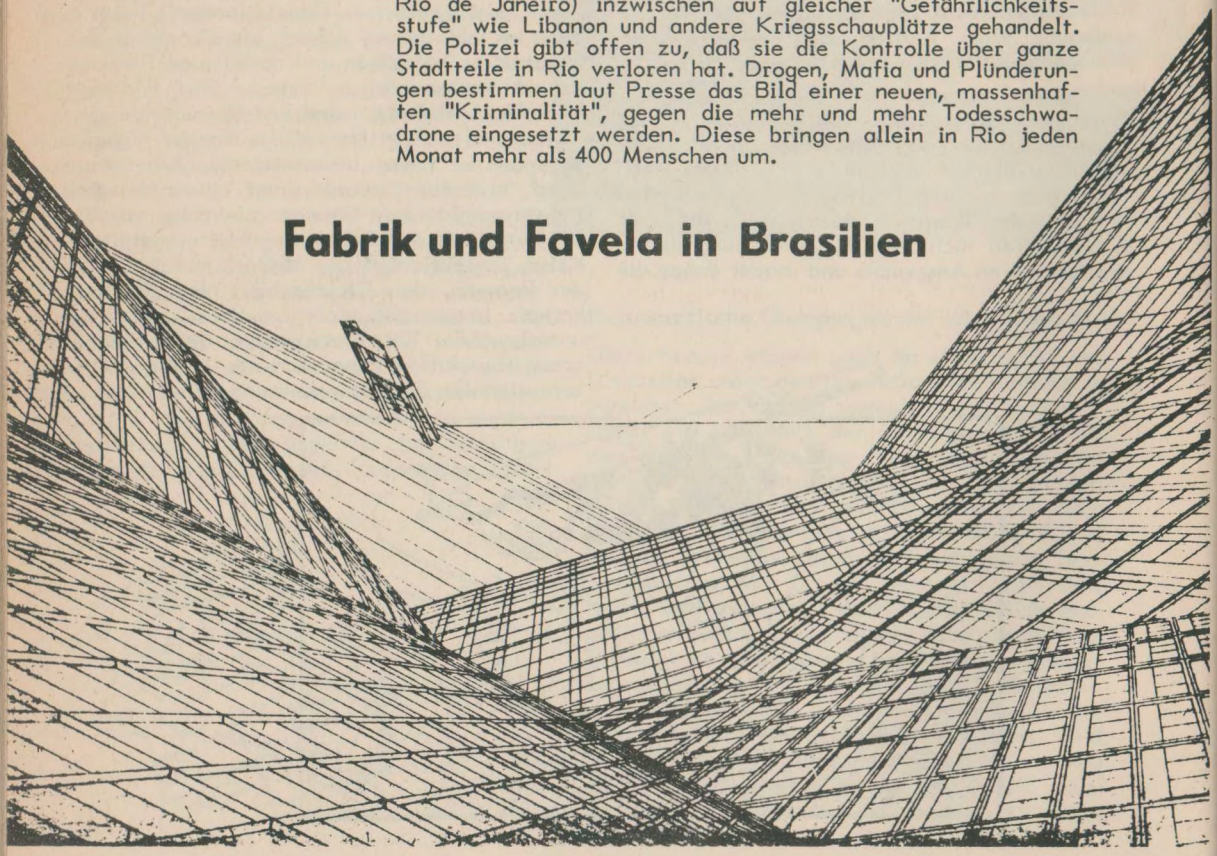
ARBEITER BESETZER BANDITEN

Im August 1987 sind die brasilianischen Zeitungen voll mit Bürgerkriegsmeldungen aus Rio de Janeiro. Rocinha, ein Armenviertel der Stadt mit 200 000 Bewohnern probt den Aufstand. Es liegt zentral, direkt hinter der Präfektur der Millionenmetropole.

Am 17.8. sperren die Bewohner die nahegelegene Stadtautobahn. Mit der blockierten Tunnelunterführung ist die Verbindung zwischen wichtigen Stadtteilen lahmgelegt. Als die Militärpolizei einrückt, steht sie tausend Kämpfern gegenüber, die strategisch im Viertel postiert die Verteidigung übernehmen. Sie sind maskiert, mit Pistolen und MPs bewaffnet und können in Windeseile in der Bevölkerung des Stadtteils untertauchen. Acht Stunden dauert der Kampf, bis die Militärpolizei Rocinha gestürmt hat, mit Kindern als lebenden Schutzschildern, mit offenem Terror gegen die Bevölkerung. Ausgelöst war der Aufstand durch die Verhaftung von Dênis Leandro da Silva, dem Anführer der größten klandestinen Organisation im Stadtteil, die ein Zentrum der Drogenmafia sein soll.

"Beirutisierung" ist das neue Schlagwort in Brasilien. In den US-Studien und Länderberichten wird Brasilien (vor allem Rio de Janeiro) inzwischen auf gleicher "Gefährlichkeitsstufe" wie Libanon und andere Kriegsschauplätze gehandelt. Die Polizei gibt offen zu, daß sie die Kontrolle über ganze Stadtteile in Rio verloren hat. Drogen, Mafia und Plünderungen bestimmen laut Presse das Bild einer neuen, massenhaften "Kriminalität", gegen die mehr und mehr Todesschwadrone eingesetzt werden. Diese bringen allein in Rio jeden Monat mehr als 400 Menschen um.

Fabrik und Favela in Brasilien



Aufstände sind als Anti-IWF-Riots in den letzten Jahren bei uns in die neue Internationalismusdiskussion eingegangen, haben insgesamt aber nicht zu einer neuen Einschätzung der Klassenkämpfe in den drei Kontinenten geführt. Das lag vor allem daran, daß die Riots als isolierte neue Kampfformen betrachtet wurden, ohne daß ihre Verbindungen zu Streiks, Entlassungen und Aneignungskämpfen verschiedenster Art dabei ans Tageslicht kamen.

In der Nr. 41 der Wildcat haben wir den Versuch unternommen, Riots und Fabrikkämpfe, Automobilarbeiter und Landbesetzer nicht als voneinander getrennte Realitäten, sondern als miteinander verflochtene Erfahrungen derselben Familien, derselben Ausgebeuteten, desselben Subjekts auszuweisen.

Natürlich stellt sich die Frage, ob diese These auch den Favela-Aufständen und anderen Stadtteilkämpfen standhält, und inwieweit es sich bei der "Beirutisierung" der brasilianischen Städte eben nicht um den wiederauferstandenen Mythos der ewig Marginalisierten, sondern um in Armut gestürzte oder schon lange in Armut lebende "trabalhadores", zum größten Teil lohnabhängige ArbeiterInnen handelt.

In diesem Artikel geht es im ersten Teil um Mietkampf und Landbesetzung für zukünftige Wohngebiete im Osten São Paulos.

Im zweiten Teil ist die Migranten- und Arbeiterzusammensetzung des größten bereits in den 60er Jahren entstandenen Stadtteils im Osten São Paulos Thema.

Der dritte und vierte Teil dreht sich um die Armenviertel von Rio de Janeiro, zunächst allgemein, als ein Kampfterrain zwischen Favelados und planendem, kontrollierendem Staat; dann aus der Perspektive eines Berichts aus einer Favela, übers Zusammenleben von Arbeitern und Jugendbanden, über Plünderungserfahrungen und Minimallohn.

Mietkampf und Besetzer im Osten São Paulos

Seit Ende Februar 1987 sind innerhalb weniger Wochen die Mieten um 500% gestiegen. Ein Jahr Mietstop ging zuende, nun sind die Mieten wie auch die Preise für Grundnahrungsmittel zum schnellsten Vehikel der Lohnminderung geworden. Der Minimallohn ist aufgrund der Inflation und der bewußten Nichtanhebung der Lohnindices auf umgerechnet 80-90 DM abgesunken. Die billigste Hütte in den Favelas kostet dagegen inzwischen mehr als eineinhalb Mindestlöhne.

Es beginnt die Stadtflucht. Hunderttausenden bleibt nur die Alternative, ihre Hütte oder ihr Häuschen zu verlassen, Land am Rande der Stadt zu besetzen, mit Plastikplanen das Notdürftigste für die Wintermonate Juni bis August hinzukriegen, um dann neue Hütten zu bauen und um sich gegen die drohende Vertreibung durch Polizei oder Banden von Grundbesitzern zu organisieren.

Im März 1987 ist bereits ein neuer Stadtteil der Vertriebenen entstanden: In der Zona Leste, dem Osten São Paulos. An die 200 000 Personen haben sich dort Land genommen und stehen in täglichem Kampf gegen die Guardia Civil Metropolitana und die Policia Militar. Zusammenstöße, Räumungen, Wiederbesetzungen. Am 30.3. schießt die Polizei, der Maurer Adão Manoel da Silva bricht tot zusammen.

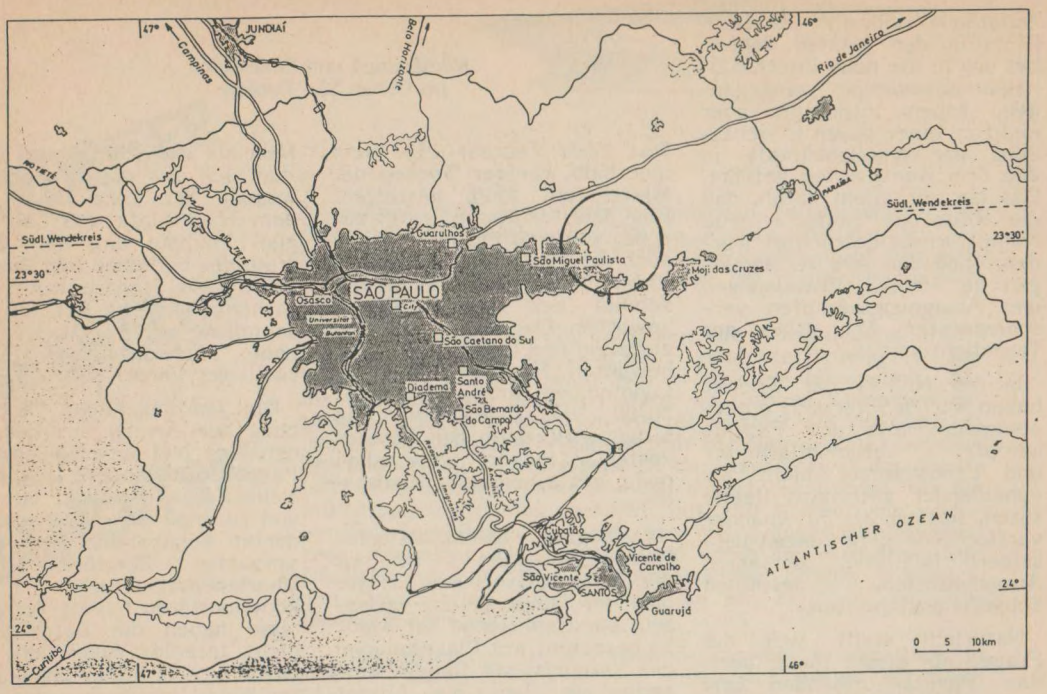
Nach und nach werden die Ausmaße der größten Landnahme in der Geschichte São Paulos bekannt. Die politischen Parteien PC do B, PT, die Associação dos Favelados (PMDB) und die Kirche schalten sich in die Organisationsstrukturen der Besetzer ein und befrieden den offenen Konflikt zunächst durch Verhandlungen: Anfang April verspricht die Stadt als Sofortmaßnahme 20 000 Häuschen für das besetzte Gebiet.

Die letzte Notiz von diesem Kampf datiert vom 13.4.: Mehr als 12 000 Personen finden sich aus der Besetzerbewegung der Zona Leste auf dem Hauptplatz von São Miguel Paulista ein, dem Zentrum des östlichen São Paulos, 30km vom Stadtzentrum entfernt. Es ist eine Art Vollversammlung zu Fragen, wie das neue Wohnungsbauprogramm realisiert werden soll.

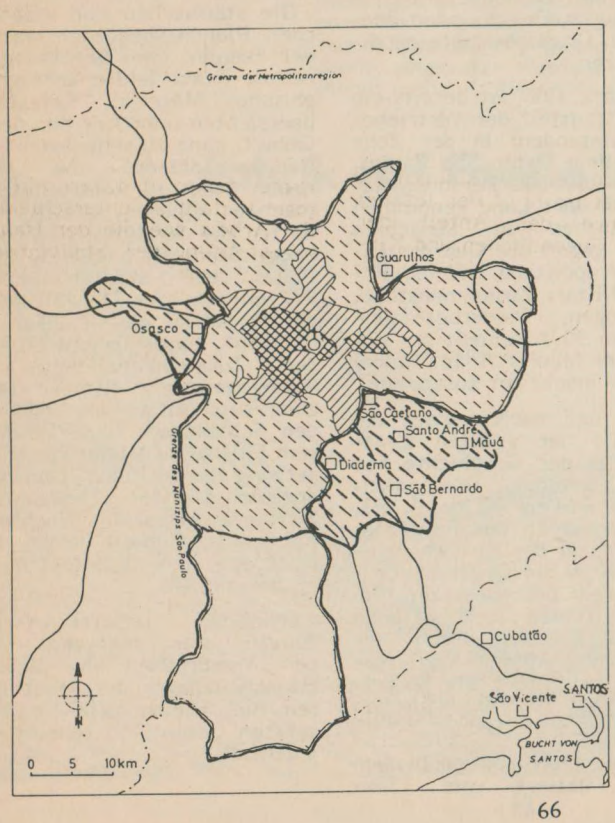
Die kontinuierliche Vertreibung der Armen aus der Innenstadt und ihre Neuansiedlung an den Rändern ist nichts Neues. Was erstaunt, ist Art und Ausmaß des hier geschilderten Wohnkampfs. Der massenhaften Zerstörung der Überlebensstrukturen und kommunitären Favela-Verhältnisse haben die Betroffenen nicht tatenlos zugesehen. Sie haben sich in bisher ungekannter Weise zusammengetan und sich ein neues Terrain - wortwörtlich - erobert.

Die städtischen und staatlichen Planungsbehörden waren bei Beginn der Besetzungen ratlos, ihnen fehlte kartographisches Material, Katasterübersichten u.ä. über das neue Gebiet, ganz zu schweigen von Bebauungsplänen, die den neuen Stadtteil kontrollierbar machen könnten. Nicht sie hatten die Strukturen für den neuen Stadtteil angelegt. Ihre Pläne der städtebaulichen Prävention, zur Bewältigung der Gefahren einer "desurbanização", einer unkontrollierten Zusammenballung von Wohngegenden, hatten sie zwar seit Anfang der 80er in den Schubladen, aber in diesem Fall keine Mittel zur Umsetzung dieser Pläne. Und das angesichts der bekannten Schwierigkeiten, im Nachhinein solche Gebiete unter die Kontrolle der Städteplanung zu bekommen.

Schnelle, unbürokratische Abhilfe war angesagt. Mit dem Versprechen von 20.000 Häuschen hatte die Stadt ihren Fuß wieder drin im besetzten Gebiet. So scheint es jedenfalls.



Bebaute Fläche, Subzentren und Bereich der Metropolitanregion von São Paulo um 1980. Der Kreis bezeichnet die Gegend der Grundstücksbesetzungen, der Zona Leste.



Das Munizip São Paulo und seine vorgelagerten Arbeiterstädte. Im Südosten die Gegend der Automobilindustrie, ebenso in Osasco; im Norden und Nordosten die Textilindustrie und andere Branchen.

- *wohlhabendes Zentrum*
- *angrenzende mittelständische Viertel*
- *proletarisches Territorium*

São Miguel Paulista, der größte proletarische Stadtteil im Osten São Paulos

In den 70er Jahren machten sich die Städteplaner daran, die schnell wachsenden Metropolen Südamerikas zu erfassen, zu gliedern und in den Griff zu bekommen. Zuzug und Umsiedlung sollte forthin nur noch als konzertierte Aktion zwischen ortsansässigem oder anzusiedelndem Kapital, zwischen den Banken für die Wohnungsbaukredite, dem Verkehrs- und Transportsektor und den Ausbildungsstellen laufen.

Ein Instrument dieser Städteplanung war die Untergliederung der Stadt in unterschiedliche homogene Zonen, nach der Berechnung von Einkommen, sanitären Anlagen, Industriebeschäftigten, Telefonanschlüssen u.a.m. pro Wohneinheit. Die ärmste Zone ist auch in São Paulo die größte. Über 30% der Bevölkerung leben in diesen Quartieren der Armut. Sie liegen ringförmig um São Paulo und konzentrieren sich im Süden (Stahl- und Automobilindustrie) und im Osten (Textil- und Gemischtindustrie). Diese Stadtteile mit meist über einer Million Einwohner sind in São Paulo Anfang der 60er entstanden, im Zuge der Industrialisierung, der Schaffung von Großbetrieben und einer sie umgebenden Zulieferer-industrie. São Miguel ist ein typischer Stadtteil dieser Zone. Die Daten, die im folgenden aufgeführt werden, beziehen sich größtenteils auf einen repräsentativen Häuserkomplex (Jardim das Camélias) in diesem Stadtteil. (1)

57% der Bewohner sind unter 20 Jahre alt. 80% dieser Kinder und Jugendlichen sind aus der zweiten Generation, d.h. Kinder von Migranten. Unter den Beschäftigten machen die Migranten 74% aus, sie kommen überwiegend aus dem Nordosten und aus dem Landesinneren. Fast alle wissen noch aus eigener Erfahrung, was Landarbeit heißt. 51% der dort Lebenden sind bereits in São Paulo geboren. Von den Kindern und Jugendlichen, die dort zur Schule gehen, besuchen 91% die Grundschule, nur 4% gehen auf eine fortführende Schule (Sekundärstufe) oder zu einer technischen Ausbildung. D.h. die allermeisten beginnen während oder direkt nach der Schule mit einer Arbeit.

83% der Beschäftigten erhält weniger als drei Minimallöhne, das ist weniger als das absolute Lebensminimum. Daher ist im Lauf der letzten 20 Jahre der Anteil der Frauen, Jugendlichen und Kinder enorm gestiegen, die durch Arbeit das Familieneinkommen erhöhen müssen. Selbst der Familienlohn, der zusätzlich die Zuarbeit von Frau und Jugendlichen umfaßt, liegt bei 46% der Familien unter den als Existenzminimum betrachteten drei Minimallöhnen.

Die langen Arbeitstage, der brutale Arbeitsrhythmus und der Zwang der Familienmitglieder ebenfalls zur Lohnarbeit bestimmen die Selbsteinschätzung, daß je ärmer man ist, desto mehr gearbeitet werden muß: "Quem mais trabalha è quem menos tem valor" - Wer mehr arbeitet, hat weniger Wert (in der Gesellschaft); "O povo trabalha, trabalha ganando mal: quem menos faz, melhor leva" - Das Volk arbeitet, es arbeitet und verdient schlecht: der aber, der weniger macht, steckt mehr Geld ein.

Wo arbeiten die Menschen, die in Jardim d.C. leben? Sind es Betriebe oder eher Kleingewerbe "auf eigene Faust", wo sich die Arbeitenden verdingen müssen? Eine genauere Antwort darauf ist recht schwierig, auch wenn die Statistiken viele Zahlen liefern. T.Pires schreibt von 38,4% der Beschäftigten, die im sog. Sekundärsektor malochen, und von 42,3%, die mit dem Begriff Tertiärsektor in eine Sparte fallen. Letztere Kategorie umfaßt so unterschiedliche Arbeit wie die der Hausangestellten, der Staatsangestellten (immerhin ca. 10%), der im Transportsektor Beschäftigten usw. Als Restkategorien bleiben diejenigen, die auf eigene Rechnung arbeiten (z.B. Straßenverkäufer) mit 14,2% und die Besitzer von Familienunternehmen wie Bars usw. mit 5,1.

Zusammenfassend lassen sich selbst an der kleinsten Ecke einer Favela alle Arbeitsmarktsegmente aufweisen. Die Peripherie, an der die Armen mehr und mehr angesiedelt sind, heißt in Übertragung nicht etwa peripherer Arbeitsmarkt: ihre Stellung im Ausbeutungszyklus ist nach wie vor zentral.

Favelas in Rio de Janeiro

Favelas hat es in Rio schon immer gegeben, im Unterschied zu São Paulo, wo sie als die neuen Arbeiter-Stadtteile erst in den 60er Jahren entstanden sind.

Der städtisch-polizeilich-militärische Umgang mit den Favelas hat daher in Rio eine lange, blutige Tradition. Favelas in Rio haben sich meist an schwer zugänglichen Hängen der Berge gebildet, an denen die Stadt liegt. Kämpfe, die in ihrem Äußeren wie die "Schlacht um Algier" aussehen, hat es mehrmals gegeben.

Seit den 60er Jahren versucht der Staat, einzelne Favelas zu zerschlagen: sie werden total geräumt, und die Bewohner in die unterschiedlichsten Ecken der Millionenstadt zerstreut, in neue Favelas, die der Staat selbst angelegt hat. Diese haben breite Straßen, damit Polizei und Militär leicht in den Stadtteil einfallen kann, sie haben in Beton gegossene Sozialstationen: Schulen, Spielplätze und Gesundheitszentren. Die Häuser, die den Favelados übereignet werden, stehen in Reih und Glied, vom Staat oder unter seiner Regie, unter Mithilfe der Kirche und den zukünftigen Bewohnern erbaut, nun im Eigentum der Bewohner.

Die Bewohner selber kennen sich meist nicht untereinander. In der neuen Staatsfavela gibt es keine Samba-Truppe, keinen Karnevalsverein, stattdessen geförderte Vereine für Sportarten, die durch Medien und die olympischen Spiele propagiert werden.

Dieser geregelte Favelazustand dauert aber nur wenige Jahre, das Bild verändert sich nach und nach: Die breiten Straßen werden zugebaut zu verwinkelten Gassen, durch Neuansiedlungen, neue Hütten, kleinste Gärten usw. Die Stammbewohner machen ihre Häuschen zu Geld, sie verkaufen sie einfach. Anderswo werden Mietboykotts über Jahre erfolgreich organisiert. Die Sozialstationen, selbst der Beton, werden abmontiert oder zweckentfremdet. Die sterilen Spielplätze werden geschleift. Ein neues, dichtes Netz entsteht unter den Bewohnern, Ältere sorgen für Capoeira (traditioneller Kampftanz) und Sambagruppen, es entstehen eigene Treffpunkte, die Polizei wird nicht mehr reingelassen. Nachbarschaftsvereine unterschiedlichster Couleur bilden sich. Für die interessierten Stiftungen, Sozialverbände und städtische Behörden wird es immer schwieriger, Brückenköpfe zu finden, über die sie noch einen Fuß ins Viertel bekommen.

Der älteste Stadtteil Vila do Vintém in Padre Miguel, der 1962 als Staatsfavela angelegt worden war, aber bald der Kontrolle entglitt, war der wichtigste Ausgangspunkt für die berühmten Plünderungen von 1983. Selbst in der neuesten Favela, die in Zusammenarbeit vom Staat, der Kirche und den Bewohnern angelegt wurde (Bras de Pina), ist die Demontage der kontrollierten Infrastruktur perfekt.

Arbeiter, Banditen, Plünderer - unter einem Dach?

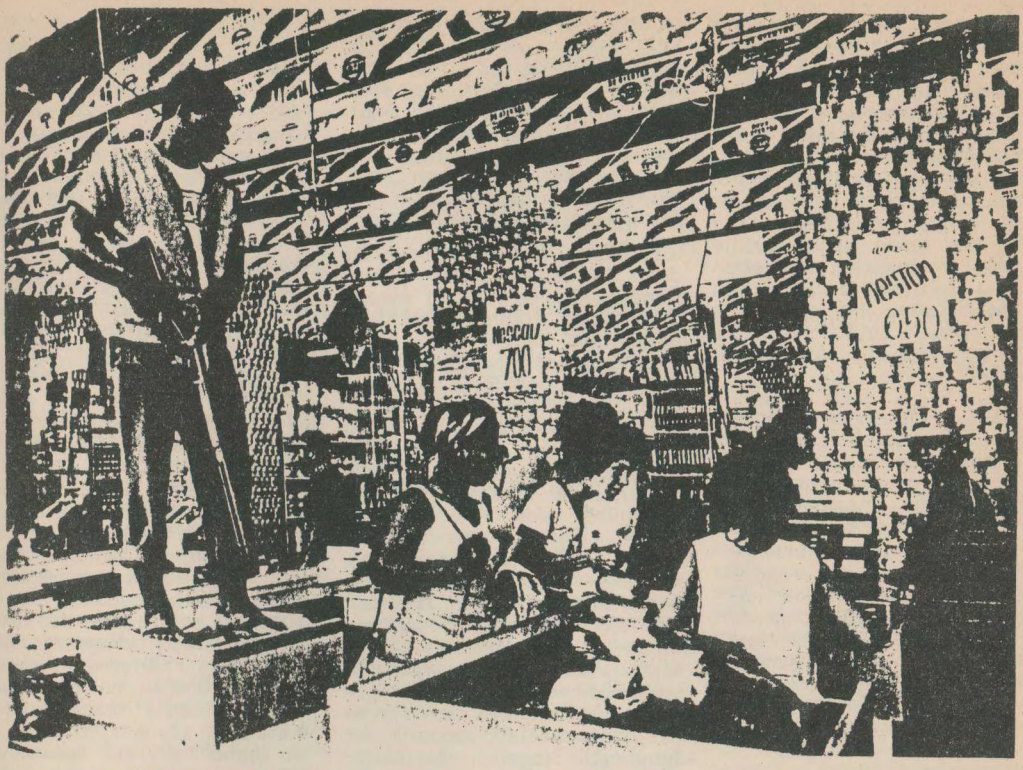
Cidade de Deus (2) - Gottesstadt ist der Name einer Favela im Südwesten Rios, direkt neben Mittelstandsneubauten auf der einen und einer ausgedehnten Industriegegend auf den anderen Seiten (zwischen Barra da Tijuca und Jucarepágua). Über 75% der Beschäftigten des Viertels (das sind über 100 000 Personen) sind lohnabhängig Arbeitende. Der Stadtteil wurde Mitte der 60er Jahre angelegt, angesiedelt wurden Bewohner aus 63 anderen, meist entlegenen Favelas von Rio. Noch 1970 waren 31%der Bewohner Zwangsangesiedelte aus anderen Favelas, 23% Hochwasserflüchtlinge, 28% in Wartelisten für die Favela Eingeschriebene und nur 4% gänzlich Neue.

Heute befinden sich im Stadtteil zwei Supermärkte, eine Bäckerei, eine Apotheke und mehrere Bars sowie kleine Läden. Im inneren Teil finden sich noch immer die ersten Zwangsangesiedelten, aber von der Struktur her ist das Viertel völlig zugewachsen und umgestaltet.

Mitte der 70er Jahre konnten die Bewohner durch einen langanhaltenden Mietboykott gratis wohnen, zu der Zeit scheiterte endgültig das ganze verordnete Wohnungs- und Infrastrukturprogramm.

1983 und auch jetzt wieder - Ende 1987- macht der Stadtteil Schlagzeilen: Plünderungen sind an der Tagesordnung, und zugleich gilt es seit Ende der 70er als Drogenumschlagplatz und Aktionsort verschiedenster bewaffneter Gruppen. Inwieweit deuten diese berühmt-berüchtigten Spitzen eines Eisbergs auf ein bloßes Nebeneinander, auf Rivalität oder auf ein Hand-in Hand-Gehen der Arbeiter und Akteure hin?

Zunächst ist die These vieler Soziologen falsch, die von einer zerfallenden Familienstruktur reden: Die aufgelöste Familie gewissermaßen als Ursache von "Fehlentwicklungen" und Delinquenz. Jeder, der mit der Ökonomie der brasilianischen Favelas einigermaßen vertraut ist, weiß, daß die Familie mehr denn je die Einheit ist, in der das Einkommen - der Arbeitslohn des Familienoberhaupts, der Zuverdienst der Frau und der Kinder, der Klau, das an die Seite Geschaffte - zusammengetragen wird. 1979 arbeiteten nach A.Zaluar in den Familien, die Kinder unter 14 Jahre hatten, in Rio fast 90% der Frauen in Lohnabhängigkeit; in den Familien mit Kindern über 14 Jahren sind über 40% der Frauen berufstätig, ein ebenso großer Anteil der Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren (41%). Heute werden es wegen des allgemein verringerten Lohns noch mehr Familienmitglieder sein.



Bewachter Supermarkt

Die Kernfamilie ist nach wie vor die Regel. Die Auseinandersetzungen um die Legitimität proletarischer Enteignungsaktionen, um Bandenbildung und Bewaffnung spielen sich zum großen Teil in der Familie ab, und nicht etwa als Polarisierung zwischen Arbeiterfamilien und Randgruppen. Alba Zaluar, die mehrere Jahre in Cidade de Deus gelebt hat, berichtet von den typischen Konflikten:

Das Familienoberhaupt ist durch seine Erfahrungen, durch jahrzehntelange Maloche in verschiedensten Fabriken, in Klitschen und auf der Straße geprägt von den rigiden Arbeiterkämpfen, vom Bewußtsein, daß ihm aufgrund der Arbeit und Ausbeutung eigentlich der zentrale Platz in der Gesellschaft zukommt. Für die Werte und Verhaltensweisen des Mittelstands und der Besitzenden hat er nur Verachtung übrig.

Die Jugendlichen stehen im allgemeinen dem Zwang zur permanenten Arbeit sehr viel ablehnender gegenüber, sind aber häufig schon in frühem Alter zur Arbeit gezwungen. Sie kritisieren häufig, daß der Vater in jeder Sekunde seines Lebens arbeitet, das um so mehr zum "sacrificio", zu einem Opfergang werde, wenn man die autoritären, auf Schikane zielenden Kommandostrukturen in den Fabriken im Grunde zutiefst hasse.

Ein Jugendlicher: "Der Reiche, diese Personen, die höher stehen als der Arme, liegt den ganzen Tag am Strand, er macht sich keinen Kopf um nichts. Der Sohn des Armen: der Vater geht raus zur Arbeit, und der Sohn muß irgendeinen Scheiß auf der Straße verkaufen, um überhaupt den Haushalt mit unterstützen zu können. Wenn er könnte, wär er am Strand, ab er kann nicht. Er muß diesen Kraftakt machen, um der Familie fürs Überleben zu helfen. Das ist das Dilemma des Armen. Wenn ich könnte, wär ich jetzt am Strand, genauso wie viele andere Leute. Viele Leute sind da, sie machen sich überhaupt keine Sorgen, wie wenn sie eine Familie hätten, die irgendwo Geld zusammenkratzen müßte, für die Frau, um etwas Essen ins Haus zu kriegen und um die Kinder am Leben zu halten. Das meine ich also. Wenn der Arme stirbt, dann war es ein hartes Leiden, das ihn umgebracht hat, wenn es sich um den Reichen handelt, war es Gott, der ihn zu sich nimmt. Der Arme wird auf der Erde eben härter behandelt. Der Arme lebt, weil er leben muß ....Dann kommt Samstag und Sonntag, er will irgendwohin rausgehen, er will mit seiner Familie mal richtig raus, aber er denkt doch die ganze Zeit an den Montag, an die Stunden, die er

zur Arbeit raus muß, und wenn er zu spät kommt, zieht ihm der Patron den Stundenlohn ab. Also das ist ein Problem, das kriegt er nie aus seinem Kopf raus, das dreht sich immer in seinem Kopf.... Eben deswegen will ich mein Leben so machen, wie ich es kann. Wenn ich heute ein Hähnchen essen kann, mache ich das, wenn nicht, dann eben nicht.... Ich mache mir wegen nichts Sorgen, und wenn ich einen Bruch machen kann, dann gehe ich hin und mache ihn.." (2)

Dieses Dilemma fordert viele Jugendlichen zur Entscheidung heraus: die meisten gehen mehr und mehr in die Arbeit hinein, manche beginnen aber mit dem Leben der "revolta". Beides bedeutet nicht den Ausstieg aus der Familie, und der letztere Weg heißt nicht automatisch Abtrennung von den Kämpfen der ArbeiterInnen. Der Beginn eines Arbeitslebens verheißt eine Mühsal, die mehr und mehr gehaßt wird, die sich mit der Verschärfung der Ausbeutungsverhältnisse immer weiter ausbreitet. Zu den "revoltados" zu gehen, bedeutet den baldigen Tod. Es heißt, daß die "bandidos" nie älter als 25 Jahre geworden sind.

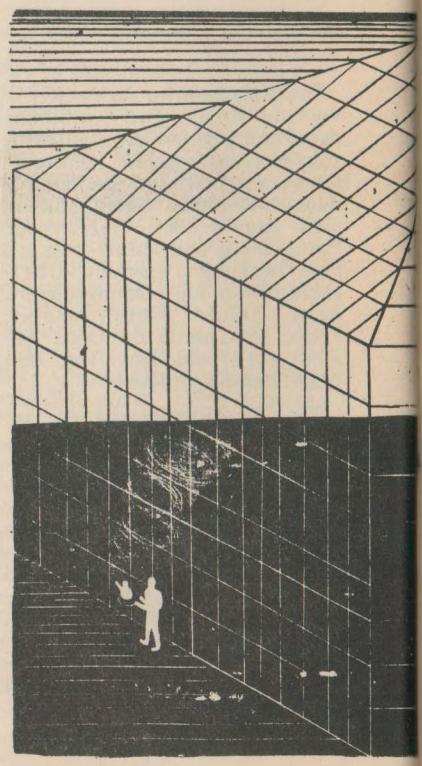
Als im Januar 1980 der "Bandit" Manoel Galinha in Cidade de Deus, in der er auch aufgewachsen ist, im Schußwechsel mit anderen Banden umkommt, versteht in der Skandalpresse wie im übrigen Medienwald niemand, wie es in der Folge zu einem Riesenbegräbnis dieses Mané Galinha kommt, warum er zu einem großen Volksheld, zum geliebten Sozialrebellen wird. Es war bekannt, daß es in Cidade de Deus miteinander rivalisierende Banden gab; seit Ende der 70er Jahre wird von einer entstehenden Drogenmafia gesprochen. Selbst wenn wachsende Teile der Bevölkerung von einer Drogenmafia beherrscht werden, prägt doch mehr Haß und Distanz die Beziehung zwischen den "neuen Mächtigen" und den Nichtbewaffneten.

Unbemerkt von der sensationsgeilen Öffentlichkeit ist dagegen in den Favelas ein neues militantes Bewußtsein entstanden, aufgrund des neuen Verhaltens der "revolta"-Jugendlichen, aber auch aufgrund der Notwendigkeit, dem Staat, der durch die Inflation den Minimallohn immer weiter abrutschen läßt, wirksam die eigene Stärke der Aneignung entgegenzusetzen.

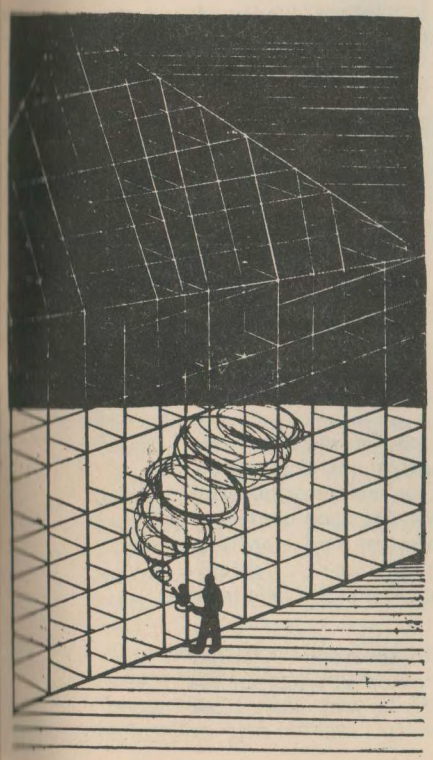
Zunächst zu den "revoltados": Im Unterschied zu den Banden, die es nur auf eigene Macht und eigenen Reichtum abgesehen haben, führt sich ein "bandido formado" (ein Bandit mit Bewußtsein) anders auf: Zwar könnte die Knarre, die er ständig bei sich führt, ihm nicht nur ein Überlegenheitsgefühl, sondern eine tatsächliche Vormachtstellung gegenüber den Arbeitern in seiner Favela verschaffen. Genau das versucht er zu vermeiden. Das Wichtigste für seine Beziehung zum Stadtteil ist "trocar idéias", Gedankenaustausch und Diskussion, mit allen Personen des Viertels, und "vencer na moral"(Siegen in der Moral) und nicht "vencer na covardía"(Siegen in der Feigheit). Siegen in der Moral heißt, die Arbeiter und Leute des Viertels zu respektieren, und nur in Symbiose mit ihnen die Waffe zu ziehen. Siegen in der Feigheit heißt, allein auf die Stärke der Knarre zu setzen und dadurch Herrschaft über das Viertel auszuüben. In diesem Sinn gehört der "bandido formado" zur gemeinsamen, sicher widersprüchlichen Klassengeschichte. Die Jugendlichen, die zu den "bandidos formados" gehen, sind "Leute wie wir" (gente como nós), die an der gleichen Klassenfront kämpfen, und zuweilen werden sie zu einer Art Schutzheilige der Erniedrigten und Beleidigten.

Die Sprache, mit der die anderen Banditen bezeichnet werden, ist derart spitz und treffend, daß sie sich auf gut markierte, von den Favelados klar unterschiedene Realitäten beziehen muß. Ein Bandit, der nicht in lebendigem und respektvollem Verhältnis zu seinem Viertel steht, sondern die Adidas-Schuhe, die Kleidung der reichen, drogenabhängigen Muttersöhnchen trägt und der lieber schießt als redet, ist "teleguidado"-ferngesteuert. Er handelt aufgrund von "sugestião", aufgrund von Einflüsterungen und Befehlen von oben, von den internationalen Mafia-Netzen, in deren Abhängigkeit er sich begibt. Er wird gehaßt, weil er zu denen gehört, die "mandam", die Herrschaft ausüben und wegen ihrer Waffe Befehle ausgeben können. Nur seiner eigenen Bande kann er vertrauen, die aber im Prinzip auch nur durch die Gewalt der Waffe zusammengehalten wird. Er hat nicht einmal eine Klientel, auf die er sich beziehen könnte. Das heißt, seine größte Angst ist der Verrat, von da lauert die ständige Lebensgefahr.

Aber auch diese "ferngesteuerten" Banditen entstammen den Arbeiterfamilien von Cidade de Deus. Das macht den Weg, den die arbeitsverweigernden, bandenbildenden Jugendlichen gehen, zu einer zwiespältigen Angelegenheit. Besonders ältere Arbeiter scheuen und kritisieren diesen Weg - häufig ihrer eigenen Kinder - als ein "condomínio do diabo", als ein Zusammenleben mit dem Teufel.



Vielleicht sind es die Frauen, die am klarsten den Klasseninhalt dieser zwiespältigen Entscheidungen aufgespürt haben und organisatorisch angegangen sind: Seit 1980 planten vor allem sie den massenhaften Überfall von Supermärkten. Die Menschen, die die Plünderungsdiskussionen seit diesem Zeitpunkt zielstrebig organisiert haben, haben ohne Zweifel viel von den "bandidos formados" gelernt und auf Massenbasis anzuwenden versucht. "Meine Mutter hat mir beigebracht, nicht zu klauen", hieß es noch in den 70er Jahren. Aber die Frauen sind aufgrund ihrer Niedriglöhne am stärksten von der Senkung des Minimallohns betroffen. Sie sind in diesem Aneignungskampf radikaler als viele Männer, die angesichts möglicher Repressalien um ihren Arbeitsplatz und das Hauptfamilieneinkommen fürchten. Als Verwalter des Familieneinkommens spüren die Frauen noch stärker als die Männer den Kaufkraftverlust der Löhne, wenn auch generell die Arbeiter ihren Lohn mit dem Maßstab messen, wieviel Grundnahrungsmittel sie für ihren Lohn kaufen können - und das wird immer weniger. Vor allem Frauen sollen es jedenfalls gewesen sein, die die informellen Diskussionen und Versammlungen an den Straßenecken in Cidade de Deus organisiert haben - drei Jahre lang. Und das Bewußtsein hat sich tatsächlich verändert.



1983 steht die Klasse hinter der großen Plünderung: Beklauen wir den, der uns beklaut - darüber herrscht heute in Cidade de Deus unter den Arbeitern Einstimmigkeit, unter denselben Arbeitern, die ansonsten den Raub von persönlichen Gegenständen verurteilen.

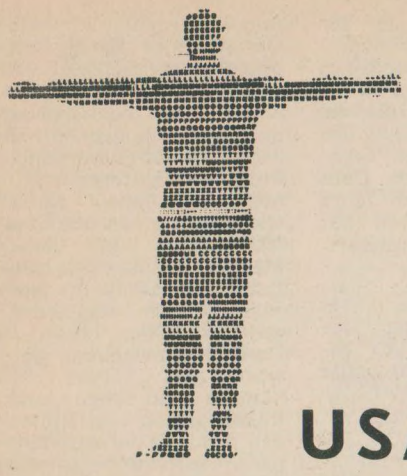
Die Aktion war gut vorbereitet. Selbst viele Kinder haben mitgemacht, die Verwandtschaft, die Nachbarschaft, insgesamt ein Kern der Favela, der sich gut kennt. 500 Personen nahmen an der ersten und größten Plünderung eines der beiden Supermärkte in Cidade de Deus 1983 teil. Tausende haben sich angeschlossen. Unzählige Male wurde das Beispiel an anderen Orten wiederholt. Und schließlich in aller Widersprüchlichkeit Seite an Seite: Die ArbeiterInnen holen die Grundnahrungsmittel raus, die Banditen die teuren Dinge.

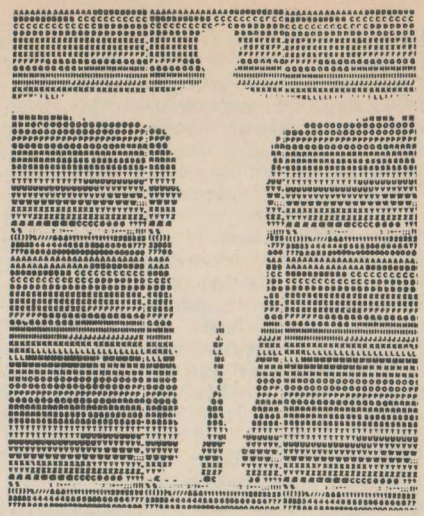
Die Enteignungen waren zudem eine klare Botschaft ans Regime, das ab Juli 83 die Preise für Reis und Bohnen hatte in die Höhe schnellen lassen, aber die fällige Anhebung des Minimallohns hinauszögerte. Ab Juli 83, dem Beginn der Plünderungsstimmung, war ein Dekret in Diskussion, das den Minimallohn weit unter der Inflationsrate festschreiben sollte. Ab September 83 wurden die Plünderungen zum regelrechten Kampfinstrument in diesem Thema. Als sie sich mehr und mehr ausbreiteten und die Diskussionen militanter wurden (wenn es so weiter geht, gehen wir in den Bürgerkrieg, machen wir die Revolution), wurde im November 83 der Mindestlohn um 100% erhöht.

Über den Mindestlohn hat der brasilianische Staat anfangs versucht, sich selbst als Garant einer gezügelten Ausbeutung aufzuspielen. In den letzten 10 Jahren haben sich die Arbeiter der Großbetriebe aus dieser Logik befreit: Sie haben in Direktverhandlungen mit den Unternehmen weit höhere Löhne rausgeholt. Gleichzeitig hat der Staat den Mindestlohn in lächerliche Margen absinken lassen. Von Zeit zu Zeit zeigt sich der Staat jedoch bereit, den Mindestlohn für eine kurze Periode anzuheben, als Antwort auf diffuse Arbeitskämpfe und eben auch auf Plünderungen und Riots. Werden dadurch die Aufstände zur puren Verhandlungsmasse, die der Staat den Revoltierenden abhandeln kann? Sicher nicht. Die Zusammenhänge, die mit den Aneignungskämpfen entstehen, zeigen sich immun gegenüber dieser Gefahr der Verhandlungslogik zwischen dem Staat und einer neuen organisierten Schicht. Die lebendige Kritik an den "ferngesteuerten" Banditen weist jedenfalls auf die Ablehnung einer fremdbestimmten Organisationsstruktur.

Unklar ist, wie weit sich diese Fähigkeiten als organisiertes Potential dem kapitalistischen Akkumulationsprozeß entgegenstemmen wird. Bis jetzt wurden noch keine "bandidos formados" als Streikposten vor Großbetrieben oder als militante Außenunterstützer von Klitschenkämpfen gesichtet. Bis jetzt hat es noch keine massenhaften Ausfälle aus den Betrieben und Favelas raus auf die Zentren der Metropole gegeben - mit der einen Ausnahme, den Riots in São Paulo 1983. Dennoch haben sich 1987 die Auseinandersetzungen weiter zugespitzt. Die Plünderungen halten auch in Cidade de Deus an. Die "bandidos" beider Richtungen sind stärker geworden. Militärische Stellungskämpfe bestimmen das Bild. "Beirutisierung" heißt es in der Presse.

(1) nach Terêsa Pires do Rio Caldeira, A política dos outros, S.P.1984
(2) nach Alba Zaluar, A máquina e a revolta, S.P. 1985





USA:

KÄMPFE GEGEN GESPALTENE LÖHNE ...

Wir haben schon mehrmals Anläufe genommen, um Artikel über die Entwicklung der Klassenkämpfe in den USA zu schreiben. Bisher haben wir uns immer wieder von den Schwierigkeiten abschrecken lassen: wir haben keine Kontakte zu GenossInnen in den USA, die uns authentisch über neue Kämpfe oder Streikbewegungen berichten können. Auch Leute, die in der letzten Zeit in den "Staaten" waren, hatten Probleme, ihre unterschiedlichen Eindrücke zu verallgemeinern. Einzig aus der Zeitung "processed world", die von kalifornischen Computer-ArbeiterInnen/Büroangestellten gemacht wird, konnten wir hin und wieder einiges über solche Konflikte aufschnappen und haben das manchmal für die wildcat übersetzt. Versuche einer umfassenderen Einschätzung waren und sind daher auf Zeitschriften und damit größtenteils die Einschätzungen von Kapitalseite angewiesen.

Auch die folgende Zusammenstellung wurde durch Processed World inspiriert. In der vorletzten Nummer fanden wir einen Artikel über den Streik der kalifornischen KrankenhausarbeiterInnen gegen die Einführung von zweistufigen Lohnskalen. Wir fanden diesen Kampf sehr interessant, wußten wir doch, daß das amerikanische Kapital jahrelang große Hoffnungen auf diese Form der Klassenspaltung gesetzt hatte: Neueingestellte bekommen wesentlich weniger Lohn als die alten StammarbeiterInnen. Aus anderen Quellen hatten wir munkeln hören, daß das amerikanische Kapital aber mit diesen Versuchen an ähnliche Grenzen gestoßen war, wie das Kapital überhaupt weltweit in den letzten Jahren erleben mußte, daß die Blütenträume von Prekarisierung und Klassenspaltung im Boom sehr schnell ihre Grenzen finden.

Zum zweiten fanden wir interessant, wie das Kapital das Gesundheitswesen zur Fabrik macht und die ArbeiterInnen dann auch dementsprechend kämpfen. Da wir in den letzten Jahren des öfteren Berichte über KrankenhausarbeiterInnen-Kämpfe in anderen Ländern erhalten hatten, wollten wir das dann aber auch zum Anlaß nehmen, über Umstrukturierung, Arbeitsorganisation und Konflikte in den hiesigen Krankenhäusern zu berichten. Das ist jetzt nicht mehr rechtzeitig fertig geworden und kommt dann auch aus aktuellem Anlaß im nächsten Heft.

Im folgenden haben wir also ein paar Materialien zu dem speziellen Konflikt um die "doppelten Lohnskalen" zusammengestellt, da sie einen Einblick in die Entwicklung der Klassenkämpfe in den USA geben. Danach kommt dann stark gekürzt der Artikel aus Processed World.

Nachdem das Kapital auch in den USA 1980/82 in die schwerste und längste Nachkriegs-Krise gegangen war, suchte es für den neuen Boom mit seinen massenhaften Neueinstellungen nach einem Weg, um sich vom Lohndruck dieser Ausweitung des Arbeitsvolumens freizumachen. Mit der Einführung von gespaltenen Lohnskalen schien ein Patentrezept für dieses Problem gefunden zu sein. "Two-Tier Pay Scale" bedeutet, daß die schon beschäftigten ArbeiterInnen ihre alten Löhne behalten, aber alle Neueingestellten niedrigere Löhne kriegen. Vorreiter für dieses neue Tarifkonzept, bei dem die Gewerkschaften mitspielten, war die Fluggesellschaft "American Airlines", die den ab 1983 neueingestellten Piloten nur noch die Hälfte des üblichen Gehalts zahlte. Das Beispiel machte Schule: 1983 enthielten schon 5% der 1300 abgeschlossenen Tarifverträge "two-tier"-Regelungen, 1984 waren es 8%. Bei weiteren Fluggesellschaften, bei Lebensmittelketten und Supermärkten, in den Krankenhäusern, aber auch in der Industrie wurde dieses Modell eingeführt. Die Gewerkschaften sahen darin in vielen Betrieben eine Kompromißlinie zum Erhalt der eigenen Position: Sie konnten ihre Stammbelegschaften vor Lohnkürzungen bewahren, im Gegenzug handelten sie für diese sogar Arbeitsplatzgarantien aus, und die Neueingestellten schmissen in vielen Fällen den Job bald wieder hin.

Das Beispiel Packard Electric

Ein besonders interessanter Fall war die Einführung der gespaltenen Löhne bei der Firma Packard Electric in Warren/Ohio, die Kabelzüge und Stecker für General Motors produziert. In den 70er Jahren herrschte in ihren 14 Fabriken ein Zustand ständiger Kriegsführung zwischen Arbeitern und Management. Die Arbeiter benutzten die Kampfformen des Langsamarbeitens, des wilden Streiks oder der anstelle von Neueinstellungen zwei neue Betriebe in Mississippi und drei in Mexiko eröffnete. Bei Packard-Electric und bei den Stahlwerken in der Region wurden in den folgenden Jahren zigtausend Arbeitsplätze abgebaut. Vor diesem Hintergrund versuchten einige der Ge- "teaparties". Bei diesen "teaparties" versammelten sich einige Dutzend Arbeiter um einen Vorarbeiter oder Meister, schrien ihn an oder schubsten ihn rum. 1973 griff das Management diese Verhaltensweisen an, indem es werkschaftsführer aus der Zeit der militanten Massenarbeiterkämpfe und 'fortschrittliche' Manager neue kooperative Beziehungen im Produktionsprozeß durchzusetzen. Die Drohung mit der Verlagerung in Billiglohnländer brachte die Gewerkschaft dazu, sich verstärkt als Organisation der Produktivität und Kooperation ins Spiel zu bringen. Sie unterstützte bei Packard die Einführung einer neuen Arbeitsorganisation, von Teamarbeit und Qualitätszirkeln. Das Wissen der Arbeiter soll für die Steigerung der Produktivität verfügbar gemacht werden.

Als Packard 1981 ankündigt, daß weitere 3 800 Bandarbeitsplätze nicht mehr "konkurrenzfähig" sind, kommt von einem in den 70er Jahren angeblich besonders militanten Gewerkschaftsführer der Vorschlag, zur Rettung der Arbeitsplätze die Löhne aufzuspalten. Im August 1983 wird vereinbart: Alle Neueingestellten erhalten nur noch einen Stundenlohn von 6$, d.h. weniger als ein Drittel des üblichen Lohns von 19,60$. Im Gegenzug erhalten 80% der alten Belegschaft eine "lebenslange" Arbeitsplatzgarantie. Der Gewerkschafter hatte den neuen 6-Dollar-Lohn auch damit begründet, daß in dieser Region bereits eine Menge Leute zum gesetzlichen Mindestlohn von 3,35$ arbeiten würden.

Die Möglichkeit dieser "revolutionären Lohnvereinbarung" wurde von allen Seiten auf die bereits bestehende vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Management zurückgeführt. Allerdings war dem Kapital klar, daß die unmittelbare Zusammenarbeit der 19-Dollar- und der 6-Dollar-Arbeiter zu Unzufriedenheit und Konflikten führen würde. So wurde gleich mitbeschlossen, daß die Neueingestellten nur in neu aufzubauenden Fabriken mit Belegschaftsgrößen unter 250 arbeiten sollten. In vielen Firmen war die unmittelbare Zusammenarbeit und damit die Offensichtlichkeit der Lohnungleichheit sehr schnell zu einer Bedrohung für die Produktivität und einem neuen Konfliktherd geworden.

Ab 1985 kam es zu einer Reihe gewerkschaftlich geführter Streiks, die sich gegen die doppelten Lohnskalen richteten. Mit wachsendem Anteil der Neueingestellten gerieten die Gewerkschaften unter Druck, sich auch für deren Belange einzusetzen. Auch das Kapital begann in einigen Fällen, an der Wirksamkeit dieses Modells zu zweifeln. Anfang 1987 erschien in einer führenden Zeitschrift des amerikanischen Kapitals ein aufschlußreicher Kommentar unter dem Titel **"Die zweistufigen Lohn-skalen beginnen, sich selbst zu zerstören"**:

DAS PROJEKT DER GESPALTENEN LÖHNE ...

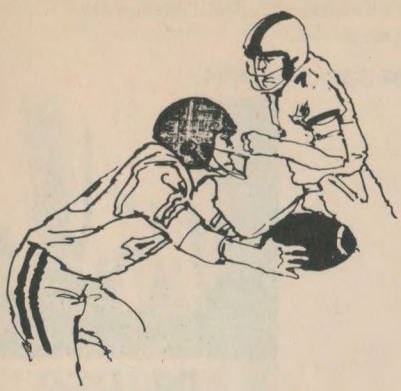
"Eine wachsende Zahl von Firmen merkt, daß die zwei-stufigen Löhne oft eher zu Unruhe führen, als daß sie ihnen nutzen.

Boeing Co. entdeckte das im Oktober 1986, als sie einen neuen Tarifvertrag für ihre 40 000 Maschinenarbeiter unterschrieb. Die Gewerkschaft der Maschinenarbeiter überzeugte Boeing nach langen Auseinandersetzungen, die Löhne der geringer bezahlten Arbeiter anzuheben, die seit der Einrichtung eines Zweiskalen-Systems 1983 eingestellt worden waren.

Im November führten einige 10 000 Beschäftigte des **Kaiser** Permanente Medical Care Program in Kalifornien einen sieben-wöchigen Streik durch, der die Firma zwang, die Löhne für neue Arbeiter nur um 15% zu senken, statt um 30%, wie es Kaiser versucht hatte.

American Airlines Inc. ist der jüngste Fall von Kurskorrektur. Am 20. Februar unterschrieb die Gesellschaft Nr.3 ein neues Abkommen mit seinen 5700 Piloten, das die 1983 übernommene Zweiskalen-Struktur deutlich zurückschraubt. Die Vereinbarung regelt die stufenweise Angleichung der Bezahlung der geringer bezahlten Piloten an die der älteren Piloten innerhalb von 10 Jahren. Unter dem alten Kontrakt hätten sich die beiden Lohnskalen nie angeglichen. Die Vereinbarung brachte allen Piloten außerdem eine Lohnerhöhung von 6% über die nächsten drei Jahre, zusätzlich 7% für die geringer bezahlten Piloten.

ZURÜCKGESCHLAGEN. Der Rückzug der American Airlines ist besonders bemerkenswert, da sie eine Pionierrolle bei der Einführung der gespaltenen Lohnskala im Bereich der Fluggesellschaften hatte. Andere Gesell-



... SCHEITERT

schaften versuchten, dem in gleicher Weise zu folgen, wurden aber von der Air Line Pilots Assn. zurückgeschlagen, die die Gesellschaften zwang, Lohnunterschiede im Laufe von fünf Jahren aufzuheben. Hätten es die Piloten der American, die nicht durch die ALPA vertreten werden, nicht geschafft, ihre Zweistufen-Bezahlung zum Verhandlungsthema zu machen, dann hätten andere Gesellschaften ihre Forderung nach ähnlichen Abkommen möglicherweise erneuert.

Es ist einfach zu verstehen, warum Zweistufen-Systeme in einer gewerkschaftlichen Umgebung nicht für immer bestehen können. Nach ein paar Jahren bilden die geringer bezahlten Arbeiter einen großen Block bei Wahlen, wenn nicht sogar die Mehrheit, innerhalb der betrieblichen Gewerkschaft. Und dann wird der Druck von der Basis auf die Gewerkschaftsführer übermächtig, die zweistufigen Löhne abzuschaffen.

Genau das passierte letzten September bei den Lebensmittelverkäufern im Gebiet von Washington (D.C.). Seit 1983, als die United Food & Commercial Worker einen Zweistufen-Vertrag mit Giant Food, Safeway und A&P unterzeichneten, schwoll die Zahl der bei diesen Firmen in der unteren Lohnstufe Beschäftigten auf über 40% der 16 000 Gewerkschaftsmitglieder an. Um sie zu beruhigen, bewegte die Gewerkschaft die Firmen, mit dem Abbau der Zweistufigkeit zu beginnen. Außerdem überzeugte sie die 60% der höher bezahlten Angestellten, Lohnkürzungen von etwa 3% im Jahr hinzunehmen, während die geringer Bezahlten jährliche Erhöhungen von 6% des Basislohns erhalten.

Schlampige Arbeit? 'Auf Dauer ist es zwangsläufig weder für das Management noch für die Gewerkschaft gesund, diese unterschiedlichen Stufen beizubehalten', sagt Roger D. Olson, der Vize-Präsident für Labour Relations bei Giant Food. Seiner Ansicht nach schaffen die zweistufigen Tarife Unfrieden unter den Beschäftigten und machen es manchen Firmen schwierig, ungelernte Jobs zu besetzen.

Geringere Löhne für einen Teil der Arbeiter können auch zu Problemen im Arbeitsprozeß führen. 1981 führte die **Hughes Aircraft** Co. einen zweistufigen Tarif für Mechaniker der Raketenfabrik in Tucson ein. Als der Vertrag der Firma mit der Gewerkschaft im September 1984 auslaufen sollte, beklagte sich die Navy über schlampige Arbeit bei der Hughes' Phoenix. Mit Verweis auf schlechte Lötstellen und andere Unzulänglichkeiten, weigerte sie sich, weitere Raketen anzunehmen, bevor sich die Produktion bei Hughes nicht verbessert hätte. Kurz darauf stimmte Hughes einem neuen Vertrag mit der Gewerkschaft zu, in dem die Zweistufigkeit abgeschafft wird. Hughes sagt, die Lohnskalen hätten nichts mit den Qualitätsproblemen zu tun, aber Gewerkschaftsführer glauben, daß die schlechte Moral unter den geringer bezahlten Arbeitern zu den Schwierigkeiten beitrug.

Neuen Arbeitern weniger zu zahlen, erschien vielen Leuten innerhalb der Gewerkschaften wie des Managements als einfacher Ausweg. Sie haben vergessen, daß neue Arbeiter bald zu alten werden. Und nach ein paar Jahren sehen diese Arbeiter nicht mehr ein, warum sie schlechter als andere Leute bezahlt werden sollten, die die gleiche Arbeit machen."

Über den in diesem Kommentar angesprochenen Streik bei der **Gesundheitsfirma Kaiser** brachte "processed world" in ihrer vorletzten Ausgabe einen Bericht, der auf einem Gespräch mit zwei am Streik beteiligten Basisaktivistinnen beruht. Der Streik wurde von der Gewerkschaft SEIU (State Employees' International Union) "geführt", in deren regionaler Vertretung, dem "Local 250", die beiden Aktivistinnen organisiert sind. Außerdem arbeiten sie beide in dem Basiskomitee CDU, "Komitee für eine demokratische Gewerkschaft" mit, das sich 1981 formierte, nachdem es Ende der 70er jahrelang informelle Basisgruppen gegeben hatte.

"Der Streikslogan hieß 'Kaiser juckt's nich' und zwar, wie es den Patienten geht. Wir interessieren uns für die Patienten und das benutzen sie, um die Arbeit aus uns rauszuholen. Das macht uns wütend ... Sie wissen, wir gehen da rein und reißen uns den Arsch auf." - Blanche Bebb, Röntgenassistentin, Committee for a Democratic Union (CDU), Mitglied des Verhandlungskomitees, SEIU Local 250.

KAISER JUCKT'S NICH,

Vom 27. Oktober bis 13. Dezember 1986 befanden sich über ganz Nordkalifornien verteilt 9000 KrankenhausarbeiterInnen von Kaiser im Streik. Hauptsächlich ging es dabei um die Absicht von Kaiser, ein zweistufiges Lohnsystem einzuführen, was sie schließlich auch erreichten, obwohl die ArbeiterInnen dagegen stimmten: zuerst zu 80% mit Nein, später nach fast sechs Wochen Streik stimmten immer noch 55% mit Nein. Die Basismitglieder des Local 250 kämpften erbittert gegen das Zweistufen-System und wiesen Kaisers Behauptung zurück, die Firma brauche es, um konkurrenzfähig zu bleiben. "Wenn es denen um ihre sogenannte Wettbewerbsfähigkeit ginge, dann würden sie Patienten nicht drei Monate lang auf eine Sprechstunde warten lassen", sagte Bebb.

Ende Oktober, nach zweimonatigen Verhandlungen, streikte SEIU Local 250 gegen einen Verhandlungsvorschlag, der für Neueingestellte in der Hälfte von Kaisers Krankenhäusern und Kliniken in Zukunft 30% weniger Lohn bedeutet hätte (in den Vorstädten nördlich der Bay Area von San Francisco und im Central Valley um Sacramento und Stockton). Unter den Streikenden befanden sich KrankenpflegehelferInnen, Atemtherapeuten, PharmazeutInnen, RöntgenassistentInnen, Büroangestellte und Hausmeister. Weitere 700 optical workers und medical technologists, in zwei kleineren Gewerkschaften organisiert, waren ebenfalls im Streik.

Diese zwei kleineren Gewerkschaften akzeptierten am 4. Dezember 86 eine 20%ige Lohnkürzung für Neueingestellte. Die meisten dieser ArbeiterInnen blieben jedoch im Streik bis zur Einigung mit dem größeren SEIU Local 250 zehn Tage später, die eine 15%ige Lohnkürzung für Neueingestellte brachte. Bis zu 200 ArbeiterInnen aus fünf anderen Gewerkschaften und mehrere hundert Krankengeschwister respektierten die Streikposten ebenfalls. Sympathiestreiks von bis zu 65% der Kaiser-Krankengeschwister in den ersten Wochen zwangen Kaiser zu gerichtlichen Schritten, um die California Association of Nurses (CAN) davon abzuhalten, an derlei Aktionen teilzunehmen. Als Antwort darauf bildeten CAN-Mitglieder eine adhoc-Gruppe außerhalb der Gewerkschaft, Registered Nurses for Quality Care <etwa: Krankengeschwister für eine bessere medizinische Versorgung>, um ihre Streikunterstützung zu organisieren.

Trotz dieser Unterstützung des Streiks durch andere ArbeiterInnen beschuldigten einige Kaiser-ArbeiterInnen die Gewerkschaft, nicht mehr Unterstützung organisiert zu haben.

In einem Artikel im San Francisco Chronicle sechs Tage nach dem Streik sagte ein CDU-Aktivist (ein Psychiatrisch-Technischer Assistent in einem anderen Krankenhaus): "Wenn die SEIU schon so lange verhandelt, wieso war dann die Organisierung des Streiks so zufällig und widersprüchlich? Warum gab's nicht mehr Streikgelder? Wenn es so früh offensichtlich war, daß es beim Local-250-Vertrag ein Zweistufen-System geben wird, warum wurde dann nicht frühzeitig mehr unternommen, um eine geeinte Front zu schaffen?"

Viele Mitglieder des SEIU Local 250 meinen, die Gewerkschaftszentrale habe den Streik sabotiert. In den letzten sechs Jahren hat die Zentrale ca. 25 Mio$ Gewerkschaftsbeiträge kassiert, zurückgezahlt wurden als Streikgelder 2,2 Mio$. Nach sechs Wochen Streik und zweimaliger Ablehnung von Verhandlungsvorschlägen durch die Basis, kündigte die SEIU (ca. zwei Wochen vor Weihnachten) an, daß die Streikgelder von 60$ auf 45$ pro Woche gekürzt würden, und daß es für die darauffolgende Woche überhaupt kein Geld gäbe. Ohne vorherige Warnung, daß die Zahlungen eingeschränkt bzw. eingestellt würden, hatten die ArbeiterInnen keine Chance, Streikunterstützung von der Community und anderen ArbeiterInnen und Gewerkschaften zu organisieren. (Später führte die SEIU das Erschöpfen der Streikkassen auf Mißbrauch von Mitgliedsbeiträgen seitens der Funktionäre des Local 250 zurück.)

In einem umfassenden Interview mit Blanche Bebb und Denny Smith, Aktivistinnen in der

"Wenn es um so grundsätzliche Dinge geht wie innergewerkschaftliche Demokratie oder um starke politische Aktionen zur Veränderung des Gesundheitswesens in diesem Land, dann sind die Gewerkschaften reaktionär." - Denny Smith, Schwesternhelferin, CDU, Mitglied im SEIU Local 250.

DIE SEIU AUCH NICH

Basisorganisation CDU, wurde deutlich, daß sich die Militanz der Kaiser-ArbeiterInnen trotz und nicht wegen der Existenz der SEIU entwickelte. "99% der Streikposten-Aktivitäten wurden von der Basis organisiert", sagte Bebb. "Die Gewerkschaft war bloß an der Drohung mit Geschäftsschädigung interessiert <das heißt, sie üben Druck aus auf Direktoren und überhaupt auf andere Firmen, ihre normalen Transaktionen mit der bestreikten Firma einzustellen>, was die 'Neue Gewerkschaftsstrategie' sein soll."

Die Zentrale übernahm SEIU Local 250 einige Wochen, ehe der Streik tatsächlich begann, und seit dem erfolglosen Ende hat sie das Local, das etwa 800 000$ Schulden hat, unter ihre treuhänderische Aufsicht gestellt. Seit Ende 1986 hat sie alle Sitzungen der örtlichen Geschäftsträger unterbunden.

Kaiser Permanente Medical Care Program, die weitaus größte unabhängige HMO <Health Maintenance Organization, privates medizinisches Versorgungsunternehmen, sie kontrolliert über 58% des Marktes; im Vergleich dazu liegt der nächstgrößte Konkurrent bei 9%> ist landesweit im Wachstum begriffen, und der Tarifvertrag mit Kaiser ist der Schrittmacher für viele andere Tarifverträge der SEIU im Gesundheitswesen. Nach einem lausigen Abschluß drei Jahre vorher, bei dem Teilzeitbeschäftigte die Zulagen und Ausgleichszeiten für Feiertagsarbeit verloren, wählten aufgebrachte Mitglieder sieben BasisaktivistInnen der CDU-Liste in den geschäftsführenden Vorstand des Local 250. Die Zentrale reagierte dieses Mal aus Angst, daß ein mieser Abschluß dazu führen könnte, daß das CDU in den für Frühjahr 1987 geplanten Wahlen das Local ganz übernehmen könnte. Jetzt hatte die Zentrale bei einem schlechten Abschluß die Führung gehabt, also gebrauchte sie ihre Macht, um die innergewerkschaftliche Demokratie abzuschaffen.

Trotz ihres Mißtrauens gegen die Hauptamtlichen von der Gewerkschaft warb das CDU unter den ArbeiterInnen um Unterstützung für die Gewerkschaft und den Streik. CDU rief zum Kampf gegen das zweistufige Lohnsystem auf, während die Zentrale versuchte, "bessere Versorgung der Patienten" zum Hauptthema zu machen. Sie hatten aus früheren Medienporträts gelernt, wo streikende Krankenhaus-ArbeiterInnen als unsympathisch, nachlässig und egoistisch dargestellt worden waren; deshalb machte sich die Zentrale für eine gemischte Kommission aus ArbeiterInnen und Management zur besseren Versorgung der Patienten stark. Ursprüngliche sollte ein Drei-Parteien-Komitee aus Vertretern von Local 250, Management und Community gebildet werden: Am Ende erreichten die Verhandler ein jährliches Eintages-Seminar, wo Kaiser-ManagerInnen und Kaiser-ArbeiterInnen ohne Teilnahme der Community über Krankenpflege diskutieren. Die Zentrale verkaufte das als Sieg, einen Fuß in der Tür, aber Bebb wäre es lieber ohne. Sie sagt, das sei eine absichtliche Ablenkung von der Bedeutung des Widerstands gegen das Stufensystem gewesen: "Zweistufiges Lohnsystem, das geht schon um Versorgung der Patienten, denn wenn's das zweistufige gibt, wird die Stimmung sich dem Nullpunkt nähern."

"Ich bin richtig stolz, daß wir dem Zweistufensystem in dieser Zeit zweimal widerstanden haben ", sagt Smith. Bebb: "Die Zentrale mußte sich wirklich anstrengen, um das zu verkaufen. Sie drückten es uns rein. Aber immerhin haben wir sie gezwungen, Farbe zu bekennen." Die Zentrale akzeptierte einen Vorschlag von Kaiser über ein Zweistufen-Lohnsystem und brachte ihn in das Verhandlungskomitee ein, ohne eine Empfehlung auszusprechen, in der Hoffnung, daß die Mitglieder ihn annehmen würden, und sie dann alles auf deren Schwäche schieben könnten. Als die ArbeiterInnen den Vorschlag am 4. Dezember zu 55% ablehnten, war die Zentrale gezwungen, den nächsten Vorschlag auf jeder Versammlung durch rhetorisch geschulte Profis an die Leute zu bringen. Er wurde am 13. Dezember unterzeichnet, obwohl er in San Francisco von einer dünnen Mehrheit abgelehnt worden war und in East Bay sogar mit 2:1.

(aus Processed World)

Streikwelle in der Türkei

In den letzten anderthalb Jahren haben sich in der Türkei wieder spontane Initiativen und offene Kampfansätze der Klasse entwickelt. Nach dem Militärputsch im September 1980, der dem Kampfzyklus Ende der 70er Jahre gewaltsam ein Ende gesetzt hatte, war lange nichts mehr nach außen gedrungen von Aktionen und Streiks. Nun hat sich in letzter Zeit eine Dynamik entwickelt im Spannungsverhältnis zwischen Demokratisierungspropaganda und Repression.

Mit der "Demokratisierung" versucht das Regime einerseits nach außen die Voraussetzungen für einen EG-Beitritt und die stärkere Anbindung des Akkumulationszyklus an den westeuropäischen Markt zu schaffen. Andererseits geht es darum, die sich abzeichnenden Klassenkonflikte zu entschärfen, zu integrieren und einer radikalen Klassenoffensive die reformistische Kontrolle von loyalen Gewerkschaften entgegenzustellen. Allerdings ist dies fürs Kapital eine gefährliche Gratwanderung und selbst reformistische Initiativen dürften zur Zeit noch gefährlich fürs Regime sein, da es an Kontrollmechanismen außerhalb der offenen Repression fehlt.

Ihr Problem liegt eben genau in der Kontrolle der Kämpfe. Als Reaktion auf eine vorsichtige Liberalisierung der Hochschulgesetze im Jahr 1985 bildeten sich Initiativen an den Universitäten, die unabhängig von den staatstragenden Studentenverbänden agierten. Daraus entwickelte sich eine Studentenbewegung, die ihren Höhepunkt im Frühjahr 1987 erreichte. Am 14.April fand mit 4000 StudentInnen in Istanbul die größte illegale Demonstration seit dem Militärputsch statt, bei der es 200 Verhaftungen gab.

Im Folgenden eine kurze Zusammenstellung zur Streikbewegung des letzten Jahres, da uns genauere Analysen und Einschätzungen fehlen.

Jeweils nur zwei Streikposten dürfen vor dem Tor stehen.

CHRONOLOGIE DER STREIKBEWEGUNG

In allen Streiks geht es um: Lohnerhöhungen, Verringerung der Arbeitszeit, Reduzierung der Arbeitsrythmen, mehr Urlaub usw.

Eingeleitet wurde der Streikzyklus von den ArbeiterInnen der Elektronikfirma **NETAS** (Northern Electronic Telecomunication A.S.), einer Siemens-Tochter. In dem Werk in Istanbul traten im November 86 3.600 Beschäftigte für 93 Tage in den Streik.

Ebenfalls Ende 86 gab es Streiks in der Chemieindustrie (Autoreifensektor) bei **Pirelli, Uni-Royal** und **Derby.** Im Sommer 87 streikten nochmals insgesamt 10.000 ChemiearbeiterInnen.

In Hamburg wurde der Streik von 3.500 **LederarbeiterInnen in Istanbul** durch eine Spendenaktion von Dev Genc und dem Jobberladen Balduinstraße bekannt. Zentrum der Streikbewegung war die Arbeitersiedlung Kazlicesme, wo auch die größte Zusammenballung von Klitschen der Lederverarbeitung zu finden ist. Bereits im April war in 33 Betrieben ein Streik ausgerufen worden, an dem sich 1500 ArbeiterInnen beteiligten. Daraufhin sperrten

die Unternehmer aus. Dies war dann letztendlich der Funke, der im Juni zur Ausweitung auf 124 Lederbetriebe Istanbuls führte. Durch die unmittelbare Nähe von Arbeitsplatz und Wohnung wurde der Kampf auch auf Stadtteilebene geführt und von Nachbarn der Streikenden unterstützt. Im November 87 kam es zu einem Abschluß, die Forderungen der Streikenden wurden weitgehend erfüllt: 40 Stundenwoche, Lohnerhöhung, mehr Urlaub, verschiedene Zulagen von Kindergeld bis Essensgeld. Der Streik dauerte insgesamt 129 Tage.

Seit dem 20.August befinden sich 1100 der insgesamt 1400 Beschäftigten in 33 Filialen des Schweizer Lebensmittelkonzerns **MIGROS** in Istanbul im Streik. Die Supermärkte, von denen der erste in Istanbul 1954 eröffnet wurde, gehören zur Koc-Holding, der größten Grundbesitzerin in der Türkei, die die Lizenz vom Schweizer Konzern übernommen hat.

Die Aktionen der Streikenden richteten sich zunächst gegen Streikbrecherarbeit und "illegale Produktion". So blockierten bereits in den ersten Tagen des Streiks MIGROS-ArbeiterInnen eine Woche lang die Tore der Zündholzfabrik TÜRKAY-KIBRIT, die MIGROS belieferte. Sie erreichten den Stopp der Produktion, die den Streik unterlaufen sollte.

Eine weitere Aktion der MIGROS-ArbeiterInnen richtete sich gegen den Vertrieb eines Großmarktes in einem Wald(!) außerhalb Istanbuls, wohin die MIGROS-Leitung vor dem Streik ausgewichen war. Nach der Blockade des Vertriebs wurde von der Gewerkschaft eine Einstweilige Verfügung erwirkt, nach der der "illegale Vertrieb" von seiten der MIGROS-Leitung eingestellt werden mußte.

Daneben gab es Aktionen gegen Versuche, heimlich Waren aus Filialen auszuliefern. Bei einer dieser Blockadeaktionen wurde ein Filialleiter verprügelt.

(Die Informationen hierzu sind aus der linken türkischen Zeitschrift "CÖZÜM"(Lösung). Der Streik dauert zur Zeit noch an - Ende Dezember.)

Im März 87 gab es einen 4-wöchigen Streik von 560 Arbeitern einer **Glasfabrik.**

Vom 1.Juli bis Ende August streikten 500 Arbeiter eines staatlichen **Stahl-und Aluminiumwerkes** in **Seydisehir** (Provinz Konya) in Mittelanatolien. Dort wird 70% des gesamten türkischen Aluminiums produziert.Einen weiteren Streik gab es im Chromwerk **FERROCHROM.**

Seit dem 16.September streiken **Transportarbeiter** in 104 Istanbuler Unternehmen. Die Arbeiter, die die Lasten noch auf dem Rücken tragen müssen, streiken: für 8 Stundentag (bisher 10-12), gegen ungleichen Lohn (Gewerkschaftsmitglieder verdienen weniger), für eine 110%ige Lohnerhöhung (60% im 1.Jahr) und für 45 Urlaubstage im Jahr. Am 17.9., einen Tag nach Streikbeginn, sperrten alle Unternehmen aus. Der Streik dauert noch an.

Am 31.7. traten 159 von 179 Arbeitern der Istanbuler **Druckerei DMO** (staatlicher Bürobedarf) in einen Streik. In der Druckerei werden Formulare für das Finanzministerium, für staatliche Banken, Fahrkarten u.ä. gedruckt. Auch hier richtet sich der Streik gegen ungleiche Löhne, für Lohnerhöhungen und Achtstundentag. Ende Juni gab es eine nichtgenehmigte **Demonstration von LederarbeiterInnen** in Istanbul.

Am 20. September fand die größte genehmigte Demonstration seit dem Militärputsch statt: 5000 **MIGROS-und LederarbeiterInnen und Arbeiter aus dem Transportsektor** gingen in Istanbul auf die Straße. Am 20.10. gab es eine weitere Demonstration der **MIGROS-ArbeiterInnen.** Daneben fanden noch verschiedene kleine illegale Demonstrationen und Kundgebungen statt, bei denen ArbeiterInnen verschiedener Betriebe miteinander diskutierten. In diesem Zusammenhang trafen sich auch Streikende von MIGROS mit Angehörigen politischer Gefangener.

Im
Gemeinschaftsprojekt
der Buchläden

KLEINE FREIHEIT, Gießen,
ROTE STRASSE, Göttingen,
SCHWARZE RISSE, Berlin

erscheint als Reprint:

AUTONOMIE 10 7,-

AUTONOMIE 14 14,-

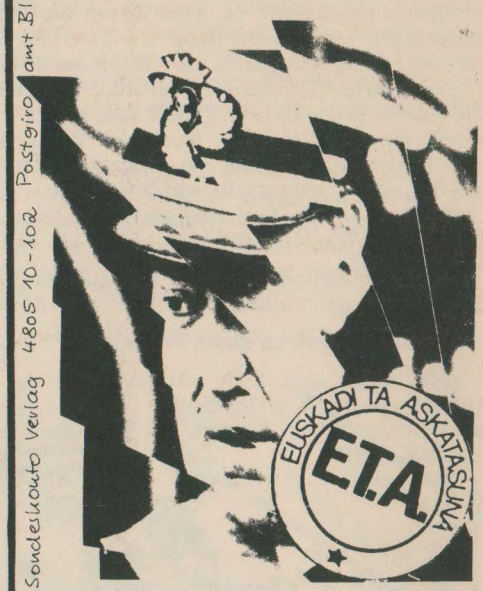
Detlef Hartmann
LEBEN ALS SABOTAGE
mit aktuellem Vorwort
ca. 10,-

Gruppen-, Initiativen-
und Einzelbestellungen
an: Schwarze Risse
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61

Einzelbst.nur bei Vorauszahlung auf:
Postgirokonto 2908 91-103,Berlin W

EVA FOREST

OPERATION MENSCHENFRESSER



Wie und warum wir
Carrero Blanco
hingerichtet haben
– ein authentischer
Bericht und
Dokumente
der E.T.A.

PHANTOM VERLAG
POTSDAMERSTR. 155 1 B 30 236 S. 12.-

Zahlungen an: A. Lossin, Sonderkonto Verlag 4805 10-102 Postgiro amt Bln-W

"Vom Riegel- zum Behandlungsvollzug" Knastentwicklung in Berlin von 1978 bis heute
oder: Knast ist längst nicht mehr nur Freiheitsentzug!

Am Beispiel Drogenabhängiger beschreiben wir durch Interviews mit Gefangenen die einzelnen Knäste detailliert, stellen Gesetzesänderungen und Gehirnwäschevollzug dar und versuchen Tendenzen abzuleiten.

Bestellung bei Gruppe Mauerbruch c/o H. Niehus Pankstr.46 1000 Berlin 65 gegen Briefmarken oder Einzahlung von 3 Mark auf PSch-Kto.-Nr. 3931 89-105, R. Sommerfeld
(für Leute im Knast ist die Broschüre kostenlos)

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Foren, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Inhalt von Nr.26

★ **GRÜNE – Ist doch alles so schön bunt hier** von Friederike Kamann

★ **Alltag – Klasse – Strukturen schaffen** von Wolfgang Haug

★ **Malik-Beschlagnahmeaktion wg. § 129a**

★ **Kulturkritik** von Herby Sachs

★ **Patriarchatskritik** – von Rosella di Leo

★ **Ökofeminismus** – neue, alte Weiblichkeit? von Ynestra King

★ **Interview mit Murray Bookchin** von Peter Einarssen

★ **Geschichte der Wooblies** von Jörg Auberg

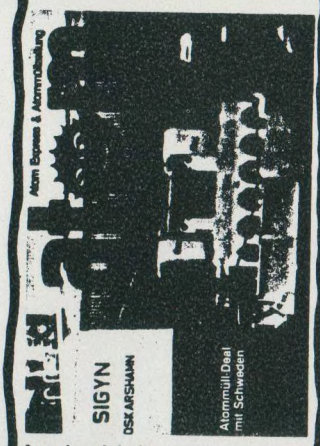
★ **Zukunft Osteuropas** anonym aus Budapest

★ **Die Zukunft der Berliner Mauer** von Lutz Rathenow (Berlin Ost) u.v.a.

Einzelnummer: 5.-DM
SF-Abonnement: 15.-DM
Sondernummer ARBEIT: 5.-DM
Sondernummer FEMINISMUS: 5.-DM (1988)
Sonderdruck: SF 0–12: 10.-DM

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach 1159
7031 Grafenau-1

ATOM Nr. 17



Aus dem Inhalt:

★ **Atommüll-Transporte nach Schweden**

★ **Herbstaktionen in Wackersdorf**

★ **Beiträge zur Krise der Anti-AKW-Bewegung**

★ **außerdem:**
Berichte aus dem In- und Ausland: aus Polen, Schweiz, Gorleben, Mülheim-Kärlich, Hamm, Emsland etc.

atom ist eine Gemeinschaftsproduktion von AtomExpress und Atommüllzeitung. Sie erscheint fünfmal jährlich und kostet einzeln 4 DM, im Jahresabo 25 DM.

Bestellungen an:
Atom, Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7700158

atom

AKTION

ANARCHISTISCHES MAGAZIN
Kriegkstr. 38 6000 Frankfurt

Die AKTION versteht sich als bundesweites Diskussionsforum von anarchistischen und antiautoritären Gruppen und Einzelpersonen. Viel Wert legen wir auf die internationalen Berichte, um über die dortigen Kämpfe zu informieren und libertäre Positionen dazu herauszubilden. In Bezug auf unsere eigene Situation geht es um eine kontinuierliche Fortentwicklung der Kämpfe von sozialen Bewegungen hin zu einer sozialrevolutionären Perspektive.

Die AKTION erscheint ca. alle 6 Wochen und kostet 3.- DM. Wer sie druckfrisch haben möchte, soll 15.- DM für 5 Ausgaben bzw. 30.- DM für 10 Ausgaben auf folgendes Konto überweisen:
W. Zoubek
Postgirokonto 490930 - 607
Postgiroamt Frankfurt
BLZ 500 100 60
Gegen Einsendung von 3.- DM + 0,70 DM Porto in Briefmarken senden wir gerne ein Probeexemplar zu.

Eine Zeitung mit Gebrauchswert:
für militante Kritik
und sozialrevolutionäre
Organisierung

DIREKTE AKTION

Organ der Freien Arbeiter-Union
- Anarchosyndikalisten -

Lagerstraße 27, 2000 Hamburg 6
Probeheft anfordern! DM 2.--

INHALT

Rheinhausen
Erfahrung im Großbetrieb
Basiskomitees in Italien
Streik bei Mercedes im Baskenland
Französische Eisenbahner
USA: Die gespaltenen Löhne
Südkorea Teil II
Favelas in Brasilien
Türkische Streikwelle